BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag 18. Wahlperiode Plenarprotokoll 17. Sitzung 22.03.12

17. Sitzung

am Donnerstag, dem 22. März 2012

Inhalt

Finanzplan 2011 bis 2016 der Freien Hansestadt Bremen	Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/ Die Grünen)	970
Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2012 (Drucksache 18/245)	Abg. Frau Tuchel (SPD)	971
	Abg. Tuncel (DIE LINKE)	972
Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Frei- en Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre	Abg. Frau Grobien (CDU)	973
2012 und 2013	Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/	
Mitteilung des Senats vom 28. Februar 2012 (Drucksache 18/280) 1. Lesung Haushaltsentwürfe 2012 und 2013 ablehnen – Zukünftige Generationen durch geringere Kreditaufnahme entlasten und Haushaltsrisiken berücksichtigen	Die Grünen)	974
	Abg. Frau Tuchel (SPD)	974
	Senatorin Jürgens-Pieper	975
	Abg. Frau Grobien (CDU)	976
	Abstimmung	976
Antrag der Fraktion der CDU vom 20. März 2012 (Drucksache 18/318)	Versprechen einlösen – UNHCR-Flüchtlinge aufnehmen!	
Bürgermeisterin Linnert	Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 2. November 2011 (Neufassung der Drucksache 18/82 vom 1. November 2011) (Drucksache 18/98)	
Abg. Röwekamp (CDU)947		
Abg. Tschöpe (SPD)951		
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 954		
Abg. Rupp (DIE LINKE)958	Versprechen einlösen – UNHCR-Flüchtlinge	
Abg. Röwekamp (CDU)962	aufnehmen!	
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 964	Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres und Sport vom 9. Februar 2012	
Abg. Tschöpe (SPD)966		
Bürgermeisterin Linnert966	(Drucksache 18/231)	
Abstimmung968	Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	977
Anerkennung von im Ausland erworbenen Ab- schlüssen – Konzept zur Umsetzung des Bun-	Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/ Die Grünen)	978
desgesetzes im Land Bremen	Abg. Frau Hiller (SPD)	979
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD	Abg. Hinners (CDU)	980
vom 15. Februar 2012	Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	981
(Neufassung der Drucksache 18/230 vom 8. Februar 2012)	Staatsrat Münch	981
(Drucksache 18/243)	Abstimmung	982

Fünfter Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe "Häusliche Beziehungsgewalt" Mitteilung des Senats vom 15. November 2011	Abg. Erlanson (DIE LINKE)
	Senator Günthner
Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum Fünften Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe "Häusliche Beziehungsgewalt", Mitteilung des Senats vom 15. November 2011 (Drucksache 18/124) vom 9. Februar 2012 (Drucksache 18/232) Abg. Frau Bernhard, Berichterstatterin	Bedingungen für Standortgemeinschaften (BID) verbessern Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 21. Februar 2012 (Drucksache 18/264) Abg. Kottisch (SPD)
Abstimmung987	Abstimmung100
ARD-Finanzausgleich neu verhandeln – Zu- kunft von Radio Bremen sichern Antrag der Fraktion der CDU vom 14. Februar 2012 (Drucksache 18/237)	Wirtschaftliches Potenzial des Fahrradtourismus für das Land Bremen erschließen Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 21. Februar 2012 (Drucksache 18/265)
18. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (18. KEF-Bericht)	Abg. Kottisch (SPD)
Mitteilung des Senats vom 28. Februar 2012 (Drucksache 18/281) Radio Bremen erhalten – ARD-Finanzaus-	Abg. Strohmann (CDU)
gleich neu gestalten Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 19. März 2012 (Drucksache 18/304)	Abg. Kottisch (SPD)
Abg. Frau Motschmann (CDU)	Abstimmung
Abg. Werner (Bündnis 90/Die Grünen)	Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 21. Februar 2012 (Drucksache 18/266)
Interessen der Verbraucher und Verbraucherinnen in Gesetzgebungsverfahren stärker berücksichtigen Mitteilung des Senats vom 21. Februar 2012	Abg. Frau Böschen (SPD)
(Drucksache 18/255)	Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE)101
Abg. Frau Ryglewski (SPD)993	Abg. Frau Piontkowski (CDU)101
Abg. Saffe (Bündnis 90/Die Grünen)994	Senator Günthner 101
Abg Frau Grobien (CDII) 995	Abstimmung 101

Ausstattung von Polizei und Justiz bei der Bearbeitung von Beziehungs- und Sexualdelikten sowie Stalking verbessern

Antrag der Fraktion der CDU Vom 21. März 2012 (Drucksache 18/320).....

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens Schriftführerin Hiller

Vizepräsidentin Schön Schriftführerin Mahnke

Schriftführerin Dr. Mohammadzadeh

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats, Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Kultur

Bürgermeisterin Linnert (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit Jürgens-Pieper (SPD)

Senator für Inneres und Sport Mäurer (SPD)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)

Staatsrat Dr. Joachim (Senatskanzlei)

Staatsrat Frehe (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen)

Staatsrätin Friderich (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat Münch (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat Othmer (Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit)

Staatsrat Dr. Schuster (Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit)

Staatsrat **Professor Stauch** (Senator für Justiz und Verfassung und für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Strehl** (Senatorin für Finanzen)

Präsidentin des Rechnungshofs Sokol

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 17. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Klasse 9 c der Oberschule Roter Sand aus Bremen-Woltmershausen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute 9.00 Uhr entnehmen können. Diesem Umdruck können Sie auch den Eingang gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 58, Ausstattung von Polizei und Justiz bei der Bearbeitung von Beziehungs- und Sexualdelikten sowie Stalking verbessern.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Finanzplan 2011 bis 2016 der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2012 (Drucksache 18/245)

Wir verbinden hiermit:

(B)

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2012 und 2013

Mitteilung des Senats vom 28. Februar 2012 (Drucksache 18/280) 1. Lesung

.

sowie

Haushaltsentwürfe 2012 und 2013 ablehnen – Zukünftige Generationen durch geringere Kreditaufnahme entlasten und Haushaltsrisiken berücksichtigen

Antrag der Fraktion der CDU vom 20. März 2012 (Drucksache 18/318)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch darauf hinweisen, dass in diese Aussprache auch die Beratung des Stadthaushalts einbezogen werden soll.

Es ist verlängerte Redezeit vereinbart, sie beträgt für den jeweils ersten Redner einer Fraktion bis zu 20 Minuten; im Übrigen richtet sich die Redezeit nach der Geschäftsordnung. Wir kommen zur ersten Lesung der aufgerufenen Gesetzesvorlagen.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute die Haushaltsentwürfe 2012 und 2013 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen in erster Lesung. Das in den letzten Wochen und Monaten erstellte Zahlenwerk umfasst rund 3 000 Seiten und wiegt 8,5 Kilogramm. Leichter, aber inhaltlich genauso gewichtig, wird das Haushaltspaket, wenn Sie mit der entsprechenden CD arbeiten, was wir Ihnen aus Baumschutzgründen empfehlen. Nach der zweiten Lesung werden wir den Haushalt als maschinenlesbaren Datensatz veröffentlichen, sodass man dann auch immer im laufenden Haushaltsjahr sehen kann, was man wissen möchte.

Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzressort sowie allen Beteiligten in den anderen Ressorts, die mit großem Engagement das Zahlenwerk aufbereitet, vorbereitet und transparent dargestellt haben. Dort oben sitzt Herr Meyer, Ihnen als Referatsleiter und Herrn Dr. Winters als Abteilungsleiter aus meinem Haus einen ganz besonderen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die Haushaltsentwürfe 2012 und 2013 sind ein Beleg für nachhaltige Finanzpolitik in Zeiten der Haushaltsnotlage. Wir setzen den erfolgreich eingeschlagenen Konsolidierungskurs fort. Die Rahmendaten erfüllen die Vorgaben der Schuldenbremse im Sinne einer generationengerechten Haushaltspolitik. Bremen ist im Jahr 2011 erfolgreich in den Konsolidierungspfad gestartet. Die positive Einnahmenentwicklung und der konsequente Sparkurs, beide gemeinsam machten es möglich. Es gab mehr Steuereinahmen und weniger Zinsausgaben als geplant; das verführte uns nicht zu höheren Ausgaben, sondern wurde fast vollständig zur Senkung der Nettokreditaufnahme genutzt.

Die Ausgaben für Land und Stadtgemeinde in diesem Jahr betragen 4,3 Milliarden Euro und im Jahr 2013 sind es 4,4 Milliarden Euro. Das Finanzierungsdefizit, das 2010 noch 1,2 Milliarden Euro betrug, wird auf 783 Millionen Euro im Jahr 2012 und weiter auf 703 Millionen Euro im Jahr 2013 gesenkt. Trotz aller Anstrengung wird nach wie vor die laut Landesverfassung zulässige Kreditaufnahmegrenze überschritten. Der Staatsgerichtshof hat dies mit Blick auf die extreme Haushaltsnotlage und den vereinbarten Konsolidierungspfad für verfassungskonform erklärt.

Wir unterschreiten wie im Jahr 2011 deutlich das maximal zulässige strukturelle Defizit. Damit wir in

(A) den kommenden Jahren nicht vor unlösbare Probleme gestellt werden, schöpfen wir den vorhandenen Spielraum erneut nicht komplett aus. Der Puffer ist sinnvoll, da jeder Haushalt Risiken beinhaltet, die wir gegenwärtig nur abschätzen können.

Wie immer, wenn man in die Zukunft sehen soll, gibt es eine Reihe von Schätzunsicherheiten und Risiken. Auf eine Anzahl von beeinflussenden Faktoren hat Bremen aber nur begrenzten Einfluss. Ich nenne an dieser Stelle nur zwei Stichworte, die Zinsentwicklung und die Sozialleistungen, beide sind wichtige Faktoren angesichts der jährlich eingeplanten Summen von 700 Millionen Euro für Sozialleistungen und über 600 Millionen Euro für Zinsen.

Der Senat ist sich seiner Verantwortung für die hier lebenden und arbeitenden Menschen sowie gegenüber künftigen Generationen bewusst. Nur wenn wir die Verschuldung in den Griff bekommen, hinterlassen wir einen handlungsfähigen Staat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vieles Wünschenswerte ist daher nicht finanzierbar. Wir müssen ständig zwischen Forderungen nach staatlicher Leistung und notwendiger Haushaltskonsolidierung abwägen.

Bei allem Sparzwang haben wir auch diesmal durch Umschichtungen im Haushalt die politische Schwerpunktsetzung der letzten Jahre für Kindergärten und Schulen fortgesetzt. Für die Jahre 2012 und 2013 stehen zusätzliche Schwerpunktmittel in Höhe von 37 Millionen Euro zur Verfügung. Ein Kraftakt, den alle Ressorts solidarisch schultern! Mit diesem Geld verbessern wir die Startchancen unserer Kinder und Jugendlichen und fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Zentrum stehen der Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Sprachförderung und das ganztägige Lernen.

Lassen Sie mich kurz einige Beispiele auflisten, die konkret umgesetzt werden! Die bestehenden 18 Ganztagsgrundschulen erhalten mehr Lehrerstunden. Zwei weitere Ganztagsgrundschulen in gebundener Form werden pro Jahr eingerichtet. Zehn offene Ganztagsgrundschulen werden im kommenden Schuljahr starten, und nach der Auswertung der gemachten Erfahrungen werden weitere im Schuljahr 2013/2014 folgen.

Wir werden den Rechtsanspruch auf Betreuung der unter dreijährigen Kinder selbstverständlich erfüllen. Sollten die geplanten Plätze für 35 Prozent der Kinder nicht ausreichen, werden wir nachbessern. 600 Halbtagsplätze für Drei- bis Sechsjährige in den Kindergärten werden auf sechs Stunden aufgestockt, und 500 Plätze in den Kitas werden in Ganztagsplätze von sechs auf acht Stunden umgewandelt. Die Mittel für die organisatorische und administrative Arbeit der Elternvereine werden insgesamt um 1,1 Millionen Euro aufgestockt. Die Sprachförderung wird ausgebaut, und

die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kindertagesheime werden verbessert.

Die individuelle Förderung und gute Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen ist uns wichtig im Interesse der jungen Menschen, die gute Startchancen ins Berufsleben verdienen, und im Interesse des Wirtschaftsstandorts Bremen. Wir brauchen qualifizierte Nachwuchskräfte in der Wirtschaft und in der Verwaltung. Bremen hat noch nie so viel Geld für Kindertagesheime und Schulen ausgegeben, wie es in den Jahren 2012 und 2013 geplant ist. Im Jahr 2007 hat Bremen 82,1 Millionen Euro für die Kindertagesbetreuung ausgegeben, im Jahr 2013 werden es 146,2 Millionen Euro sein.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Für die Schulen haben wir im Jahr 2007 rund 416 Millionen Euro ausgegeben, im Jahr 2013 werden es 488,7 Millionen Euro sein.

Das Thema soziale Gerechtigkeit erschöpft sich für uns nicht in dem gerade skizzierten Schwerpunktprogramm. Dazu gehören zum Beispiel auch der Erhalt des StadtTickets, die Finanzierung der Quartiersmanager sowie die WiN-Projektmittel in der bisherigen Größenordnung. Mit vergleichsweise kleinen Summen wird damit die Wohn- und Lebensqualität in benachteiligten Quartieren unter breiter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner verbessert.

Der vorliegende Haushaltsentwurf stellt strukturpolitisch erforderliche Investitionen in die Wirtschaftskraft sicher. Die Investitionseckwerte von rund 460 Millionen Euro pro Jahr ermöglichen es auch künftig, wichtige Projekte in Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern, unsere Häfen zu entwickeln und bedarfsgerecht Gewerbegebiete zu erschließen. Der Ausbau des ÖPNV wird ebenso abgesichert wie Investitionen zur CO₂-Reduktion und die Fortführung des Küstenschutzprogramms. So werden beispielsweise mit zehn Millionen Euro im Jahr 2012 und 17,5 Millionen Euro im Jahr 2013 die Deiche und Außenanlagen gesichert. In dem Haushalt 2012 sind 40 Millionen Euro für die Sanierung und Instandsetzung des bremischen Immobilienbestands eingeplant, selbstverständlich auch durch das Bemühen geprägt, damit Energiekosten einzusparen, und fast die Hälfte geht in Schulinvesti-

Von enormer Bedeutung ist der geplante Offshore-Terminal in Bremerhaven. Mit ihm wird die Seestadt ihre Position als Zentrum für Windenergieanlagenproduktion und -logistik weiter etablieren. Das Projekt ist der Schlüssel zur Ansiedlung weiterer Betriebe aus dem Bereich Windenergie. Für die schwerlastfähige Anbindung des Terminals stehen 8,7 Millionen Euro bereit. Ein weiteres wichtiges Investitionsprojekt ist die grundlegende Sanierung der Stromund Wasserversorgung auf der Bürgerweide.

(D)

(D)

(A) Über 20 Millionen Euro investieren wir in zahlreiche IT-Projekte. Sie helfen, die Verwaltungsaufgaben mit weniger Personal zu erledigen. Mittel- und langfristig werden so Kosten gesenkt und künftige Haushalte entlastet. Möglich werden diese Investitionen auch, weil wir ein 50-Millionen-Euro-Programm zum Umbau von Verwaltung und Infrastruktur beschlossen haben, 30 Millionen Euro für Maßnahmen im Jahr 2012 und 20 Millionen für Maßnahmen im Jahr 2013. Diese Investitionen entlasten uns in den Folgejahren.

Gut ein Viertel des Gesamtetats, rund 1,2 Milliarden Euro, ist jährlich für Personalkosten eingeplant. Angesichts der Größenordnung wird deutlich, dass dieser Ausgabenblock nicht von Einsparungen ausgenommen werden kann. Mit den Eckwertbeschlüssen hat der Senat die Beschäftigungszielzahlen für die Jahre 2012 und 2013 festgelegt. Dabei wurden alle Bereiche mit differenzierten Quoten einbezogen.

Die höchste Belastung kommt auf die senatorischen Dienststellen beziehungsweise internen Dienstleistungen mit einer Einsparquote von 2,6 Prozent pro Jahr zu. Die niedrigste Absenkung gilt mit 1,2 Prozent für die Lehrer und die Polizei. Wir wissen, dass der Personalabbau in einigen Bereichen an seine Grenzen stößt, deshalb wurde für die Polizei und den Bildungs- und Justizbereich eine flexible Regelung vereinbart. Damit keine Stellen abgebaut werden müssen, können die Einsparungen auch durch strukturell wirkende Maßnahmen innerhalb der Ressorts erbracht werden. Für die Polizei und den Schulbereich wurden bereits Kompensationsmaßnahmen ergriffen, die stabile Personalzahlen im Jahr 2012 ermöglichen, für das Jahr 2013 steht die Konkretisierung noch aus. Bis sie vorliegt, sind die Anschläge für das Jahr 2013 teilweise gesperrt. In einem Kontrakt mit der Senatorin für Bildung werden zusätzliche Mittel für die Aufbauphase der Inklusion bereitgestellt.

(B)

Von den insgesamt rund 200 jährlich einzusparenden Stellen wird rund die Hälfte durch strukturelle Ersatzmaßnahmen abgedeckt. So wurde beschlossen, die Lebensarbeitszeit für Beamte auf 67 Jahre und für Vollzugsbedienstete auf 62 Jahre zu erhöhen. Der Senat wird sich weiter mit dem Thema Eigenbeteiligung von Polizei- und Feuerwehrbeamten bei der freiwilligen Heilfürsorge befassen. Ein Schritt, den die Länder Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Brandenburg bereits vollzogen haben!

In einem Haushaltsnotlageland wie Bremen ist die schwierige Balance zwischen Sparzwang und Dienstleistungsqualität eine Daueraufgabe. Ich danke allen Beschäftigten, die mit ihrem Engagement dazu beitragen, auch unter schwierigen Rahmenbedingungen eine serviceorientierte Verwaltung zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir müssen auf aktuelle Herausforderungen mit einem flexiblen Personaleinsatz schnell reagieren kön-

nen. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität sind dafür ein gutes Beispiel.

Noch eine Bemerkung zu den aktuell stattfindenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst! Im Haushalt ist eine Personalkostensteigerung von 0,9 Prozent pro Jahr vorgesehen. In den letzten Jahren hat Bremen die darüber hinausgehenden Tarifsteigerungen durch weitere Personaleinsparungen erbracht. Da wir davon ausgehen, dass es einen Zusammenhang zwischen der guten Konjunkturlage und die Höhe der Tarifabschlüsse gibt, plant der Senat für die Jahre 2012 und 2013 ausnahmsweise eine Erhöhung der Personalausgaben über den bisherigen Haushaltsansatz hinaus, soweit dies bei den aktuell prognostizierten Steuereinnahmen möglich und vertretbar ist.

Ein weiteres Risiko im Haushalt sind die kommunalen Kliniken. Aktuell wird eine Zwischenbilanz zum Umsetzungsstand des GeNo-Sanierungskonzepts gezogen. Das Ergebnis wird zeigen, ob die bisherigen Annahmen und Planungen verändert werden müssen. Eines steht schon jetzt fest: Die städtischen Krankenhäuser sind ein wichtiger Beitrag zur Daseinsvorsorge und werden es auch bleiben. Der Verkauf kommunaler Kliniken steht für den Senat nicht zur Debatte!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Es müssen sich aber alle anstrengen, damit auch unsere kommunalen Häuser ohne einen dauerhaften Zuschuss Bremens auskommen können.

Die Bremer Bäder werden uns auch weiter beschäftigen. Es besteht ein erheblicher Sanierungsbedarf. In den Haushalten 2012 und 2013 sind die Mittel für den laufenden Betrieb aufgestockt worden. Planungsmittel für die Sanierung einzelner Standorte wie das Unibad stehen bereit.

Über schmerzliche Einschnitte beim Personal habe ich bereits einiges gesagt. Wenn die Ausgaben über Jahre nahezu stabil gehalten werden müssen, erfordert es erhebliche Sparanstrengungen auf allen Ebenen. Anders als von vielen gewünscht, ist es nicht mit viel Rauch und Getöse verbunden. Die Mühen der Ebene zu gestalten, ist selten spektakulär, dafür aber nicht weniger effektiv. Zahlreiche Projekte zur Effizienzsteigerung der Verwaltung sind begonnen und auch schon abgeschlossen worden oder in Planung. Dazu gehört ebenso die Zusammenlegung von Stadtgrün mit den Bremer Entsorgungsbetrieben wie beispielsweise auch die Einführung eines digitalen Liegenschafts- und Katasterinformationswesens, das hilft, Personal einzusparen.

Der Kontrakt mit der BSAG sieht vor, dass der Verlustausgleich von 54,4 Millionen Euro im Jahr 2011 kontinuierlich auf 40,4 Millionen Euro im Jahr 2020

(A) sinkt. Der zentrale ökofaire Einkauf wird weiter ausgedehnt, und damit werden die Beschaffungskosten gesenkt. Wo es sinnvoll ist, werden wir Kooperationen mit anderen Bundesländern eingehen beziehungsweise die vorhandene Zusammenarbeit erweitern. Die Bremer Finanzkassen wurden zusammengefasst, die Zahl der Finanzämter soll von sechs auf vier gesenkt werden. Ein neuer Vertrag über Telefondienstleistungen wird voraussichtlich eine Viertelmillion Euro jährlich einsparen.

Neben den notwendigen Sparanstrengungen müssen wir auch immer wieder prüfen, ob wir unsere begrenzten Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung im Bereich der Steuern und Abgaben auch nutzen. Bremen hat bereits die Vergnügungssteuer erhöht. Es war die bewusste Entscheidung für einen vergleichsweise hohen Steuersatz. Es gibt keinen Grund, warum der Staat möglichst attraktive Bedingungen für den Betrieb von Spielhallen schaffen sollte.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Zum 1. April 2012 wird die Citytax eingeführt. Mit dieser Abgabe stärken wir die kulturelle und touristische Infrastruktur, davon profitieren auch die Hotels und ihre Gäste. Wir prüfen aktuell, ob die Gewerbesteuer erhöht werden soll. Dabei vergleichen wir die aktuelle Bremer Situation mit der in anderen Kommunen ähnlicher Größenordnung und haben die Situation in unseren Nachbargemeinden im Blick. Geprüft wird auch die Einführung einer Straßenreinigungsgebühr.

Neben dem Haushalt 2012 und 2013 liegt Ihnen heute auch der Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2016 vor. Er erfasst den gesamten Stadtstaat, also das Land und die Stadtgemeinde Bremen sowie Bremerhaven. Der Finanzplan erfüllt die Vorgaben der Schuldenbremse und des Stabilitätsabkommens. Er enthält die wesentlichen Richtwerte zur Gestaltung künftiger Haushalte. In Bremen wird der Anstieg der Primärausgaben deutlich geringer ausfallen müssen als in anderen Bundesländern. Bremen muss in dem gesamten Zeitraum weiter erhebliche Sparanstrengungen unternehmen. Die Ausgaben des Stadtstaats wachsen jährlich minimal um 0,7 Prozent, von 4,5 Milliarden Euro im Jahr 2011 auf 4,7 Milliarden Euro im Jahr 2016. Das ist ein ehrgeiziger Plan angesichts kostentreibender Faktoren wie zum Beispiel steigende Energiepreise und wachsende Zins- und Pensions-

Auch bei erfolgreicher Konsolidierung wird Bremens Schuldenberg weiter von 18,4 Milliarden Euro im Jahr 2011 auf 20,2 Milliarden Euro im Jahr 2016 anwachsen. Mehr Sparen als geplant geht nicht. Sollten die Steuereinnahmen einbrechen oder staatliche Aufgaben vom Bund auf Länder und Kommunen verlagert werden, ist das, das sage ich hier ausdrücklich, für Bremen nicht verkraftbar. Wir brauchen

steigende Einnahmen, um unsere Aufgaben erfüllen zu können. Deshalb wird Bremen auch weiterhin im Bundesrat Steuersenkungen konsequent ablehnen und sich für die Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer einsetzen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir halten das für einen wichtigen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zur Sicherung der Einnahmebasis des Staates.

Wichtig für die Konsolidierung war der Abschluss der Sanierungsvereinbarung zwischen Bremen und Bremerhaven. Nur gemeinsam können wir es schaffen! Exakt 10,4 Prozent des Defizitabbaus der bremischen Haushalte, das sind rund 12,6 Millionen Euro jährlich, entfallen auf die Stadt Bremerhaven. Gleichzeitig wird die Seestadt mit jährlich gut 31 Millionen Euro an den Konsolidierungshilfen von Bund und Ländern beteiligt. Diese Erleichterung für den Haushalt der Seestadt ist angesichts der problematischen Einnahmen- und Ausgabenstruktur Bremerhavens unstrittig. Das Land Bremen hat sicher darüber hinaus verpflichtet, den Ausbau der Bremerhavener Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder mit je vier Millionen Euro in den Jahren 2012 und 2013 zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich will nicht ausschließen, dass sich die Verteilung der zu leistenden Sanierungsbeiträge zwischen den bremischen Gebietskörperschaften noch ändern kann. Unter Umständen wird das bei der anstehenden Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs ein Thema sein. Die Gespräche über den neuen kommunalen Finanzausgleich werden auf Grundlage detaillierter Analysen und differenzierter Berechnungen stattfinden. Dabei ist es notwendig, die Ausgangslagen und Perspektiven beider bremischen Städte zu betrachten und hierbei nicht nur den Vergleich untereinander, sondern auch mit Städten vergleichbarer Größenordnung im Bundesgebiet anzustellen.

Von der kommunalen Ebene zur Bundesebene! Die Schuldenbremse schreibt vor, dass die Länder ab dem Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr machen dürfen, der Länderfinanzausgleich endet 2019. Es wird darauf ankommen, die anstehenden Verhandlungen über die Gestaltung der bundesstaatlichen Finanzordnung mit einer Lösung der Altschuldenproblematik zu verknüpfen und eine aufgabenadäquate Finanzausstattung des Stadtstaats Bremen zu erreichen. Zur notwendigen Bestandsaufnahme gehören auch die regional ungleich in die Länder verteilten milliardenschweren Finanzierungen des Bundes für Verkehrsinfrastruktur und Forschung. Das werden keine leichten Verhandlungen.

(C)

(A) In unschöner Regelmäßigkeit verkünden südliche Regierungsvertreter, mit dem für ihre Länder angeblich ungerechten Finanzausgleich müsse endlich Schluss sein, verknüpft mit der Ankündigung, man werde sonst vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Der Senat hat Grund, dieser Drohung gelassen entgegenzusehen. Auch meine südlichen Kollegen wissen oder könnten wissen, dass der Länderfinanzausgleich Grundlage für die gemeinsam vereinbarte Schuldenbremse ist und bis 2019 gilt. Auch hier muss gelten: Konsolidierung braucht Kontinuität und Verlässlichkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die Verhandlungen um die zukünftige Struktur des Länderfinanzausgleichs werden wir selbstbewusst führen. Das Bundesverfassungsgericht hat Bremen bescheinigt, dass Bremen ohne eigenes Verschulden in die Haushaltsnotlage geraten ist. Bremen hat im Ländervergleich das zweitgrößte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, über unsere Häfen exportiert Deutschland in alle Welt, an unseren Hochschulen werden Studierende aller Bundesländer ausgebildet. Wir leisten viel für Deutschland! Nur wer sich selbst hilft, dem wird geholfen, das ist die Grundidee der Konsolidierungshilfen für Bremen in Höhe von insgesamt 2,7 Milliarden Euro.

Wir alle wissen, dass ein schwieriger Weg vor uns liegt. Lassen Sie uns gemeinsam über die dabei zu überwindenden Probleme und deren Lösung streiten! Wir haben nicht für alles eine fertige Lösung parat, aber wir verfallen auch nicht in eine Schockstarre, sondern arbeiten die Herausforderungen Schritt für Schritt ab. Der vorgelegte Haushalt erfüllt alle Anforderungen: Bremen wird seine zweimal 300 Millionen Euro in diesen beiden Jahren erhalten und damit vor dem gestrengen Stabilitätsrat bestehen können! Der Senat wird auch künftig im Sinne einer nachhaltigen, sozialen und generationengerechten Politik Kurshalten.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn der Haushaltsplan so etwas ist wie in Zahlen gegossene Politik, dann ist der uns heute zur Beratung vorliegende Haushaltsplan für die Jahre 2012 und 2013 und der Finanzplan bis zum Jahr 2016 so etwas wie die Eröffnungsbilanz der wiedergewählten rot-grünen Landesregierung.

Diese Eröffnungsbilanz ist getrübt durch Vorbelastungen. Die erste und größte Vorbelastung ist und

bleibt die unverändert hohe Arbeitslosigkeit in den beiden Städten unseres Landes. Es ist durch die Politik der letzten Jahre in Bremen, anders als in anderen Bundesländern und anders als in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt, nicht gelungen, den wirtschaftlichen Aufschwung zum Abbau der drückenden Arbeitslosigkeit zu nutzen und die sich daraus ergebende folgenschwere dauerhafte Belastung von Bürgerinnen und Bürgern in Bremen und Bremerhaven zu vermindern.

Die zweite schwierige Ausgangsbedingung ist der im Ländervergleich und im internationalen Vergleich unverändert schlechte Abschluss von Bremer und Bremerhavener Schülerinnen und Schülern, die damit unter einem erschwerten Zugang zum Ausbildungsund Arbeitsmarkt leiden.

Die dritte große Vorbelastung ist über Generationen entstanden. Es ist die drückende Last von mittlerweile mehr als 18 Milliarden Euro Schulden in den beiden Städten unseres Landes und die sich daraus ergebende eingeschränkte Handlungsfähigkeit der bremischen Politik.

Weil die Anforderungen an die Politik in Bremen so immens waren, war die Erwartungshaltung an die mit einer großen Mehrheit ausgestattete rot-grüne Koalition und den von ihr getragenen Senat auch außerordentlich hoch. Wer eine breite, große parlamentarische Mehrheit und ein auf viele Wählerinnenund Wählerstimmen gestütztes Vertrauen hat, trägt eine besondere Verantwortung, die Politik in unserem Lande nicht nur zu verwalten, sondern auch zu gestalten.

(Beifall bei der CDU)

Gemessen an diesen besonderen Herausforderungen ist der vorgelegte Haushaltsentwurf dieser rotgrünen Landesregierung mehr als enttäuschend.

(Beifall bei der CDU)

Er leistet keinen Beitrag dazu, wie wir es schaffen, den bundespolitischen Rückenwind in der Wirtschaftsund Arbeitsmarktsituation auch in Bremen dazu zu nutzen, dass weniger Menschen arbeitslos und mehr Menschen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen sind. Er leistet keinen Beitrag dazu, einen Weg aufzuzeigen, wie wir dem eigentlichen Kapital, der Ressource unseres Landes, nämlich den Köpfen der jungen Menschen, eine Perspektive auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt schaffen können. Eine Vision, wie wir es bis zum Jahr 2019 schaffen können, ohne neue Schulden für künftige Generationen Politik in Bremen und Bremerhaven zu gestalten, enthält er schon gar nicht.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist diese Eröffnungsbilanz trotz der schwierigen Rahmenbedingungen katastrophal, und

(A) der Senat und die ihn tragenden Fraktionen wirken entmutigt. Dabei, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Linnert, kann es eben nicht darum gehen, wie Sie soeben gesagt haben, dass das Ziel Ihres staatlichen Handelns ist, so viel Geld einzunehmen, wie man ausgeben will. Umgekehrt muss es sein! Sie können nur so viel Geld ausgeben, wie Sie einnehmen, und nicht immer nur an der Einnahmeschraube drehen.

(Beifall bei der CDU)

Die Haushaltssanierung unseres Bundeslandes ist gelenkt und geleitet durch die Entscheidung –

(Zurufe von der SPD und dem Bündnis 90/ Die Grünen)

Sie haben doch noch Redezeit, Herr Dr. Güldner! -

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Gott sei Dank!)

des Staatsgerichtshofs, der auf Antrag der CDU mit Gesetzeskraft festgelegt hat, an welchem Rahmen sich in Zukunft die Neuverschuldungsgrenzen in Bremen und Bremerhaven orientieren dürfen. Wie reagiert der Senat? Der Senat plant, diesen Konsolidierungspfad ausschließlich dadurch einzuhalten, dass alle laufenden konsumtiven Ausgaben in den nächsten Jahren weiter steigen, also immer mehr Geld ausgegeben wird – mit Ausnahme der Investitionen –, und gleichzeitig nur bei den Einnahmen überproportionale Steigerungen erzielt werden, indem Sie von 2006 bis 2016 die Einnahmen insgesamt um eine Milliarde Euro steigern wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie selbst begründen diese Einnahmeerwartung, die sogar noch über die letzte Steuerschätzung vom November 2011 hinausgeht, damit, dass Sie darauf hoffen, dass es einen nachhaltigen und lang andauernden konjunkturellen Aufschwung geben wird. Nun will ich gar nicht darüber spekulieren, dass dies schon an Ihrer eigenen Vision scheitern würde, im Jahr 2013 selbst die Bundesregierung stellen zu wollen, denn damit dürfte es sich mit dem bundesweiten Aufschwung erledigt haben. Nein, ich unterstelle sogar, dass Sie es nicht schaffen, ab 2013 die Bundesregierung zu stellen! Selbst dann wäre es unrealistisch, dass die Einnahmen in den nächsten sechs Jahren jährlich um 3,5 Prozent steigen. Eine solche Periode hat es in der deutschen Politik noch nicht gegeben, und es wird sie auch nicht geben. Es ist ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft künftiger Generationen, und deswegen ist dieser Haushalt in der Einnahmesituation und in der Einnahmeentwicklung das Unseriöseste, was diesem Parlament jemals vorgelegt worden ist!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie im Übrigen darauf hoffen, dass es so passiert, dann frage ich mich, warum Sie eigentlich Ihrer Ankündigung in der Regierungserklärung bis heute keine Taten haben folgen lassen.

(C)

(D)

Wir brauchen endlich auch in Bremen eine in der Landesverfassung verankerte Schuldenbremse, damit die Haushaltskonsolidierung nicht von Ihrer Sprunghaftigkeit, sondern von einem langfristigen Pfad abhängig ist. Die Grundvoraussetzung für Haushaltssanierungen ist die Verabredung auf ein Neuverschuldungsverbot in der Landesverfassung. Sie haben es bisher immer abgelehnt, Sie haben es selbst angekündigt, Sie haben auch ein Jahr nach der letzten Wahl bis heute nichts umgesetzt, und das lässt große Zweifel aufkommen, dass es Ihnen wirklich um die Konsolidierung der Haushalte geht und nicht nur darum, in dieser Legislaturperiode irgendwie über die Runden zu kommen. Wenn Sie es wollen, dann schreiben Sie es endlich in die Landesverfassung!

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Die gibt es doch so oder so für uns!)

So, wie die Grünen in anderen Ländern es ja auch fordern und machen! Warum machen wir es denn eigentlich nicht in Bremen, Herr Dr. Güldner?

(Abg. Dr. Güldner[Bündnis 90/Die Grünen]: Wir halten uns doch an die Schuldenbremse!)

Sie wollen die Haushaltskonsolidierung davon abhängig machen, dass es auf der Einnahmeseite zu keinen Veränderungen kommt. Eine solche Garantie kann Ihnen niemand geben, Herr Dr. Güldner!

Ich habe sehr genau gehört, dass die Bürgermeisterin vorhin gesagt hat, wenn die Einnahmeseite wegbricht, dann scheitert die Sanierung. Nein, die Sanierung scheitert an dem Willen dieses Senats, den Haushalt zu konsolidieren oder ihn nicht zu konsolidieren, aber sie scheitert nicht daran, dass die Einnahmesituation durch den Bund in diese oder jene Richtung nachhaltig verändert wird!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Halten wir uns an die Schuldenbremse?)

Sie profitieren zurzeit von der Politik der Bundesregierung,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch Quatsch!)

und wenn diese Einnahmen dann wegbrechen, können Sie nicht sagen, jetzt sind Sie aber schuld.

(A) (Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo kommen denn die Löcher her?)

Den Erfolg Ihrer Haushaltspolitik haben Sie selbst zu verantworten! Hören Sie damit auf, andauernd mit dem Finger auf andere zu zeigen, das ist unredlich!

(Beifall bei der CDU)

Der Haushaltsentwurf ist neben der völlig unsicheren und aus unserer Sicht überhöhten Einnahmeerwartung natürlich mit weiteren Risiken behaftet. Einige haben Sie, Frau Senatorin, selbst benannt. An erster Stelle steht natürlich die Frage der Tarifpolitik. Wir wissen, dass die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der derzeitigen Situation eine Tarifanpassung von 6,5 Prozent fordern – Sie haben sich dazu bisher nicht geäußert –, wir wissen aber auch, dass die Arbeitgeber für Bund und Kommunen bisher ein Angebot für zwei Jahre von 3,3 Prozent auf den Tisch gelegt haben.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau, für zwei Jahre!)

Die Erwartungshaltung, dass es unter 3,3 Prozent enden wird, ist also relativ überschaubar. Alle Experten gehen davon aus, dass in der anstehenden Tarifrunde mindestens eine Vier vor dem Komma stehen wird, ob es 4,2, 4,4 oder 4,6 Prozent sein werden, das wird sich noch zeigen.

(B)

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ob es ein Jahr oder zwei Jahre sind, das interessiert Sie doch nicht!)

Eines wissen wir aber jetzt schon, Herr Dr. Güldner, sowohl im Kernhaushalt als auch bei den Zuwendungsempfängern haben Sie mit dem, was Sie in den Haushalt eingestellt haben, diese Vorsorge nicht erfüllt!

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wären lustige Tarifverhandlungen, wenn wir die schon eingestellt hätten! Sie sind ja ein Tarifverhandlungs-Crack!)

Schon jetzt sind Ihre Ansätze für die Personalkostensteigerung Makulatur, unabhängig davon, dass Sie sich von Ihren eigenen, vollmundig angekündigten Personalabbauforderungen zwischenzeitlich verabschiedet haben. Ich will nur sagen, dass Sie im Wirtschaftsressort noch heute 20 Stellen haben, die nicht finanziert sind, und Sie finanzieren sie auch mit diesem Haushalt wieder nicht. Das ist doch keine nachhaltige Politik, wie sie von den Grünen beansprucht wird, das ist eine desaströse Tagespolitik und eine Zufälligkeit, aber das ist keine Vision, die, mit einer Zweidrittelmehrheit dieses Parlaments unterlegt, für

die Zukunft eine vernünftige Finanzierung der beiden Städte unseres Landes auf den Tisch legt. Es ist desaströs, Herr Dr. Güldner!

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: So würden Sie in Tarifverhandlungen gehen?)

Was haben Sie eigentlich selbst für eine Auffassung von sich als Parlamentarier, wenn Sie nicht das in die Haushaltspläne einstellen, womit Sie rechnen, sondern mit niedrigen Haushaltsansätzen pokern? Sie sind Haushaltsgesetzgeber, Herr Dr. Güldner, und kein Tarifverhandlungspartner! Wir haben die Verpflichtung, hier realistische Haushaltsansätze einzustellen und keine Luftbuchungen vorzunehmen, wie Sie es vorschlagen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Risikovorsorge müssen wir betreiben!)

Das zweite große Risiko hat die Senatorin ebenfalls benannt, übrigens auch ohne irgendeine Lösung anzubieten. Es stimmt, wir haben zurzeit den Jahresabschluss des Klinikverbundes GeNo vorliegen. Unabhängig davon, dass wir im Klinikum Bremen-Mitte ein Defizit von rund zehn Millionen Euro erwirtschaftet haben, ist der Gesamtklinikverbund im vergangenen Jahr mit einem Defizit von vier Millionen Euro gegenüber einer Einnahmeerwartung von 1,8 Millionen Euro mit 5,8 Millionen Euro vom Plan abgewichen. Ich sage es einmal ganz ehrlich, da müssen einem doch auch als Finanzsenatorin die Alarmglocken schrillen!

Sich hier hinzustellen und zu sagen, dass alles so bleibt, wie es ist, wenn schon im ersten Jahr der Sanierung das Ziel so nachhaltig verfehlt wird wie bei der GeNo, ist verantwortungslos und führt die Menschen in die Irre.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer hat das denn gemacht?)

So, wie es im Klinikverbund GeNo ist, wird es eben nicht weitergehen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Oberschlau, sind Sie auch schon darauf gekommen?)

Es nützen auch keine Treueschwüre auf das Sanierungsprogramm und darauf, dass wir alles eins zu eins so umsetzen müssen, wie es vor Jahren einmal geplant worden ist. Nein, wir müssen sofort über die Planung hinweggehen, um die Risiken für den Haushalt zu deckeln, und wir müssen auch sicherstellen, dass wir die Arbeitsplätze im Klinikverbund nicht

 (A) durch Treueschwüre, sondern durch politisches Handeln sichern.

> (Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Toller Kerl!)

Neben den Risiken, für die nicht ausreichend Vorsorge getroffen worden ist, und den überhöhten Einnahmeerwartungen lehnen wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion den Haushaltsentwurf natürlich auch ab, weil er die falschen politischen Schwerpunkte setzt!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach so!)

Sie profitieren mit Ihren hohen Steuereinnahmen zurzeit von einer im Übrigen auch von einer Zweidrittelmehrheit in diesem Parlament getragenen Sanierungsstrategie für unser Bundesland. Wir haben in den Zeiten der Großen Koalition mit dem Programm "Sparen und Investieren" –

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

wir gemeinsam, da schaue ich einmal in diesen Teil des Hauses! – wichtige Akzente dafür gesetzt, indem wir wegfallende Arbeitsplätze ersetzen, Steuerkraft nachhaltig generieren und Menschen in Bremen und Bremerhaven eine Perspektive auf dem regionalen Arbeitsmarkt geben konnten. Ich gebe zu, dass wir dabei Fehler gemacht haben, Herr Dr. Güldner, wir haben aber auch eine Menge richtig gemacht, von dem wir in Bremen insgesamt heute noch profitie-

(Beifall bei der CDU)

Der Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur, das größte Großprojekt der rot-schwarzen Regierungskoalition in Bremen, die Investitionen in die Hafenentwicklung mit den Großbauvorhaben CT III, CT IIIa, CT IV und Kaiserschleuse, die Entwicklung von Gewerbegebieten und die Förderung des Tourismus mit dem Auswandererhaus, dem Klimahaus und dem Universum, all das ist die Voraussetzung dafür gewesen, dass Sie heute überhaupt diese Steuereinnahmen haben, von denen Sie glauben, sie freihändig verteilen zu können. Ohne diese nachhaltige Wirtschaftsstrukturpolitik, Herr Dr. Güldner, stünde Bremen heute viel schlechter da! Das war eine Vision, die von einer sehr breiten Mehrheit im Parlament getragen wurde.

(Beifall bei der CDU)

Wo ist eigentlich Ihre wirtschaftspolitische Vision?

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Kinderbetreuung und Bildung, das ist es!) Ist es eigentlich im Sinne grüner Politik nachhaltig, das gesamte staatliche Ausgabevolumen immer mehr auf den Konsum zu konzentrieren und immer weniger in die Zukunft der beiden Städte unseres Landes zu investieren? Nein, das ist falsch! Sie verspielen die Einnahmen zukünftiger Generationen durch investitionspolitische Untätigkeit, und das ist verantwortungslos!

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Kinder und Bildung!)

Wir müssen natürlich noch in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit investieren. Was ist eigentlich mit der Verkehrsinfrastruktur? Ist es eigentlich wirklich richtig, dass der Verkehrssenator nur auf Fußgänger und Radfahrer setzt? Für das Lebensgefühl ist es sicherlich wichtig, aber was sagen Sie den Menschen, die ihren Arbeitsplatz im GVZ haben, die jeden Tag in den Hafen fahren, um am Umschlag teilzunehmen, und den vielen, die bei Speditionen, Stauereien und in den Lagereien tätig sind?

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Dass wir die Autobahn zu Ende bauen, im Gegensatz zu Ihnen! Eine Autobahn rund um Bremen!)

Sie sind vom Einkommen ihrer Arbeit abhängig und können erwarten, dass aus ihren Steuern eine Verkehrsinfrastruktur hergestellt wird, die den Ansprüchen moderner Wirtschaftspolitik gerecht wird, und nicht Gigaliner und Umschlag verteufelt werden, und nicht, dass überall nur gesagt wird, was nicht geht. Die Menschen haben einen Anspruch zu erfahren, was geht und wie ihre Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven gesichert werden, und dazu erfahren sie von dieser Regierung nichts.

(Beifall bei der CDU)

Über die Investitionen in die Bildung werden wir im Zuge der weiteren Beratungen noch nachhaltig zu reden haben. Wir haben mit dem Bildungskonsens eine Antwort auf die Strukturfrage gefunden, aber wir wissen seit Beginn des letzten Schuljahrs, dass es durch die Zuweisung von Unterrichtsstunden zu erheblichen Ungleichgewichten kommt, die den Erfolg des Bildungskonsenses gefährden können. Deswegen ist es aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion wichtig, dass wir in den weiteren Beratungen nicht darüber reden, ob wir die Anforderungen der Inklusion umsetzen, sondern wie und in welchem zeitlichen Rahmen wir sie umsetzen.

Es macht doch keinen Sinn, dass wir ehrgeizige und durch Ausgabendisziplin gedeckelte Anstrengungen unternehmen, behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam zu unterrichten, wenn es uns nicht einmal (D)

(D)

(A) gelingt, den Regelunterricht, der über die Schulabschlüsse unserer Kinder entscheidet, am Ende sicher garantieren zu können. Hier geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit! Die Inklusion darf die Schulabschlusschancen unserer Kinder nicht durch übertriebenen Ehrgeiz gefährden. Es muss dann eben wie in anderen Ländern ein bisschen langsamer und dafür gründlicher gehen.

Wir lassen aber nicht zu, dass Unterricht ausfällt, nur weil sich dieser Senat auf die Fahnen geschrieben hat, bei der Umsetzung der Inklusion der Erste zu sein. Das können wir uns als Haushaltsnotlageland in dieser Geschwindigkeit vielleicht nicht leisten.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen geht es an dieser Stelle nicht darum, ob wir mehr Geld ausgeben – ich höre Sie ja schon sagen, die CDU sagt, wo man überall mehr machen muss –, sondern es geht darum, wie wir Geld ausgeben.

Dafür ist, das will ich abschließend sagen, das Programm Umbau der Verwaltung und Infrastruktur -UVI – übrigens ein gutes Beispiel. Ich habe vorhin die drei Herausforderungen geschildert: Wir müssen die Krise am Arbeitsmarkt bewältigen, eine solide Bildung unserer Kinder gewährleisten - einschließlich einer bedarfsgerechten Versorgung mit Plätzen für unter Dreijährige - und natürlich auch die wirtschaftliche Infrastruktur in unserem Bundesland leistungsfähig erhalten, damit die Arbeitsplätze auch in Bremen und Bremerhaven sozialversicherungspflichtig erhalten bleiben. Was machen Sie mit Ihrem UVI-Programm? Sie investieren ausschließlich in die Verwaltung, Sie investieren in den Abbau von Theatersitzplätzen anstatt in den Ausbau der Betreuung von unter Dreijährigen, und das ist ein Armutszeugnis sozialer Politik!

(B)

(Beifall bei der CDU – Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das UVI-Programm wird dem Anspruch nicht gerecht, Anreize dafür zu schaffen, dass wir in Zukunft mit den Ausgaben disziplinierter umgehen, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Deswegen sage ich, dass der von Ihnen vorgelegt Haushaltsentwurf nicht die an Sie selbst gestellten Erwartungen erfüllt, weil Sie vieles von dem, was Sie versprochen haben, zurücknehmen. Er erfüllt nicht die Erwartungen der Menschen, die Ihnen das Vertrauen für Ihre Regierungspolitik gegeben haben, und er erfüllt im Übrigen auch nicht die Anforderungen an eine solide und auch Risiken umfassende Haushaltspolitik.

Die Geschichte unseres Landes und anderer Länder hat gezeigt, dass immer dann, wenn es große Mehrheiten gibt, auch die Gelegenheit vorhanden ist, große Entscheidungen zu treffen.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Space Park zum Beispiel!)

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf tun Sie das Gegenteil, Sie sind zaghaft, Sie haben keine Vision von unserem Bundesland,

> (Abg. Strohmann [CDU]: Und der Laden läuft!)

und Sie versuchen nur, irgendwie über die Runden zu kommen und die Verantwortung auf andere zu schieben. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird Ihrem Haushalt die Zustimmung nicht erteilen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Röwekamp, ich habe mich während Ihrer Rede gefragt, wie ich Ihr Oppositionshandeln eigentlich werten soll, das Sie hier dargeboten haben. Ich bin hinreichend erschüttert. Für mich ergibt sich dabei eigentlich nur eine einzige Bewertung: Hier hat der Barmixer des Saftladens gerührt und geschüttelt, herausgekommen ist nichts Hundertprozentiges, sondern ausschließlich Lebertran.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. K n ä p p e r [CDU]: Das sind doch Sprüche!)

Wir befinden uns im zweiten Jahr der Konsolidierungsvereinbarung. Trotz aller Unkenrufe im Vorfeld ist es der Koalition gelungen, erneut einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der alle Bedingungen des Konsolidierungspfades erfüllt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Scheint nicht jeder mitbekommen zu haben!)

Dass man für eine solche Politik bei der Opposition dieses Hauses nicht unbedingt Beifall erntet, ist völlig klar. Den einen wird zuwenig gespart und an der falschen Stelle, den anderen – davon gehe ich aus – wird viel zu viel gespart, aber das, was gespart wird, natürlich auch an der falschen Stelle. Es mag das Vorrecht der Opposition sein, oder manche mögen es dafür halten, dass man Kritik äußert. Kritik darf man äußern, gestalten ist schwieriger.

Herr Röwekamp, ich habe mir noch einmal die Mühe gemacht, nachdem Sie das Parlament ja nicht wissen lassen wollen, was die CDU in diesem Haushalt eigentlich anders machen möchte, Ihren Haushaltsantrag anzusehen. Wer sich Ihren Haushaltsantrag ansieht – dazu kommen wir ja, glaube ich, noch einmal in der zweiten Runde –, stellt fest, dass Sie darin nur aufführen, dass unser Haushalt zurückgewie-

(A) sen wird und neu vorgelegt werden soll, aber Sie fordern keine einzige Alternative, Sie machen keinen einzigen Vorschlag. Es ist schwer, sich so mit der Opposition auseinanderzusetzen. Da das Internet aber nicht vergisst, habe ich noch einmal lange auf Ihre Internetseite geschaut, was die Vorschläge der CDU zur Haushaltverbesserung in Reihenfolge sind. Ich lese es einmal vor!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Da geht er gleich!)

Herr Kollege Röwekamp hat ja große Dinge erzählt über die Alternativen der CDU in der Haushaltsgestaltung. Ihre Vorschläge in Rangfolge lauten wie folgt: eine Parlamentsverkleinerung, großartig, wenn man die verfassungsrechtliche Lage dieses Bundeslandes kennt, weiß man genau, wie viel sich davon realisieren lässt! Die Fusion staatlicher Theater, großartig, wir haben zwar kommunale Theater, wie man sie fusionieren soll, wissen wir nicht! Die ehrenamtliche Führung der Ortsämter, ein unglaublicher Sparbeitrag!

(Beifall bei der SPD)

Die Durchsetzung eines Notlagentarifvertrags für den öffentlichen Dienst, die Erfahrungen von Berlin, dass das überhaupt kein Sparergebnis bringen wird, haben wir hier schon 27 Mal diskutiert! Die Fusion der Polizei in Bremen und Bremerhaven, Herr Röwekamp, bei Ihnen ist es durchgerechnet worden, als Sie noch Innensenator gewesen sind, Sie haben Abstand davon genommen!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nein, stimmt nicht! Das ist falsch!)

Diese Entscheidung gilt immer noch zu Recht, es gibt dabei überhaupt keinen wirtschaftlichen Effekt!

Weiterhin schlagen Sie die Verringerung der Studienfächer durch eine verbesserte Kooperation mit benachbarten Hochschulen und Universitäten in der Region vor. Ich glaube, die Diskussionen, die wir um den Wissenschaftsplan haben, werden in diesem Bereich etwas bringen. Dann haben Sie noch einen Punkt, Kollege Röwekamp, das ist die Bewertung der durch die Stadt und das Land gehaltenen Unternehmensbeteiligungen und gegebenenfalls die Veräußerung von Unternehmensanteilen. Dabei führen Sie wieder die Veräußerung der GEWOBA an. Das sind die Alternativen der CDU zu unserem Haushalt. Ich kann nur sagen, das nötigt mir einen unglaublichen Respekt ab.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Dieser Haushaltsentwurf orientiert sich an drei Marken: Die Geschäftsgrundlage dieses Haushaltsentwurfs ist der vereinbarte Konsolidierungspfad, von dem können, wollen und dürfen wir nicht abweichen. Es gibt aber zwei weitere Leitplanken. Die Leitplanken dieses Haushaltsentwurfs sind: Stärkung des sozialen Zusammenhalts und Stärkung der Wirtschaftskraft. Dieser Haushaltsentwurf stellt trotz der schwierigen Finanzlage die strukturpolitisch erforderlichen Investitionen in die Wirtschaftskraft sicher. Bremen und Bremerhaven – das haben Sie ausgeführt – brauchen eine starke Wirtschaft. Warum brauchen wir eine starke Wirtschaft? Das ist kein Selbstzweck, sondern wir brauchen diese starke Wirtschaft, um Arbeitsplätze und Steuern dauerhaft zu sichern.

Die Investitionseckwerte, die wir vereinbart haben, ermöglichen auch künftig, innovative Projekte in Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern, die Häfen zu entwickeln und Gewerbegebiete bedarfsgerecht zu erschließen. Der notwendige Ausbau des ÖPNV-Angebots, die Fortführung des Küstenschutzprogramms und die Investitionen in die ${\rm CO}_2$ -Reduktion werden abgesichert. Die Investitionseckwerte im Jahr 2012 betragen 460 Millionen Euro und im Jahr 2013 468 Millionen Euro. Das heißt, wenn man einmal einen Strich darunter zieht, lässt sich das Wünschenswerte hieraus nicht finanzieren, das Notwendige geschieht. Rot-Grün setzt damit den Wirtschaftskraft stärkenden Kurs fort.

Vielleicht ist es aber einmal besser, nach draußen zu schauen, sich nicht selbst zu loben, sondern zu schauen, wie eigentlich andere bewerten, was wir hier machen. Schaut man auf die Schlagzeilen der Zeitungen in den letzten Wochen, steht da: neuer Umschlagsrekord in den bremischen Häfen, noch nie so viele Touristen in Bremen und Bremerhaven wie im letzten Jahr, Mercedes investiert eine Milliarde Euro in das Werk Bremen. Das sind natürlich Ergebnisse der guten Konjunktur, aber das sind auch Ergebnisse der bremischen Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Hinners [CDU]: Ha!)

Woran wird denn Kritik geübt, Herr Hinners?

Die CDU kritisiert unsere Entscheidung, Atomtransporte aus den bremischen Häfen zu verbannen. Als ob Atomtransporte einen überhaupt nur im Ansatz messbaren Effekt für die Wirtschaftskraft der bremischen Häfen hätten. Eine solch alberne Diskussion habe ich selten gehört.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Kritisiert wird die Einführung der Citytax. Die Einführung der Citytax ist ein sinnvolles Instrument, weil wir damit in die Stärkung des Tourismus und der Kultur investieren können und unsere Städte in diesem Bereich noch wesentlich attraktiver machen.

(D)

(A) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Dann die ständig wiederkehrende Diskussion um die Reisebusse! Mein Gott, als ob das wirtschaftliche Wohl und Wehe unserer Stadt an roten, grünen oder gelben Plaketten hängen würde. Da wird aus einer Mücke ein Elefant gemacht, messbare wirtschaftliche Auswirkungen hat das alles nicht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Es klingt da schon total verzweifelt, Kollege Röwekamp, wenn die CDU das Scheitern bremischer Wirtschaftpolitik herbeimenetekelt.

Zur Wirklichkeit der Situation in Bremen eine abschließende Schlagzeile! Das Jahr 2011 war ein erfolgreiches Jahr für die bremische Industrie, und die Auftragsbücher sind voll, auch 2012. Ehrlicherweise ist einzugestehen, dass solche Erfolge nicht nur – oder vielleicht eher nachrangig – durch die Politik verursacht werden. Diese werden durch fleißige Arbeitnehmer und kluge Unternehmer erarbeitet.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

(B) Man muss sagen, wir machen das ja nicht aus Selbstzweck, wir machen das, um möglichst viele sozialversicherungspflichtige gute Arbeitsplätze zu haben. Gute Arbeitsplätze, von denen Menschen leben können, bei denen sie nicht und nicht permanent mit einem Arbeitsplatzverlust bedroht werden, sind für uns das Ziel einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die von uns initiierten, zusammen mit den Grünen getragenen, von Ihnen massiv bekämpften Gesetze, Tariftreue- und Vergabegesetz, Korruptionsregistergesetz, Landesmindestlohngesetz, dienen alle dem Zweck, dass wir zum einen unsere Unternehmen vor Schmutzkonkurrenz schützen und zum anderen Mindestarbeitsbedingungen schaffen. Ich würde mir wünschen, dass in diesem Sinne die CDU zur Stärkung der Wirtschaftskraft in die Mitte der Stadtgesellschaft zurückkehrt und an diesen Gesetzen mitwirkt und sie sich zu eigen macht. Das ist nämlich nicht sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, das ist nicht grüne Wirtschaftspolitik, sondern das ist Wirtschaftspolitik im Interesse dieser Stadt, und es wäre schön, wenn Sie dabei wären.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Lassen Sie mich den zweiten Bereich ansprechen, der eine ganz wesentliche Leitplanke unseres Handelns ist: der soziale Zusammenhalt! Der soziale Zusammenhalt in dieser Stadt ist wie in vielen anderen Städten bedroht. Die Fliehkräfte zwischen denen, die haben, und denen, die nicht haben, sind zumindest in den letzten Jahren nicht kleiner geworden. Segregation, Gentrifizierung, Chancenungleichheit, all das lässt sich in vielen Großstädten Deutschlands feststellen, aber eben auch in Bremen. Ich glaube, Drehund Angelpunkt, diese Dinge anzugehen und umzudrehen, ist die gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, und der Schlüssel dazu ist Bildung, und die beginnt ganz früh. Dieser Haushaltsentwurf enthält deshalb auch zusätzlich Schwerpunktmittel von insgesamt 37 Millionen Euro. Damit wollen wir die Startchancen von Kindern und Jugendlichen verbessern.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Es geht um mehr Personal in Schulen und Kindertagesstätten, es geht um eine bessere Ausstattung von Krippen und Kindergärten, und es werden dafür 24 Millionen Euro zusätzlich ausgegeben. Investiv werden für Um- und Neubauten zusätzlich rund 14 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Mit all diesen Mitteln wird der Ausbau der Kinderbetreuung, insbesondere bei den unter dreijährigen Kindern, verbessert sowie die Sprachförderung und die Angebote für ganztägiges Lernen ausgebaut. Bremerhaven, das hat die Finanzsenatorin soeben ausgeführt, wird als ein Teil unseres Landes, der besondere Probleme hat, auch besonders unterstützt. Vier Millionen Euro für den Bereich der Betreuung der unter Dreijährigen gehen nach Bremerhaven, und das ist notwendig und sinnvoll, wenn man sich die Struktur dieser Seestadt anschaut.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Lassen Sie mich noch eine Sache ausführen! Das Gebäudesanierungsprogramm wird in den nächsten zwei Jahren auch wieder zu einem Großteil in dem Bereich Schule und Kindergarten tätig werden und dort die Bedingungen verbessern.

Herr Röwekamp, Sie haben gefragt, was denn eigentlich der große Wurf dieser Koalition sei. Diese Koalition richtet sich strikt an den drei Leitplanken aus. Sie richtet sich daran aus, den Konsolidierungsplan einzuhalten, und sie richtet sich daran aus, im Rahmen ihrer Geschäftgrundlage zu schauen: Wie können wir die soziale Spaltung bekämpfen, und wie können wir die Wirtschaftskraft stärken? Das ist in der Tat – Frau Bürgermeisterin hat es ausgeführt – die Mühe der Ebene. Das Ringen darum, ob ein Projekt 50 000 Euro bekommen kann oder vielleicht nur 30 000 Euro oder vielleicht auch gar nichts, mag nicht attraktiv sein, das sind keine einfachen Diskussionen,

(A) das löst auch keine Begeisterung bei den Beteiligten aus. Das ist aber die notwendige Arbeit, die eine Koalition leisten muss, die sagt: Ja, wir wollen die Konsolidierung, ja, wir wollen die Wirtschaftskraft stärken, und ja, wir wollen die sozialen Bedingungen in diesem Land verbessern. Wir werden das tun. Wir haben einen klaren Kompass. Wir haben eine Idee davon, wie diese Stadt aussehen soll. Nach Ihrer Rede vermisse ich bei Ihnen Kompass, Idee und Utopie, und langsam finde ich das, was Sie hier im Parlament abliefern, bedenklich für die Entwicklung dieses Gemeinwesens.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie, Herr Röwekamp, haben sehr auf das letzte Wahlergebnis abgehoben. Ich bin überzeugt davon, dass nicht nur die Menschen, die in Bremen die SPD und die Grünen mit mehr als zwei Dritteln der Stimmen gewählt haben, sondern auch die übriggebliebenen 20 Prozent, die die CDU gewählt haben, es merken werden, mit welch unglaublich gespaltener Zunge Sie in dieser Stadt Politik machen, wenn Sie über Geld und über den Haushalt sprechen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es sind ja nicht nur wir, die das hören, dass Sie an einem Tag mehr Justizbeamte, mehr Polizei, mehr für die Schulen, mehr für die Kindergärten, mehr Investitionen, mehr für die Wirtschaft, mehr für die Kultur und mehr für alles fordern, sondern das bekommt ja draußen auch noch jemand mit. Sich dann tatsächlich hier hinzustellen und zu sagen, diese Koalition sei eine Ausgabenkoalition und sie müsse sich vor allen Dingen bei den Ausgaben einschränken, das ist wirklich nicht mehr zu vertreten, auch wenn man ein großes Herz dafür hat, was eine Opposition angesichts von einer solchen Haushaltsdebatte hier abliefern darf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie sind gegen jede einzelne Erhöhung unserer Einnahmen. Worüber reden wir eigentlich bei einem Haushalt? Einnahmen und Ausgaben! Sie haben alle Einnahmeerhöhungen abgelehnt, und Sie fordern in fast allen Punkten eine Erhöhung der Ausgaben, und daraus wird bei Ihnen ein besser sanierter und konsolidierter Haushalt als der, den die Finanzsenatorin soeben vorgelegt hat. Das müssen Sie einmal irgendjemandem erklären, wie das eigentlich gehen soll, sehr verehrter Herr Röwekamp!

(C)

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Senkal [SPD]: Planlos, würde ich sagen!)

Ich möchte mich zunächst auch gar nicht so sehr an dem, was Sie gesagt haben, abarbeiten. Ich möchte einmal die Gelegenheit nutzen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Finanzbehörde zu danken, den beiden Staatsräten, Herr Strehl und Herr Lühr, dem Haushaltsdirektor, Herr Winters, und vor allen Dingen der Finanzsenatorin. Es ist bundesweit kein Job, auf den sich Leute bewerben, die glauben, dass man dadurch sehr beliebt und sehr populär werden könnte, wenn man anderen Leuten erklärt, dass kein Geld für ihre Wünsche, Hoffnungen und Ausgaben vorhanden ist. Deswegen ist es ein sehr schwerer Job.

Ich danke allen, an der Spitze der Finanzsenatorin und dem gesamten Senat, der uns hier heute als Kollegialorgan diesen Haushalt übermittelt, dass sie es geschafft haben, diese Balance erneut hinzubekommen, die ja so schwierig ist. Ich komme auch noch auf die Schwierigkeiten und auf die Risiken zu sprechen, die in diesem Haushalt stecken! Diese Balance zwischen dem Einhalten des Pfades, dass wir unsere Verschuldung zurückführen wollen, und dem "In-die-Hand-Nehmen" von Geld für die ganz wichtigen Dinge, was Sie zum Beispiel völlig vergessen haben, nämlich für unsere Kinder in den Kindergärten und in den Schulen, ist ein erneutes Mal gelungen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Man muss außerdem dazu sagen, dass dieser Senat es in der Zusammenarbeit der Senatorinnen und Senatoren geschafft hat, sich darauf zu verständigen, nicht den Weg über Schattenhaushalte, über versteckte Kosten oder über in irgendwelchen Ecken eines Haushaltes versteckte Mittel zu gehen. Es ist ein Haushalt, der komplett transparent ist, der mit Offenheit das alte Haushaltsprinzip "Klarheit und Wahrheit" ganz nach vorn stellt und der das, was in Bremen lange Zeit auch üblich war, ganz klar gemeinsam zurückweist, nämlich dass wir versuchen, uns selbst, unsere Bürger und diejenigen draußen im Bund darüber zu täuschen, was wir tatsächlich ausgeben, indem wir Mittel in Schattenhaushalten verstecken. Auch das ist eine Errungenschaft dieser Koalition aus SPD und Grünen, dass wir einen solchen Haushalt vorlegen. Auch darauf bin ich sehr stolz, dass das in diesem Haushalt wieder weitgehend gelungen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ich weiß nicht, Herr Röwekamp, was Sie gesagt hätten, wenn wir an den Anforderungen der Föderalismuskommission II und der Schuldenbremse gescheitert wären. Jetzt ist es so, dass wir nicht nur die Bedingungen erfüllen, sondern dass wir sie übererfüllen, dass wir alle Messlatten, die an Bremen angelegt worden sind, ganz klar nehmen und dass wir sie überspringen. Was hätten Sie eigentlich gesagt, wenn es uns nicht gelungen wäre, wenn wir gescheitert wären und wenn wir die 300 Millionen Euro, die so wichtig sind, um unsere Zinsbelastungen zu senken, die uns erdrücken, weil sie uns eben nicht erlauben, die Euro, die für Zinsen ausgegeben werden müssen, für Kindergärten, Schulen und für anderes auszugeben, nicht bekommen hätten und wenn wir nicht das Zeichen des Stabilitätsrats bekommen hätten, dass diese Haushalte konform sind?

> Diese Haushalte haben auch Risikoreserven, sie haben auch Vorsorge dafür getroffen, dass es natürlich eine Entwicklung geben kann - Sie haben die Tarifverhandlungen angesprochen, Sie haben andere Risiken angesprochen - und damit es dafür noch Luft gibt. Man hätte natürlich auch einen Haushalt auf Kante nähen können, um vielleicht dem einen oder anderen noch einen Gefallen zu tun, das haben wir nicht gemacht! Es ist so, dass es noch Luft gibt, sodass es also auch die begründete Aussicht gibt, so schwer es auch immer in den Jahren ist, die der Finanzplan bis zum Jahr 2016 beschreibt, dies tatsächlich auch einzuhalten. Ohne – und das ist so wichtig, und der Kollege Tschöpe hat darauf hingewiesen, nicht nur bei Kindern und Bildung – die Grunderfordernisse unserer Wirtschaft, unseres Arbeitsmarkts, unserer Umsteuerung, unserer Klimawende, ohne diese Erforderungen tatsächlich mit einem Handstrich einzureißen, ist es gelungen, die Vorgaben des Stabilitätsrats einzuhalten.

(B)

Ich weiß gar nicht, ob es Ihnen vielleicht einen Zacken aus der Krone gebrochen hätte, diese kleine Nachricht einmal hier auch in Ihrer Oppositionsrede zu erwähnen, dass uns das gelungen ist, sehr geehrter Herr Röwekamp.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist doch bei niemandem im öffentlichen Dienst gut angekommen, dass wir die Altersgrenze erhöht haben. Sie sagen, es seien keinerlei Anstrengungen unternommen worden, um die Personalkosten in den Griff zu bekommen, überhaupt die konsumtiven Kosten. Sie haben einfach weggelassen, dass wir eine für viele, gerade für die älteren Beschäftigten im öffentlichen Dienst, durchaus schmerzliche Maßnahme durchgeführt haben, dass wir nämlich die Altersgrenze allgemein auf 67 Jahre und bei der Polizei und Feuerwehr auf 62 Jahre angehoben haben. Dass wir diese Altersgrenze angehoben haben, das sind Dinge, die eine solche Regierung nicht populär machen,

es sind aber Dinge, die zur Begrenzung der Kosten dringend nötig sind.

Wir haben Personaleinsparquoten, die unterschiedlich sind, weil es richtig ist, dass man sich im Senat auf unterschiedliche Quoten von 1,2 bis 2,6 Prozent eingestellt hat. Ich finde, die Debatte um das Amt für Soziale Dienste hat doch gezeigt, dass man einen Kurs und einen Kompass, eine klare Linie braucht, wenn man sagt, wir sparen dann dort ein, wo in einem zurückgezogenem Bereich der Verwaltung möglicherweise noch Luft ist. Wie auch immer unsere Meinung zu dieser Umorganisation aber aussieht, wir stehen zu einem Bekenntnis, und dazu stehen auch die SPD und die Grünen gemeinsam, dass wir nämlich dort, wo soziale Leistungen am Bürger vor Ort in den Sozialzentren erbracht werden, wie auch immer wir das Übergeordnete organisieren, nicht sparen, weil dort direkt die Menschen in den Stadtteilen profitieren. Das ist eine klare Linie von der SPD und den Grünen, und das ist eine klare Linie bei diesem Personalabbau, den wir machen, insgesamt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie verweigern nun jeglichen Gedanken an Einnahmeerhöhungen. Das kann ich nicht verstehen! Wenn Sie einmal Ihre eigenen Forderungen nach Mehrausgaben in vielen Bereichen zusammenzählen, auch die Ihrer Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker, dann müssten Sie eigentlich auch auf die Idee kommen, da das Geld ja nicht im Keller wächst oder vom Himmel regnet, dass wir es nur durch höhere Einnahmen erzielen können. Wir haben hier Anstrengungen unternommen, die natürlich auch denen nicht gefallen haben, die betroffen waren. Wir haben die Citytax eingeführt, wir haben die Grunderwerbssteuer angehoben und liegen da mit immer noch 4,5 Prozent einen halben Prozentpunkt unter dem Wert von 5,0 Prozent, den elf Länder inzwischen erreicht haben. Wir liegen also immer noch auf einem moderaten Level bei der Grunderwerbssteuer.

Wir denken über unterschiedliche Gebühren für konkrete Leistungen nach, denn Gebühren müssen für die Bürger immer auch eine konkrete Leistung nach sich ziehen. Ja, wir wollen moderat die Gewerbesteuer erhöhen, weil auch aus diesem Bereich ein Beitrag zum bremischen Haushalt geleistet werden muss. Nun sagen Sie, wirtschaftlich würde das bedeuten, dass wir nicht mehr genug in die Wirtschaftskraft investieren. Das ist meines Erachtens sehr weit weg, nicht von den politischen oder ideologischen Auseinandersetzungen, sondern von der faktischen Realität der Bedarfe.

Es gibt bei bremenports, in der BLG, bei Eurogate, in der bremischen Wirtschaft niemanden, der sagt, wir müssen wieder 500 Millionen Euro, 200 Millionen Euro oder 300 Millionen Euro für einzelne Pro-

(A) jekte in Angriff nehmen, denn wir haben, wie Sie gesagt haben, ein CT III, IIIa und IV. Wir haben uns am JadeWeserPort mit allen Schwierigkeiten, die es uns jetzt bringt, beteiligt. Wir werden auch die Ringautobahn A 281 um Bremen ausbauen als ein ganz bedeutendes Verkehrsprojekt, was im Übrigen schon seit 30 Jahren geplant, aber noch immer nicht zu Ende gebracht ist. Ich bin ganz sicher, dass diese Koalition in der nächsten Wahlperiode, in der sie weiterregieren wird, diese Autobahn zu Ende bringen wird, die seit 30 Jahren nicht geschlossen werden konnte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es gibt in der Handelskammer, bei den Wirtschaftsvertretern niemanden, der auch nur ein einziges Projekt vorgeschlagen hätte, das den Ausgabenrahmen dieser Investitionshaushalte, die vorgelegt worden sind, weit überschreitet. Es gibt diese Großprojekte nicht, und ich habe von Ihnen auch nicht gehört, welches Großprojekt es denn sein soll, das wir nicht mehr finanzieren können. Natürlich ist es eine enorme Anstrengung, wenn ein kleines Land, zwei kleine Städte, Bremen und Bremerhaven, im Vergleich zu den großen Bundesländern - nehmen Sie die Kaiserschleuse! - ein solches Megaprojekt schultern muss. In Hamburg gönnt man sich eine Philharmonie für viele Hundert Millionen Euro, wir haben uns die Kaiserschleuse gegönnt, und es war völlig richtig. Wir waren damals in der Opposition und haben zugestimmt, weil wir gesagt haben, natürlich müssen wir die Infrastruktur in den Häfen erhalten, weil damit Arbeit gesichert und Wirtschaftskraft gestärkt wird. Wo ist hier ein Punkt, den Sie gegen diese Koalition vorbringen können? Ich kann es beim besten Willen nicht verstehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Kommen wir zu einem Industriezweig, den es vor vielen Jahren so in der Form noch gar nicht gab, und den vielen Anfeindungen, den er inzwischen ausgesetzt ist, kommen wir zur Windenergie! Selbstverständlich werden wir mit dem Offshore-Terminal ein großer europäischer Standort mit einer geschlossenen Wertschöpfungskette für Windenergie werden. Ich habe von Ihnen nicht gehört, dass es falsch sei, private Investoren zu suchen und sich darauf zu verlagern, den Prozess zu moderieren und den Terminal dann an das Verkehrsnetz und an die Infrastruktur in Bremerhaven anzuschließen. Ich habe von Ihnen hier eigentlich gar nicht gehört, dass Sie irgendetwas anders machen würden, als wir das tun. Wir werden auch diesen Industriezweig, der Arbeitsplätze von hochwertigen Ingenieuren bis hin zu einfachen Dienstleistungen schafft und der ein enormes Potenzial hat, weiter ausbauen.

Es sind in jüngster Zeit Irritationen entstanden, ob bei der Onshore-Windenergie eventuell an der einen oder anderen Stelle ein Hindernis aufgebaut werden soll oder ob bei der Onshore-Windenergie möglicherweise aus diesem Senat die Ampel bei dem einen oder anderen Projekt auf Rot stehen würde. Meine Information und auch was der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr hier gestern in diesem Haus gesagt hat, ist so, wenn es nicht zwingende, von wem auch immer vorgebrachte rechtliche Hinderungsgründe gibt - die sehe ich bei all den Projekten, die im Moment beantragt sind, nicht -, wird es in relativ kurzer Zeit gelingen, dass alle an den verschiedenen Standorten beantragten Onshore-Projekte auch umgesetzt werden, weil auch das ein Signal ist, dass es in Bremen vorangeht, dass wir gerade Onshore- und Offshore-Projekte umsetzen, statt sie zu behindern, wie es manchmal behauptet wird. Also auch hier sind die Ampeln eindeutig auf Grün geschaltet!

(C)

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Was mich am meisten im Zusammenhang mit dem Haushalt ärgert, auch manchmal etwas ratlos zurücklässt, ist die Tatsache, dass nicht mit Fakten operiert wird.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wäre auch störend!)

Fakten sind sehr störend, vielen Dank für den Zwischenruf, Herr Dr. Kuhn!

(Abg. R u p p [DIE LINKE]: Das haben Sie verabredet!)

Ja, Herr Rupp, Sie werden es vielleicht gleich als Nächstes wieder sagen, auch wenn Sie die Fakten eigentlich ganz gut kennen, so wie ich Sie kenne! Man kann jeden Tag lesen: Kürzungspolitik im Bereich der Schulen, Kürzungspolitik im Bereich der Kindergärten, weniger Polizeibeamte, weniger Feuerwehrbeamte. In dieser ersten Lesung des Haushalts haben wir es zur guten Tradition gemacht, uns nicht die Zahlen reihenweise um die Ohren zu schlagen, aber ein paar Zahlen bei der Beratung eines Haushalts mögen schon einmal sein. Herr Rupp, vielleicht tun Sie mit den Gefallen und hören jetzt schon einmal ganz aufmerksam zu!

(Abg. R u p p [DIE LINKE]: Ich kann lesen und zuhören gleichzeitig! Keine Sorge, ich bin da schon aufmerksam dabei!)

Das ist ja gut! Wir verstehen uns ja. Noch eine kleine Anforderung ergänzend: Setzen Sie es in Ihrer Rede auch gleich um, was Sie gelesen und was Sie gesagt haben!

(B)

(A) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Der Eckwert für Bildung im Jahr 2005 betrug 531 Millionen Euro.

(Abg. R u p p [DIE LINKE]: Ich schreibe das einmal mit! – Heiterkeit)

In dem Plan für das Jahr 2012 beträgt er 569 Millionen Euro, und für das Jahr 2013 beträgt er 574 Millionen Euro. Die Zahl der Lehrerinnen- und Lehrerstellen ist angestiegen, die Schüler-Lehrer-Relation ist von 17,34 im Jahr 2005 auf 16,02 im Jahr 2011 gesunken. Mehr Lehrerinnen und Lehrer unterrichten weniger Schülerinnen und Schüler. Das Gleiche gilt für die Eckwerte Wissenschaft und Forschung, worauf ich im Übrigen auch sehr stolz bin, dass uns das trotz der Haushaltsnotlage gelungen ist. Die Studienanfänger sind von 4 900 auf 6 300 gestiegen, die Ausgaben für Polizei von 94 Millionen Euro auf 111 Millionen Euro.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich könnte jetzt ganz lange fortsetzen. Die Kinderbetreuung! Unter dreijährige Kinder in Bremen wurden in dieser Stadt noch vor wenigen Jahren zu acht Prozent betreut, in den nächsten Jahren werden es zwischen 30 und 35 Prozent sein. Das ist der größte Sprung, der bei der Kinderbetreuung in dieser Stadt jemals vonstattenging.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich appelliere an alle, ich appelliere an die Interessenvertreterinnen und -vertreter, und bei diesem Punkt appelliere ich ausnahmsweise auch einmal ausdrücklich an die Medien: Vermeiden Sie es, Rotstiftpolitik, Kürzungen bei der Kinderbetreuung zu schreiben!

Es gibt enorme Steigerungen in allen diesen Bereichen, die dieser Senat aus den Grünen und der SPD zu Schwerpunktbereichen erkoren hat. Es ist dort nicht gekürzt worden, sondern es wird massiv investiert. Wenn DIE LINKE kommt, dann kann sie meinetwegen kommen – wir sind schon daran gewöhnt, und deswegen überrascht es uns nicht – und sagen, ja, Sie haben sehr viel mehr gemacht, aber wir LINKEN hätten gern noch mehr mehr. Dann sagen Sie das bitte, aber sagen Sie in Ihrer Rede bitte nicht, wir hätten gekürzt, wenn wir deutlich erhöht haben, sehr geehrter Herr Rupp!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir haben in diesem Haushalt wirklich eine Menge Risiken, und ich danke der Finanzsenatorin, dass sie bei der Einbringung ihres Haushalts wahrheitsgemäß auf sehr viele Risiken hingewiesen hat. Ich glaube, dass jede Landesregierung diese Risiken in gleichem Maße treffen würde, ganz egal, wer sie stellt. Das sind Dinge, wenn Sie sich zum Beispiel den JadeWeserPort anschauen und an die 140 Schlosssprengungen in der Kaje denken, die man tatsächlich weder aus einer Finanzverwaltung noch aus einer Bau-, Innen-, Bildungs- oder Sozialverwaltung oder aus der Senatskanzlei wirklich beeinflussen kann. Ich denke einmal, dass ist vielleicht eines der Risiken, bei dem wir im Moment noch sehr beruhigt sein können und durch Versicherungen und Gewährleistungen finanziell einigermaßen abgesichert sind, wenn denn die Eröffnung am 6. August noch so stattfindet, wie sie geplant ist.

Wir haben aber auch Risiken wie die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, und das natürlich völlig zu Recht, Herr Röwekamp! Da sind wir nur ein kleines Rädchen in einem bundesweiten Zusammenhang. Natürlich muss Bremen auch sein Einverständnis geben, aber wenn am Ende die Tarifgemeinschaft – in diesem Fall sind es der Bund und die Kommunen, die Länder kommen als Nächstes – dann bei allen Warnstreiks und misslichen Lagen für die Bürgerinnen und Bürger entscheidet, einen Abschluss zu machen, der vielleicht den Kommunen wehtut, dann werden wir ihn möglicherweise umsetzen müssen. Das sind die Risiken, die meines Erachtens durch eine gute Vorsorge in diesem Haushalt in den nächsten Jahren noch abzufedern sind.

Man muss aber auch ganz deutlich sagen, wenn man alles zusammenzählt – hohe Tarifabschlüsse über einen Zeitraum bis 2019 und 2020, die absolute Weigerung der Bundesregierung, über eine Finanztransaktionssteuer, über einen Einkommenssteuerhöchstsatz, über andere Steuern die Einnahmen des Bundes, der Länder und Gemeinden zu erhöhen – und gleichzeitig konkrete Risiken hat, wie sie bei den Krankenhäusern in der Tat bestehen, Sie haben das angesprochen, wie sie aber auch bei dem einen oder anderen Projekt konkret bestehen, und wenn man daraus ein Worst-Case-Szenario macht, dann wird man sehr große Schwierigkeiten bekommen, diesen Stabilitätspfad auch einzuhalten. Es gehört zur vollen Wahrheit über diesen Haushalt.

Zur vollen Wahrheit über diesen Haushalt gehört aber auch, dass in dem Zeitraum, den wir überblicken können, wir die Dinge, die wir selbst beeinflussen können, tun, und ich hoffe, ab dem Jahr 2013 sind es ein paar Dinge mehr im Bund, als wir im Moment als Land tun können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist, glaube ich, ein sehr wichtiger Punkt für den Erfolg dieses Sanierungspfads.

(A) Wenn man alle diese Dinge zusammennimmt, dann hat dieser Senat dem Parlament einen Haushalt vorgelegt, der sowohl in der Summe als auch bei den Einnahmen und Ausgaben einen maßvollen, wirklich gut durchdachten Haushalt ausmacht, dem wir so im Großen und Ganzen zustimmen können, auch wenn die Fraktionen an der einen oder anderen Stelle in den Beratungen der nächsten Wochen mit Sicherheit noch Punkte haben, die sie einbringen werden.

Ich frage mich, Herr Röwekamp: Wenn Sie es nicht merken, dass Sie hier in jeder Debatte außer der Haushaltsdebatte Ausgabensteigerungen fordern, wenn Sie uns in jeder Debatte inklusive der Haushaltsdebatte kritisieren, dass wir die Einnahmen über Steuern oder Gebühren erhöhen, welche Maßnahmen würden Sie ergreifen, wenn Sie der Finanzsenator dieses wunderschönen Landes Bremen wären - es möge nicht eintreten -, um etwas anders zu machen, als dieser Senat es uns heute vorgelegt hat? Die Antwort sind Sie vollständig schuldig geblieben, und deswegen wird dieser Haushalt von uns, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, von der ersten Lesung an kritisch und, ich denke, mit der einen oder anderen Ergänzung, aber mit vollem Respekt und voller Zustimmung so behandelt, wie er eingebracht worden ist. - Vielen herzlichen Dank!

(B) **Präsident Weber:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich auf der Besuchertribüne die Auszubildenden zu Verwaltungsfachangestellten der Berufsbildenden Schulen aus Syke herzlich begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Güldner, diese Herausforderung nehme ich gern an! Wenn ich die Zahlen in der kurzen Zeit richtig mitgeschrieben habe, die Sie genannt haben, waren es im Jahr 2005 541 Millionen Euro und im Jahr 2012 594 Millionen Euro. Stimmt das in der Größenordnung?

(Abg. Dr. Güldner[Bündnis 90/Die Grünen]: Ich hoffe, Sie haben richtig mitgeschrieben!)

Es ist natürlich so, wenn man es nominell betrachtet, ist es in der Tat mehr als im Jahr 2005. Es lohnt sich, die Frage zu stellen, wie in dieser Zeit eigent-

lich die Kaufkraft gesunken ist. Rechnet man seit dem Jahr 2005 pro Jahr mit einem inflationsbedingten Kaufkraftverlust von zwei Prozent, dann hätte man, um dasselbe zu kaufen, in diesem Jahr ungefähr 620 Millionen Euro ausgeben müssen und nicht 594 Millionen Euro.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber wir müssen Lehrer bezahlen und Kindergärtnerinnen, das ist etwas völlig anderes!)

Ich habe auch nur gesagt, dass das Maß nicht die nominelle Höhe der Summe ist! Das kann man bei sehr vielen Sachen feststellen. Eine Packung Zigaretten kostet heute zum Beispiel auch deutlich mehr als vor 50 Jahren, aber man muss dafür genauso lange arbeiten.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Deswegen habe ich extra für Sie die Lehrerzahlen genannt!)

Allein die Ausgaben sind ohne Berücksichtigung der Tarifsteigerung, ohne Berücksichtigung des Kaufkraftverlustes eigentlich überhaupt kein Maß. Daher gehe ich davon aus, dass es eigentlich deutlich mehr sein müsste als 594 Millionen Euro, um nur allein das zu kaufen, was im Jahr 2005 dafür gekauft werden konnte.

Im Jahr 1993 waren in Bremen laut des Finanzplans ungefähr 19 000 Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt, im Jahr 2011 waren es noch ungefähr 14 000, und im Jahr 2016 sollen es etwa 2 800 sein. Dies ist eine deutliche Personalreduzierung in sehr vielen Fällen.

(Abg. Tschöpe [SPD]: 12800! – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: 12800! Sie haben eine eins vergessen!)

Im Jahr 2012 sind es ungefähr 14 000 und im Jahr 2016 circa 12 800! Das ist eine deutliche Reduzierung! Ich denke, die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer, die wir brauchen, misst sich nicht an der Frage, wie viele wir gestern hatten,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber daran, wie viele Schüler wir haben!)

sondern sie misst sich unter anderem daran, erstens, wie viele Schülerinnen und Schüler wir haben, und zweitens, welche Aufgaben sich Bremen hinsichtlich der Inklusion und der Oberstufe eigentlich gestellt hat. Wenn man dann noch berücksichtigt, wie die soziale Lage in den verschiedenen Stadtteilen ist, kann man nicht anders, als zu dem Schluss kommen, Bre-

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) men hat nach wie vor zu wenige Lehrerinnen und Lehrer, um die Aufgaben zu bewältigen.

> (Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Jedenfalls mehr als früher bei weniger Schülern!)

Ich habe wiederum mit Erstaunen die Ausführungen des Kollegen Röwekamp gehört. Er stellt sich immer hin und sagt, man kann nur so viel Geld ausgeben, wie man einnimmt. Diese Logik ist meines Erachtens verfassungswidrig. Wenn man einmal in die Verfassung und das Grundgesetz schaut, dann steht da sinngemäß, jeder Mensch hat ein Recht auf Arbeit, von der er leben kann, und jedes Kind, jeder Jugendliche hat ein Recht auf Ausbildung. Jeder Mensch, der hier lebt, hat auch ein Recht auf Rente, auf eine vernünftige Gesundheitsversorgung und eigentlich auch auf eine gesunde Umwelt. Wenn man das alles zusammennimmt, sowohl die Paragrafen als auch den Geist unserer Verfassung in Bremen und des Grundgesetzes, leiten sich daraus ganz bestimmte Aufgaben für einen Stadtstaat und für ein Land ab. Dafür muss man Geld ausgeben!

Wenn man dieses Geld nicht hat, und das ist in Bremen deutlich der Fall, dann geht es nicht anders, als es über eine Einnahmeerhöhung zu generieren, weil man die Verfassung sonst mit nicht getätigten Ausgaben, mit Nicht-Eingriffen in die Gesellschaft, mit Nicht-Tätigsein verletzt. Deswegen stimmt die Logik, wir können nur so viel Geld ausgeben, wie wir einnehmen, in diesem konkreten Fall in Bremen überhaupt nicht. Wir haben eine Situation, die genau andersherum ist.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Ich versuche es noch einmal! Im kaufkraftbereinigten Jahr 1993, das heißt, man nimmt die Ausgaben vom Jahr 1993 und rechnet den Kaufkraftverlust bis heute hinzu, hat Bremen ungefähr 5,2 Milliarden Euro ausgegeben, jetzt sind es nur noch 4,3 Milliarden Euro. Das ist eine Kürzung um 17 Prozent. Im kaufkraftbereinigten Jahr 1992 hatte Bremen Einnahmen von 4,4 Milliarden Euro, heute sind es 3,6 Milliarden Euro. Das sind ungefähr 18 Prozent realer Einnahmeverlust. Interessanterweise ist das Bruttoinlandsprodukt in der gesamten Zeit circa 1,5 bis 2 Prozent gestiegen, und das wissen wir auch.

Seit ungefähr 1992 sind die Einnahmen nicht nur real gesunken, sondern sie sind auch nominell eher gleich geblieben. Wenn man versucht hätte, diese Einnahmeverluste ohne Neuverschuldung auszugleichen, also das tut, was Herr Röwekamp gefordert hat, dann hätte man heute eine reale Kürzung der Ausgaben um ungefähr 31 Prozent. Das wäre einfach nicht möglich gewesen, ohne die Handlungsfähigkeit dieses Landes in den Bereichen Bildung, Kultur, Infrastruktur

und sozialer Spaltung infrage zu stellen. Das heißt also, dieser Ansatz, wenn nicht genug Geld vorhanden ist, um die notwendigen Ausgaben zu finanzieren, dann einfach die Ausgaben auf die Höhe der Einnahmen zu reduzieren, ist falsch und meines Erachtens verfassungswidrig!

Es liegt auf der Hand, Bremen hat im Wesentlichen kein Ausgabeproblem mehr. Wir haben ein deutliches Einnahmeproblem, das man durch eine Kürzung einfach nicht lösen kann, auch nicht auf lange Sicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wird bei der Diskussion um die Schulden und den Schuldenberg oft so getan, als wäre das bei vernünftiger Haushaltspolitik in irgendeiner Weise vermeidbar gewesen, man hätte nur richtig rechnen oder in den letzten 20 Jahren einfach keine Schulden aufnehmen müssen. Wir haben nachgewiesen, dass es schon nicht gegangen wäre, weil die Einnahmen weggebrochen sind.

Schauen wir doch aber einmal auf die Zeit der Großen Koalition! Sie ist im Jahr 1995 mit ungefähr 8,6 Milliarden Euro Schulden gestartet und hatte am Ende circa 14,6 Milliarden Euro Schulden. Das sind in der Summe sechs Milliarden Euro mehr, die damals, auch heute wieder bestätigt, offensichtlich gut angelegtes Geld gewesen sind – dies hat Herr Röwekamp ausgeführt –, die Bremen in die Lage versetzt haben, wieder wirtschaftlich zu wachsen und die Strukturen zu verändern, um die Herausforderungen der Zeit zu bewältigen.

Es wurde auch immer gesagt, es wird gemacht, um die Wirtschaftskraft zu stärken und die Einnahmen zu erhöhen. Das Gegenteil ist der Fall, denn die Wirtschaft ist zwar gestärkt - das muss man unter dem Strich festhalten –, aber die Einnahmeerhöhungen sind ausgeblieben. Wir wissen alle, woran das lag. Das lag nicht am Wetter und nicht an der konjunkturellen Schwankung. Das lag an dem Irrglauben, dass man durch Steuererleichterungen für große Unternehmen und für Menschen, die sehr viel verdienen, in irgendeiner Weise die Handlungsfähigkeit der Kommunen und des Staates retten kann. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Bremen hat im Wesentlichen zu niedrige Einnahmen aufgrund der Steuerbeschlüsse der letzten 20 Jahre, angefangen von Helmut Kohl über Gerhard Schröder und Joschka Fischer, das ist nachweisbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde es interessanterweise auch doppelt doppelzüngig, denn als ich angefangen habe, mich mit der Frage der Kreditaufnahme und der Investition über Kredite zu beschäftigen – das ist schon eine Weile her –, habe ich gedacht, in Ordnung, sie nehmen die mögliche Neuverschuldung und stecken sie in die Wirtschaft und bauen Bremen auf, das ist eine gute Idee.

(A) Irgendwann habe ich festgestellt, nein, sie nehmen nicht nur das Geld des jeweiligen Haushaltsjahres, sie nehmen die mögliche Verschuldung des nächsten, des übernächsten Jahres, der nächsten 10 bis 15 Jahre, um diese Projekte heute zu finanzieren.

> Investive Mittel sind auf lange Sicht immer noch zu einem hohen Grad gebunden, und das ist ebenfalls ein Wechsel auf die Zukunft. Die Große Koalition macht heute noch in jedem Haushaltsjahr einen Anteil von Schulden aus; die genaue Höhe kenne ich nicht, aber es ist zumindest immer noch relevant. Jetzt kann man wiederum auch sagen, das ist vernünftig. Es kann auch vernünftig gewesen sein, denn wenn es so ist – meine Eingangsthese war, man kann in einem Staat nicht so denken, dass man nur so viel Geld ausgeben kann, wie man einnimmt, sondern die Ausgaben messen sich in erster Linie an den Aufgaben -, wenn das stimmt, dann war die Neuverschuldung der letzten 20 Jahre eine Art haushaltspolitische Notwehr. Um die Ausgaben nicht unterhalb des notwendigen und des gesetzlich vorgeschriebenen Rahmens zu senken, war man quasi gezwungen, Schulden zu machen. Um die Wirtschaftskraft zu stärken, war man gezwungen, Schulden zu machen, um das zu investieren, die Einnahmen gaben das nicht her. Es war also eine Form von haushaltspolitischer Notwehr, weil ganz einfach die Einnahmen weggebrochen sind.

Die spannende Frage ist, in welcher Situation wir eigentlich jetzt sind. Es ist klar, Bremen hat in den letzten Jahren enorm Personal abgebaut, enorm Ausgaben gekürzt und hat noch immer nicht den Punkt erreicht, an dem die Ausgaben und die Einnahmen einigermaßen deckungsgleich sind. Jetzt wird erneut der Versuch unternommen, das über den Konsolidierungspfad in irgendeiner Weise hinzubekommen. Wir wissen, das funktioniert nur, wenn ganz bestimmte Voraussetzungen eintreffen.

Die Primärausgaben, also alles ohne Zinsen, dürfen in diesen Jahren nicht mehr als 0,6 Prozent steigen. Bei einer mittelfristigen Inflationsrate von 1,7 bis 2 Prozent ist es real eine Kürzung von einem Prozent. Personalausgaben sollen nicht mehr um ein Prozent steigen, wir wissen, dass notwendige und sinnvolle Tariferhöhungen anstehen, weil die Menschen, die Arbeit hatten, nicht nur mehr Arbeit haben, sondern sie hatten in den letzten Jahren in der Regel einen deutlichen Reallohnverlust. Das muss irgendwann einmal ausgeglichen werden, das kann man nicht noch zehn Jahre so weitermachen.

Die sonstigen konsumtiven Aufgaben dürfen nur um 0,3 Prozent steigen, die Investitionsausgaben sollen zurückgefahren werden, und die Einnahmesteigerungen liegen in den nächsten vier, fünf Jahren zwischen 3 und 3,5 Prozent. Es gibt Untersuchungen, die sagen, wenn Bremen diesen Sanierungskurs zu Ende gefahren ist, gibt es im Jahr 2020 eine reale Ausgabenkürzung von ungefähr 25 Prozent. Das halten wir für illusorisch, wir finden, es kann nicht sein, dass

wir auf diesem Weg weitergehen, selbst wenn diese Voraussetzungen eintreffen.

Wir haben also eine Situation, in der relativ klar ist, es hat sich an der sozialen Lage in diesem Land trotz aller Unkenrufe eigentlich nichts geändert. Die Zahlen, die die Armut und Arbeitslosigkeit in Bremen betreffen, sind nach wie vor erschreckend. Im Moment sind 41 000 Menschen arbeitslos, 111 500 Menschen sind Empfänger von Transferleistungen, und gleichzeitig gibt es 10 000 Vermögensmillionäre. Bremen hat bundesweit den größten Anteil von überschuldeten Einwohnerinnen und Einwohnern und den größten Anteil von Alleinerziehenden im Hartz-IV-Bezug. Bremerhaven hat den höchsten Prozentsatz von Kindern und Jugendlichen, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind. 7 000 Menschen in Bremen sehen sich täglich gezwungen, sich mithilfe der öffentlichen Armenspeisung aus privaten Tafeln zu ernähren.

Das könnte man jetzt noch eine Weile so fortführen, aber ich komme zurück zu meinem Ausgangspunkt! Wenn es so ist, dass der Geist und die Buchstaben unserer Verfassung ganz bestimmte Dinge vorschreiben, ganz bestimmte Rechte einräumen und ganz bestimmte Pflichten für staatliches Handeln definieren, dann ist die soziale Situation in Bremen der deutlichste Faktor, dass die letzten Haushalte und dieser Haushalt überhaupt nicht in der Lage sind, an diesem Problem irgendetwas zu ändern, und das ist ein weiterer Grund, warum wir diesen Haushaltsentwurf ablehnen!

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will noch einmal auf die Frage, ob es eigentlich eine Alternative zu dem Konsolidierungspfad gibt, eingehen! Letztendlich bin ich davon überzeugt, dass man diese Frage nur politisch lösen kann, wir werden möglicherweise in die eine oder andere Richtung Klagen haben, vielleicht wird sich noch jemand auf den Weg machen und sagen, der Haushalt ist wieder verfassungswidrig, aus anderen Gründen.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Machen Sie doch einmal!)

Diese Frage lässt sich nur politisch durchsetzen, das muss man politisch wollen, dafür muss man Mehrheiten in der Bundesregierung haben, entsprechende Steuerpolitik machen, und man muss Mehrheiten haben, um einen entsprechenden Länderfinanzausgleich zu haben. Solche Fragen kann man nur sehr begrenzt, wenn überhaupt, über Gerichte lösen. Es ist eine politische Frage, und deswegen stellt man sich der politischen Herausforderung und zieht nicht vor Verfassungsgerichte und petzt!

(D)

(A) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt fehlt noch der Risikopuffer!)

Jetzt gibt es noch den konkreten Haushalt und die Perspektiven bis zum Jahr 2016. Die Finanzsenatorin hat ausgeführt, Bremen nutzt die mögliche Neuverschuldung im Rahmen des Konsolidierungspfades nicht aus, das ist notwendig und sinnvoll, weil man nicht weiß, was alles passiert, und wir brauchen einen Puffer. In den letzten Jahren ist es so gewesen, wir haben deutlich mehr Geld eingenommen und hätten deutlich mehr Geld ausgeben können, ohne den Sanierungspfad zu verletzen – ich weiß, es ist Verschuldung, ich weiß, es generiert Zinsen, das muss man mir nicht 35 Mal erklären, dass habe ich hier auch schon einmal gemacht –, es war aber so, dass die Möglichkeit dazu gegeben war.

Jetzt haben wir eine Situation, dass wir bis zum Jahr 2016 im jetzigen Finanzplan insgesamt 595 Millionen Euro Puffer haben. Ich finde das viel angesichts der Aufgaben und notwendigen Ausgaben. Es ist für die nächsten Jahre schon viel. Für die nächsten Jahre - 2011, 2012 und 2013 - sind es insgesamt ungefähr 230 Millionen Euro Puffer. Ich denke, wenn man schon sagt, wir müssen unbedingt diesen Konsolidierungspfad beibehalten, dann muss man wenigstens folgende Frage stellen: Was passiert eigentlich, wenn dieser Puffer nicht gebraucht wird? Was passiert eigentlich, wenn wir an einen Punkt kommen, an dem wir feststellen, ohne die Bedingungen des Konsolidierungspfades 2012 zu reißen, haben wir am Ende oder in der Mitte des Jahres oder in der Prognose der Jahresausgaben eine große Summe zur Verfügung, die wir gegebenenfalls einsetzen könnten? Wo bitte ist das Szenario, in dem gegengerechnet wird, ob nicht Investitionen in die Stadt mehr bedeuten als die daraus resultierenden Zinsen?

(B)

Ich weiß, dass man dafür Zinsen bezahlen muss, aber ein solches Szenario zu entwickeln, wenigstens im Rahmen dessen, was möglich ist, um die Armut zu bekämpfen, denn jeder weiß es, jeder spürt es, jeder merkt es, wenn er in Bremen auf der Straße unterwegs ist ——. Es gibt andere Formen von Schulden als Schulden in Geld, und die Zahlen, die ich vorhin vorgelesen habe, sind Schulden, es ist keine Generationengerechtigkeit.

Deswegen muss man diese Frage stellen, ob es eine Möglichkeit gibt, dieses Geld einzusetzen, wenigstens innerhalb der Logik. Ich bestätige damit nicht die Logik, das habe ich vorher ausgeführt. Wenn man aber dieser Logik verfallen ist und gleichzeitig sagt, wir wollen soziale Spaltung in Bremen bekämpfen, gleichzeitig sagt, wir wollen eine gute Bildung, gleichzeitig sagt, wir wollen ein gutes Gesundheitssystem, dann finde ich es notwendig, dass man nicht sagt, wir machen einen Puffer. Wenn es vielleicht Probleme gibt, dann lösen wir das damit, und wenn Geld

übrig bleibt, vermeiden wir Neuverschuldung. Das ist zu kurzfristig, das ist nicht nachhaltig, und das ist nicht zukunftsfähig!

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Vorrednerin und Vorredner haben eine ganze Reihe von konkreten Punkten auf die Tagesordnung gerufen, an denen deutlich wird, dass möglicherweise innerhalb des Haushalts Schwerpunkte gesetzt werden. Ich bin in der Sache sehr skeptisch, denn es gibt in der Frage von Schwerpunktbildung das Prinzip der Decke. Wenn man oben zieht, um die Nase warm zu halten, werden unten die Füße kalt, wenn die Decke zu kurz ist. Das heißt, wenn wir insgesamt für öffentliche Schulen im Produktplan 2011 knapp 350 Millionen Euro ausgeben und 2012 344 Millionen Euro, dann sind das rund sechs Millionen Euro weniger. Das ist ein Indiz dafür – das wurde auch bestätigt –, dass diese Schwerpunktmittel keine zusätzlichen, sondern andere Mittel sind.

Ich bin relativ sicher, alle Indizien, die ich bisher gesehen habe, insbesondere im Bildungsbereich, sprechen dafür, dass diese Schwerpunktbildung dem Prinzip der zu kurzen Decke entspricht. Man gibt Gelder in bestimmte Bereiche, die man gerade gesetzlich vorgeschrieben hat oder die man gerade spannend findet, in anderen Bereichen fehlt das Geld, fehlen die Lehrerinnen und Lehrer und werden durch nichts ausgeglichen. Das werden wir jetzt noch einmal genau prüfen, das ist die Herausforderung der nächsten Wochen. Das werden wir in der zweiten Lesung noch einmal genauer beraten und anschauen, ob das geht.

Wir werden genau hinsehen, ob das, was für die Betreuung der unter Dreijährigen vorgesehen ist, überhaupt reicht. Unserer Meinung nach ist es zu wenig, und die Betreuung der unter Dreijährigen in Bremen ist gefährdet.

Wir werden nachsehen, ob für Hochschulen und Universitäten auf lange Sicht genug Geld vorhanden ist. Laut Auskunft von Frau Senatorin Jürgens-Pieper ist die Ausstattung der Bremer Universität schlechter als an allen vergleichbaren Universitäten und Hochschulen.

Nach 17 Jahren Sanierungskurs pfeifen viele in der Verwaltung auf dem letzten Loch. Dort, wo ich im Rahmen meiner Abgeordnetentätigkeit hinschaue, sehe ich, es gibt zu viel Arbeit für zu wenig Personal, zu viel Arbeitsverdichtung, die Menschen werden durch ihre Arbeit krank. Das sind Situationen, in denen deutlich wird, dass in vielen Bereichen Personalkürzung nicht mehr geht. So wie in der Justiz, dass man sagt, wir kürzen kein Personal, deshalb verlängern wir die Lebensarbeitszeit, oder wie bei der Polizei, wir kürzen kein Personal, aber dafür muss das Geld anderswo aufgebracht werden. Da haben sie die Wahl schlechte Ausstattung oder zu wenig Personal. Das ist eine Verlagerung von Verantwortung,

 (A) die ich nicht richtig finde. Sie ist deswegen unverantwortlich, weil die Betroffenen dafür nichts können.

Wir werden auf die städtischen Krankenhäuser, auf die Zuwendungsempfänger, auf die Arbeitsmarktpolitik und viele Dinge mehr schauen.

Ich habe begründet, warum ich finde, dass dieser Haushalt im Sinne und im Geiste der Verfassung verfassungswidrig ist, nicht de jure wahrscheinlich. Ich finde, der Herausforderung, diese Aufgaben zu bewältigen, ist dieser Haushalt nicht gewachsen. An vielen Stellen wird mit Sicherheit Geld an der richtigen Stelle ausgegeben, aber meiner Meinung nach ist es an vielen Stellen zu wenig, und zwar viel zu wenig. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem bisherigen Verlauf der Debatte kann man, glaube ich, ein kleines Zwischenfazit ziehen. Ein Teil der Risiken, die ich beschrieben habe, sind von den anderen Fraktionen eingeräumt worden,

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Hat die Finanzsenatorin bei der Einbringung gesagt!)

sowohl bei der Frage der Entwicklung der Gehälter im öffentlichen Dienst als auch bei der Frage, was uns noch beim städtischen Klinikverbund blüht, bis hin zur Diskussion, was die künftigen Einnahmen unseres Bundeslandes betrifft.

Ein Teil der Punkte, die wir hier miteinander debattiert haben und insbesondere das, was Sie, Herr Dr. Güldner, gesagt haben, ist unwahr. Wenn Sie behaupten, die CDU-Fraktion hätte den Plänen der Koalition zur Einnahmesteigerung nicht zugestimmt,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ganz viel, ganz oft!)

dann ist das falsch! Der Erhöhung der Grunderwerbssteuer haben wir zugestimmt, der Erhöhung der Lebensarbeitszeit haben wir, auch was die Strittigkeit betraf, grundsätzlich zugestimmt!

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht doch um Steuern!)

Wir haben angedeutet, dass wir auch bei der Gewerbesteuer mit uns reden lassen. Aber, meine Damen und Herren, was ist das für eine Politik, die Einkünfte auf unternehmerischen Erfolg abschöpfen will, ohne die Basis für zukünftigen unternehmerischen Erfolg

fördern zu wollen? Sie können doch nicht nur schröpfen, Sie müssen auch in diese Leistungsfähigkeit investieren!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist es unwahr, und ich sage, unter Parlamentariern unredlich, wenn Sie sich hier vorn hinstellen und sagen, die CDU hätte grundsätzlich bei Einnahmesteigerungen nicht zugestimmt. Das Gegenteil ist der Fall, Herr Dr. Güldner, und diese Wahrheit muss an diesem Punkt hier gesagt werden.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Was wir nicht mitgemacht haben, ist Quatsch: Ich meine, die Waffenbesitzsteuer war Tschöpes Bauchlandung Nummer eins, das geht in die Geschichte als der größte Flop dieses Jahres ein.

(Beifall bei der CDU)

Millionen-Erwartungen hat er geschürt, am Ende ist es nicht nur rechtlich unsinnig, sondern der Senat sagt, es ist Quatsch, das so zu machen. Dass wir solchen Unsinn nicht auch noch die Unterstützung unserer seriösen Abgeordneten geben, das brauche ich mir von Ihnen nicht vorhalten zu lassen, sehr geehrter Herr Dr. Güldner!

(Beifall bei der CDU)

Ich will an der Stelle auch sagen, Nachhilfeunterricht brauchen wir von Ihnen nicht, um das ganz klar zu sagen. Sie, mit Ihren Einnahmen, die Sie heute haben, schöpfen den Erfolg ab, den wir in unserer Regierungsbeteiligung zusammen mit der SPD gelegt haben. Noch nie wurde in Bremen so viel gespart wie unter unserer Mitverantwortung in diesem Senat. Noch nie wurde so viel Personal eingespart wie unter unserer Mitwirkung in diesem Senat. Noch nie wurden so viele neue Arbeitsplätze geschaffen wie unter unserer Mitwirkung in diesem Senat. Noch nie sind so viele neue Unternehmen in Bremen angesiedelt worden wie unter unserer Mitwirkung in diesem Senat. Noch nie wurden so viele neue Einwohner nach Bremen gelockt wie unter unserer Mitwirkung in diesem Senat.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen uns von Ihnen, die gegen CT IIIa und CT IV gewesen sind, die gegen die Kaiserschleuse gewesen sind, die gegen das Auswandererhaus gewesen sind, die gegen das Universum gewesen sind, die gegen die touristische Infrastruktur gewesen sind,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt alles nicht!) (D)

(A) keinen Nachhilfeunterricht geben lassen. Sie haben immer alles verteufelt, was in der Vergangenheit in die Leistungsfähigkeit, in Wachstum und in Beschäftigung investiert worden ist. Nun tun Sie doch nicht so, als ob Sie die Heilsbringer sind, was die Zukunft unseres Bundeslands betrifft!

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Güld - ner [Bündnis 90/Die Grünen]: Alles zugestimmt!)

Wann haben Sie dem Universums-Erweiterungsbau zugestimmt, Herr Dr. Güldner? Fangen Sie doch jetzt nicht auch noch an, von dem Platz aus zu lügen!

(Glocke)

Das ist doch einfach unverfroren! Sie haben dem Erweiterungsbau des Universums Ihre Zustimmung nicht erteilt. Das ist die Wahrheit und nicht das, was Sie da vor sich hin murmeln! Ich nehme den Begriff Lügen mit Bedauern zurück.

Präsident Weber: Wir sind uns darüber einig, dass wir Lügen als unparlamentarischen Begriff bezeichnen wollen.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Der Begriff ist unparlamentarisch, die Tätigkeit im Übrigen aber auch, Herr Präsident!

(B)

Ich will an dieser Stelle auch sagen, dass Sie neben dem, was hier an Unwahrheiten verbreitet worden ist, auch viele Antworten schuldig geblieben sind. Herr Dr. Güldner, Sie haben zur Einnahmeerwartung zum Beispiel nichts gesagt. Warum kommt eigentlich der rot-grüne Senat mit seiner Finanzsenatorin zu dem Ergebnis, dass sie entgegen allen anderen Annahmen meint, dass die Einnahmen im Jahr 2012 aus Steuern sogar noch über die Steuerschätzung vom November 2011 hinaussteigen, wenn doch alle Wirtschaftsinstitute mittlerweile davon ausgehen, dass der Aufschwung, der uns diese Einnahmen beschert, sich eben gerade nicht fortsetzen wird?

Alle Wachstumsprognosen werden mittlerweile nach unten korrigiert. Nur Ihre Senatorin korrigiert ihre Einnahmeerwartungen noch über die Steuerschätzung hinaus nach oben. Warum eigentlich, Herr Dr. Güldner? Ist das die Transparenz und Seriosität der neuen rot-grünen Landesregierung, die Sie vorhin hier beschworen haben? Nein, solche Einnahmeerwartungen sind schlicht unseriös, Herr Dr. Güldner, und deswegen werden wir denen auch nicht zustimmen! Das betrifft im Übrigen aus meiner Sicht auch die Frage, die von Ihnen unbeantwortet geblieben ist.

Sie werden natürlich noch aus den Infrastrukturmaßnahmen, die in den vergangenen Jahren finanziert und getroffen worden sind, in der Zukunft Rendite erzeugen. Aber wo ist eigentlich die wirtschaftspolitische Vision der rot-grünen Landesregierung? Wo sieht sie die Investitionsschwerpunkte? Wohin soll sich die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes leiten lassen? Wenn ich Ihnen, Herr Tschöpe, glauben darf, dann sollen Unternehmen bei uns machen können, was sie wollen, und Sie haben keine Idee von Ansiedlungs-, Erschließungs- und Infrastrukturpolitik.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Wie kommen Sie darauf?)

Schauen Sie sich doch einmal den Beteiligungsbericht der WFB an! Da stellen Sie ziemlich schnell fest, dass wir im abgelaufenen Jahr 2011 nicht nur weniger betriebliche Förderungen hatten als im Vorjahr, sondern weniger betriebliche Förderungen hatten, als Sie sich selbst vorgenommen haben. Wir haben nicht nur weniger Geld für Investitionsfinanzierungen ausgegeben, als wir uns vorgenommen haben, sondern auch Ihr Darlehensmodell ist weniger in Anspruch genommen worden, als Sie es selbst geplant haben.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Woran liegt das denn?)

Bei der Frage der Gewerbeflächenerschließung haben wir in den Jahren 2010 und 2011 fast nicht einmal die Hälfte von dem erreicht, was wir brauchen. Das wird sich nicht in dem Haushalt für dieses Jahr niederschlagen, aber wer auf Dauer nicht in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Bundeslands, in das Wachstum und in die Beschäftigung investiert, der verspielt die Steuereinnahmen der Zukunft. Es ist bequemer, heute das Geld auszugeben, das durch weise Entscheidungen der Vergangenheit sprudelt. Es ist aber einfach fahrlässig gegenüber nachfolgenden Generationen, mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Bundeslandes so umzugehen, wie Ihre Regierung das macht, und das werfen wir Ihnen vor!

(Beifall bei der CDU)

Es mag ja sein, dass wir Sie mit unseren Anregungen für Sparmaßnahmen in der Vergangenheit nicht überzeugt haben, das war auch nicht mehr als ein Angebot, mit uns über einzelne Maßnahmen zu reden. Sie haben all diese Maßnahmen immer wieder abgelehnt.

Nein, es ist eben nicht lächerlich, weil man, wenn man große Brocken sparen will, Herr Güngör, strukturell sparen muss, und dann muss man zum Beispiel bei der Frage der wissenschaftlichen Infrastruktur nachhaltig nachdenken, ob wir uns auf Dauer wirklich alles in dem Potenzial leisten können, was wir wollen. In vielen Vieraugengesprächen räumen das übrigens auch Koalitionspolitiker ein.

(A) (Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das besprechen wir jetzt mit dem Wissenschaftsrat!)

Deswegen ist es einfach falsch, wenn Sie sagen, das, was die CDU-Fraktion vorgeschlagen hat, ist in Bausch und Bogen alles Unsinn, ohne selbst zu sagen, wo Sie denn eigentlich bei den Ausgaben wirklich kürzen wollen.

Es ist doch völlig einfach zu sagen, wir sanieren unseren Haushalt durch steigende Einnahmen. Das ist so, als wenn ein Arbeitnehmer zum Arbeitgeber geht und sagt: Ich will mehr ausgeben, also musst du mir mehr Geld bezahlen.

(Abg. R u p p [DIE LINKE]: Das kommt schon einmal vor!)

Oder das ist so, als wenn die Finanzsenatorin sagt: Ich bin Mieterin eines großen Hochhauses hier in Bremen – solch eine Mieterin wünsche ich mir auch –, und wenn mir der Vermieter das nicht so umbaut, wie ich es haben will, dann baue ich es selbst um. Dann nehme ich einen Millionenbetrag einmal locker in die Hand, um eine Sanierung durchzuführen, für die es weder einen gesetzlichen Anspruch noch eine vertragliche Verpflichtung gibt.

Ich sage nur, an diesen Beispielen – Theaterbestuhlung habe ich schon angesprochen – wird doch deutlich, dass es am Ende nicht darum geht, dass die CDU-Fraktion mehr Geld ausgeben will. Es geht ausschließlich darum, dass wir das vorhandene Geld anders ausgeben würden,

(Beifall bei der CDU)

indem wir das Geld nicht verfrühstücken, das durch Entscheidungen der Vergangenheit jetzt vielleicht im Moment gerade sprudelt, sondern indem wir – wie im Übrigen viele Generationen von sozialdemokratischen Wirtschaftssenatoren, Hafensenatoren und Bürgermeistern – nicht nur an morgen denken, wie wir über die Runden kommen, sondern auch daran denken, wie man durch langfristige Politik unser Bundesland selbstständig halten kann. Dafür weist Ihr Haushaltsentwurf überhaupt keinen Weg und Ihre Vorschläge, Herr Rupp, im Übrigen auch nicht!

Eines ist doch abschließend auch völlig klar, wenn Sie sagen, ich weiß gar nicht, was die CDU-Fraktion als Opposition hat, wir halten doch die Vorgaben des Staatsgerichtshofs und der Konsolidierungsvereinbarungen ein: Der Stabilitätsrat hat keinen Siegel auf diesen Haushaltsplan gesetzt, sondern er hat vor den gleichen Risiken gewarnt, die ich auch beschrieben habe, insbesondere vor den sehr ambitionierten Einnahmeerwartungen. Die Wahrheit ist doch aber auch, der Erfolg des Sanierungsprogramms wird sich doch nicht in den Jahren 2012 und 2013 zeigen,

weil die ersten Schritte – anders als im sonstigen Leben – in diesem Verfahren die einfachsten sind, sondern es wird sich am Ende zeigen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Völlig korrekt!)

Deswegen mahnen wir als CDU-Fraktion nur davor, wegen der zurzeit blühenden Konjunktur und der sich daraus ergebenden Steuereinahmen, sich nicht der Illusion hinzugeben, dass das jetzt zehn Jahre lang so bleibt.

Sie werden diesen Haushalt nicht nur auf der Einnahmenseite sanieren können, sondern es werden auch strukturelle Ausgabenkürzungen hinzukommen müssen. Nichts anderes, Herr Tschöpe, haben wir in der Debatte damals gesagt, und wir haben versucht, Ihnen die Hand dafür zu reichen, das mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit abzusichern. Mittlerweile haben Sie selbst eine breite parlamentarische Mehrheit, aber den Mut, diese strukturellen Entscheidungen zu treffen, haben Sie leider bis heute nicht. Deswegen stimme ich Herrn Dr. Güldner im Übrigen voll zu, es wird außerordentlich schwierig werden, mit den Sozialdemokraten die notwendigen Entscheidungen für die nächsten Jahre in unserem Bundesland zu treffen.

Wir werden als CDU-Fraktion in den weiteren Beratungen, in den Ausschüssen und Deputationen nachweisen, und es wird die Zeit zeigen, dass die von Ihnen vorgenommenen Haushaltsansätze nicht seriös, nicht transparent und vor allen Dingen am Ende nicht realistisch sind. Deswegen lehnen wir Ihre Haushaltsentwürfe ab! – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lebendige Debatten gehören zum Parlament, und der eine oder andere Ausrutscher ist auch immer einmal dabei, das gehört aber vielleicht auch irgendwie dazu.

Es ist mir nicht ganz klar, Herr Röwekamp, ob es vielleicht doch letztendlich so ist, dass Sie in einer Art Scheinwelt leben. Ihr zweiter Redebeitrag spricht sehr dafür. Sie haben keinen Ton gesagt, dass Sie und Ihre Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker bei jeder sich bietenden Gelegenheit massive Forderungen nach mehr Ausgaben machen

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Röwekamp [CDU]: Nein, anders!)

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) und nicht, wie Sie den Eindruck erwecken, auf weniger Einsparungen und geringere Ausgaben. Dann machen wir es doch einfach einmal, dann gehen wir doch an die Justiz, an die Bildung, an die Kinder, an das Innere, an die Polizei!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Zur Bildung habe ich etwas gesagt!)

Wenn Sie uns hier empfehlen, das alles noch einmal massiv in den konsumtiven Bereichen zu kürzen,

(Abg. Röwekamp [CDU]: Zu Wissenschaft habe ich etwas gesagt!)

dann möchte ich gern als Gast zu der Diskussion der CDU-Fraktion eingeladen werden, weil ich gern dabei wäre, wie Sie das diskutieren, was Sie heute hier gesagt haben. Das alles ist natürlich Unsinn, weil es noch nicht einmal Ihren eigenen Vorschlägen entspricht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie haben einen eigenen Haushaltsantrag vorgelegt, in dem von alldem nichts darin steht, was Sie heute hier erklärt haben. Das ist aber nicht der Grund, warum wir ihn ablehnen werden. Wir lehnen ihn auch wegen seines Inhalts ab. Die Rede, die Sie hier heute gehalten haben, hat aber mit dem Antrag überhaupt nichts zu tun. Ich hatte aber vorhin vergessen, darauf hinzuweisen, dass auch die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen diesen Haushaltsantrag, der im Übrigen in der ersten Lesung so auch schwer zu behandeln ist, ablehnen wird. Sie können zur zweiten Lesung gern noch einmal einen Antrag vorlegen.

(B)

Ich fand Ihren zweiten Redebeitrag sehr interessant, wenn man sich ein bisschen auskennt, vor allem auch wegen des folgenden Punktes! Sie haben gesagt, dass Sie der Gewerbesteuererhöhung zustimmen würden, wenn wir auch noch stärker in die Wirtschaftskraft investieren, und Sie haben gesagt, dass Sie doch den Einnahmeerhöhungen zustimmen würden. Am Ende des Tages klang das so! Ich bin fest davon überzeugt, dass Sie genau mit dieser Ausrede, dass wir angeblich nicht genug in die Wirtschaftskraft investieren, die Gewerbesteuererhöhung ablehnen werden, wie Sie auch schon die Vergnügungssteuer, die Citytax und alle anderen Einnahmeerhöhungen abgelehnt haben. Was soll das für einen Eindruck sein, den Sie heute hier erwecken wollten, sehr geehrter Herr Röwekamp?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Lebensarbeitzeit, genau solch ein Beispiel! Eigentlich würden Sie bei der Lebensarbeitzeit mitmachen, aber so in den Schritten und so, wie es gekommen ist – das Kleingedruckte auf Seite 4 und die Fußnote auf Seite 5 –, war es dann leider nicht möglich, dass Sie, die CDU, gemeinsam mit der Koalition diese Verlängerung der Lebensarbeitszeit mitmachen. Im Prinzip haben Sie aber allem zugestimmt! Das ist im Grunde genommen so hohl und so nachvollziehbar nicht den Tatsachen entsprechend, wie Sie sich in diesem Haus hier verhalten haben. Darunter kann man letztendlich einen Strich ziehen.

Vielleicht doch noch einmal eine Bemerkung zur Vergangenheit! Ich habe mir "die weisen Entscheidungen der Vergangenheit" als Zitat aufgeschrieben. Es gab in der Tat eine Zeit, in der regneten die Milliarden vom Bund nur so vom Himmel, und genauso sind sie dann auch weitergeflossen. Ich bin der Allerletzte, der sagt, dass alles falsch gewesen ist. Aber viele Milliarden D-Mark vom Bund irgendwie in Bremen zu verteilen, wo am Ende dann natürlich zum Teil gute Sachen und für viele Hundert Millionen D-Mark zum Teil Totalflops herausgekommen sind, diese Politik ist doch ein Grund gewesen, warum die SPD irgendwann gesagt hat, mit dieser CDU geht es so nicht weiter, wir streben eine andere Koalition an,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

weil wir eine Politik machen wollen, die auf anderen Füßen steht und die auch einen anderen sozialen Hintergrund hat, und weil wir das Geld nicht im Space Park, sondern in der Kindertagesbetreuung, den Schulen und so weiter ausgeben wollen. Das war doch gerade der Grund, warum die SPD diesen Schwenk auch in der Politik, nicht nur in der Koalition, schon in der vorletzten Legislaturperiode aus ganz klar politischen und nachvollziehbaren Gründen vollzogen hat.

Sie wissen doch ganz genau, dass es hier einen Politikwechsel in diesem Land gegeben hat, und an diesem Politikwechsel sind, glaube ich, Sie und die CDU nicht ganz unbeteiligt gewesen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Da haben Menschen wie Herr Haller in dieser Zeit der weisen Entscheidungen, wie Sie sie im Rückblick nennen, mit den sogenannten regionalwirtschaftlichen Effekten, wie sie damals immer genannt wurden, Milliarden-Projekte ausgelobt, und wir haben heute an vielen Punkten noch daran zu knabbern.

Es gab einen anderen Teil von Projekten, die absolut sinnvoll waren, die eine sehr gute Idee waren, die auch gut umgesetzt wurden. Sie haben behauptet, die Grünen wären dagegen gewesen. Das ist jetzt hier immer ein blödes Spiel, ich muss aber für das

(A) Protokoll erklären, dass sowohl die Kaiserschleuse als auch das Auswandererhaus, alles, was Sie genannt haben, von den Grünen aus der Opposition heraus unterstützt worden ist. Es waren gute Projekte. Es waren Projekte, die auch heute noch weitergehen. Daher ist es natürlich immer so, dass es Projekte gibt, die diese Stadt voranbringen, und Projekte, die diese Stadt nicht voranbringen.

Es bleibt unter dem Strich ein Haushalt für die Jahre 2012 und 2013 auf diesem Tisch. Sie müssen sich überlegen, ob Sie für diesen Haushalt Mehr- oder Minderausgaben oder Mehr- oder Mindereinnahmen fordern. Da haben Sie heute das eine gesagt, gestern und vorgestern das andere.

Bis zur zweiten Lesung des Haushalts möchte ich von Ihnen wissen: Welche konkreten Beschlüsse zu Mehreinnahmen trägt die CDU mit, welche konkreten Beschlüsse zu Minderausgaben, Einsparungen, trägt die CDU mit, wo fordert sie mehr Geld und wofür? Wenn wir das wissen, können wir im Einzelnen darüber reden und uns ein Bild machen.

Dieser Senat, diese Koalition, hat einen Haushaltsentwurf vorgelegt. Ich wünsche diesem Haushalt in den Beratungen der Ausschüsse und des Haushaltsund Finanzausschusses sehr viel kritische Diskussionen und auch Ergänzungen durch die beiden Fraktionen der Koalition, denn ich glaube, dass es noch den einen oder anderen Punkt gibt, an dem wir sicherlich noch arbeiten werden. Im Prinzip ist aber heute der finanzpolitische Weg für die nächsten Jahre hier vorgelegt worden, und ich glaube, es ist ein guter Weg. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Röwekamp, Sie haben gefragt, wo denn die Vorschläge der Koalition sind. Die Vorschläge dieser Koalition bilden sich in den 8,6 Kilogramm des Haushaltsentwurfs ab. Dort können sie nachgelesen werden, dort steht, was wir zu sparen, nicht auszugeben und einzunehmen gedenken. Es wäre sehr schön, wenn Sie hier durch Zwischenrufe deutlich machen, dass Sie etwas anderes wollen, dass Sie uns dann doch auch daran teilhaben lassen, was Sie denn anders wollen als das, was wir vorgelegt haben.

In einem üblichen parlamentarischen Verfahren ist etwas anderes zu wollen, auch gar nicht so schwer anzuzeigen, man reicht Haushaltsanträge ein. Wenn Sie sich etwas anderes im Bereich der Polizei vorstellen, als wir es tun, dann gibt es ein sehr einfaches Verfahren: Sie schauen sich den Produktplan Polizei an, überlegen sich, was Sie meinen, wie viele Stellen

es dort geben müsste, dann schauen Sie in einen anderen Plan und überlegen, wie Sie das finanzieren können, und dann schreiben Sie es auf. Diese Tradition hat es in diesem Haushalt zwischen Regierung und Opposition eigentlich immer gegeben, das ist das normale demokratische Spiel, und ich würde Sie einfach auffordern, Herr Kollege Röwekamp: Meckern Sie doch nicht weiter vom Spielfeldrand! Nicht starke Worte, sondern harte Arbeit macht einen Haushalt am Ende des Tages aus.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Dahaben Sierecht!)

Machen Sie mit, kommen Sie zurück in dieses Parlament, kommen Sie zurück in den gesellschaftlichen Diskurs, bleiben Sie nicht weiter abseits stehen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist solch ein Gedröhne, Herr Röwekamp, und auch eigentlich immer gleich. Aber welche Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit kann davon ausgehen, wenn man es immer so macht, Haushaltsdebatten ohne leise Töne, ohne jeden Hauch von Selbstkritik? Ich habe mich immer an die Spielregel gehalten, dass ich mich in der Funktion, in der ich bin, nur sehr zurückhaltend über frühere Senate geäußert habe, aber ein paar Sachen sage ich Ihnen jetzt doch noch einmal!

Es ist Finanzsenator Perschau gewesen, der in peinlichster Weise überall herumgelaufen ist und uns auch bundesweit geschadet hat mit der Behauptung, Bremen hätte gar kein Ausgabenproblem, wir hätten nur ein Einnahmeproblem. Von einem Mitglied dieser Regierung haben Sie das noch nicht gehört! Es ist auch nicht diese Regierung gewesen, die sich mit der Kanzlerbrief-Lüge zum Gespött der Republik gemacht hat, indem dieses Geld in den Haushalt eingestellt wurde, um eine Deckung vorzutäuschen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Sie darf Lüge sagen?)

Es ist auch nicht diese Regierung gewesen, die am Parlament vorbei 480 Millionen Euro stille Einlagen für die Bremer Landesbank besorgt hat, mit deren Sicherung wir jetzt gewaltig beschäftigt sind.

Es ist auch eine von Ihnen mitgetragene Finanzpolitik gewesen, die hier ein Investitionsfeuerwerk inner- und außerhalb des Haushalts angerichtet hat, wo die reinen, nur gezeigten Investitionsquoten uns (D)

(A) bis heute bundesweit in die Kritik bringen und unter Druck setzen.

> (Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Und auch noch abbezahlt werden müssen!)

Glauben Sie wirklich, ich könnte mit den von Ihnen hier geforderten Investitionsquoten auch nur ansatzweise dort irgendwo bestehen? Das ist doch einfach lächerlich!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ferner ist es eine von Ihnen mitgetragene Regierung gewesen, die hier Kapitaldienstfinanzierungen außerhalb des Haushalts angerichtet hat wie nichts Gutes. Von den ungefähr 500 Millionen Euro Gesamtinvestitionen der beiden Städte und des Landes müssen wir in diesem und im nächsten Haushaltsjahr jeweils 90 Millionen Euro für diese Kapitaldienstfinanzierungen aufwenden. Auch das gehört mit zur Wahrhaftigkeit dazu und auch, vor der eigenen Tür zu kehren. Ich lasse mir von Ihnen hier dann nicht erzählen, wir würden nicht genug investieren, sondern wir bezahlen hier Ihre Party, so ist es in Wirklichkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

(B)

Wenn man sich die gesamte Kreditaufnahme Bremens anschaut und das ein bisschen auseinanderrechnet, dann stellt man fest, dass die Kreditaufnahme zu 623 Millionen Euro aus Zinsen und aus 161 Millionen Euro zur Finanzierung des Haushalts besteht. Von den Krediten, für die wir die vielen Zinsen zahlen müssen, Herr Röwekamp, kommen ungefähr fünf Milliarden Euro – und dann auch ein jeweiliger Anteil an den Zinsen – aus den Zeiten der Großen Koalition. Auch das einmal zum Thema, ich schaue auch einmal ein bisschen bei mir selbst! Fünf Milliarden Euro Schulden aus Zeiten der Großen Koalition, trotz der Sanierungszahlung von 8,5 Milliarden Euro, das ist die Haushaltspolitik, die Sie hier zu Zeiten der Großen Koalition verantwortet haben!

Zum Thema, hier wird nicht gespart! Schauen wir einmal ein bisschen, wie wir woanders stehen im Vergleich! Der Zuwachs der Primärausgaben in Bremen zwischen 2011 und 2015 betrug 0,2 Prozent. Glauben Sie wirklich, dass man in Zeiten steigender Energiekosten, Tarifsteigerungen – darüber haben wir gesprochen –, steigender Sozialausgaben und auch noch diverser Steuergeschenke dieser jetzigen Bundesregierung das Wachstum der Primärausgaben von 0,2 Prozent wirklich ohne Einsparungen bewältigen kann? Auch das ist geradezu lächerlich!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen) Wir stehen im Vergleich mit den anderen Ländern und Gemeinden, die nämlich in diesem Zeitraum um 1,4 Prozent steigern werden, sehr gut da.

Ebenso verschweigen Sie, dass es in der Zeit der Großen Koalition, in der Sie die Finanzpolitik teilweise mitverantwortet haben, sehr viele Vermögensveräußerungen gegeben hat. Das Geld ist weg, aber an den Einnahmeausfällen knabbern wir bis heute.

Wenn man hier nicht nur dröhnt, sondern sich auch ein bisschen die Zahlen anschaut und sich vielleicht sogar einmal etwas aufschreibt, weil man so genial, dass man das alles im Kopf haben kann, gar nicht sein kann, dann kommt man dazu – und das empfehle ich Ihnen! –, sich den Finanzplan einmal etwas genauer anzuschauen. Im Finanzplan sind sehr viele interessante Erkenntnisse, die uns auch weiterhelfen zu überlegen, wo es eigentlich noch Spielräume gibt und wo nicht.

Wir haben einmal die Vorbelastungen, die auf den Haushalten ruhen, im Vergleich von Bremen mit anderen Bundesländern angeschaut, und dann haben wir uns angeschaut, wie viel eigentlich an theoretisch frei gestaltbaren Ausgaben für diejenigen, die hier in Bremen leben, übrig bleibt. Wir kommen dann zu dem Ergebnis, dass Berlin und Hamburg – Einnahmen abzüglich Zinsen, Versorgung und Sozialleistungen, die wir nicht gestalten können – pro Einwohner 3 893 Euro ausgeben können, und in Bremen sind es 2 914 Euro. Das liegt noch unter dem, was in den Flächenländern möglich ist, und dann sagen Sie, wir würden nicht sparen. Wer glaubt Ihnen das denn? Das hat doch mit der Faktenlage überhaupt nichts zu tun!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Sie erklären, da würden wir immer sagen, das sei ja mit dem Bund verabredet. Natürlich ist es mit dem Bund und den Ländern verabredet, und wir halten diesen Vertrag auch ein. Die Bundesregierung wird doch von der CDU gestellt, das ist doch eine Verabredung mit ihr, und noch nicht einmal das bringt Sie dazu, sich das einmal ein bisschen genauer anzuschauen und ein bisschen leisere Töne anzuschlagen. Diesen Vertrag halten wir ein, und er gilt. Was ist das Problem dabei?

Dann wird hier unterstellt, wir würden uns eine Steuerschätzung ausdenken! Der Bund und alle Länder weisen darauf hin, dass die Steuerschätzung vom November – und die gilt überall in Deutschland, auch hier, ich denke mir auch keine aus – Risiken enthält. Das hat nun jede Steuerschätzung so an sich, und dort müssen wir das tun, was wir in Bremen machen, nämlich dafür einen ziemlich großen Reserveposten von 90 Millionen Euro beiseitelegen. Ich versuche zu verhindern, dass wir dieses Geld für die vielen, zum Teil auch sehr berechtigten Wünsche ausgeben, und sage

(A) den Leuten, das dürfen wir nicht machen, wir müssen diese Reserve weiter behalten. Das könnten Sie aber vielleicht wenigstens einmal zur Kenntnis nehmen!

Wahrhaftigkeit und Verantwortung gilt auch für eine Opposition, und Bremen schlechtzureden, das gehört nicht zu ihren Aufgaben!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das haben Sie abgelehnt, als Sie in der Opposition waren!)

Ja, das finde ich auch gar nicht so lächerlich, wenn hier ständig Sachen behauptet werden!

(Zuruf des Abg. Röwekamp [CDU])

Nein, solche Sachen habe ich nicht gemacht, ganz bestimmt nicht!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Nein! – Abg. Frau Garling [SPD]: Nein, das hat sie nicht!)

Ein Beispiel sage ich jetzt noch, daran kann man sehen, wie Sie arbeiten: Es ging um das Auswandererhaus. Die Grünen haben dem Auswandererhaus in der Sache zugestimmt –

(B) (Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Aber ohne Geld!)

ja, Moment! –, abgelehnt haben wir einen völlig unseriösen Finanzierungsvorschlag im Haushalts- und Finanzausschuss. Das ist der wirkliche Hintergrund. Was machen Sie dann daraus? Wir hätten es abgelehnt! Wissen Sie, mit solch einem Umgang, mit der Wahrheit kommt man wirklich nicht weiter, so geht das auch nicht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Man kann unterschiedliche Auffassungen zu einer ganzen Reihe von Punkten haben, aber man sollte sich über die Grundarchitektur, nämlich dass wir den Sanierungsvertrag mit dem Bund einhalten müssen, hier wenigstens noch einig sein und darüber, dass wir uns anstrengen müssen und dass es auch richtig ist, dass wir uns anstrengen.

Zur LINKEN möchte ich nur sagen: Ich bin es langsam wirklich ein bisschen leid, dass Sie hier so tun, als würde es sich beim öffentlichen Dienst um eine Art von Galeere handeln und ich würde dort mit der Peitsche auf den Leuten herumschlagen. Irgendwann ist es auch wirklich einmal qut!

(Abg. R u p p [DIE LINKE]: Schauen Sie einmal in den Gesundheitsbericht!)

Den Gesundheitsbericht hat mein eigenes Haus erstellt und herausgegeben, (C)

(Abg. R u p p [DIE LINKE]: Genau! Schade eigentlich, dass Sie ihn nicht lesen!)

um Transparenz zu erzeugen für die Frage, wo besondere Belastungssituationen sind! Es gehört auch dazu, dass ein moderner Arbeitgeber sich dem stellt. Aber so zu tun, als wäre überall und in allen Amtsstuben nun das letzte Aufgebot, die Leute wären mit ihren Nerven völlig am Ende, würden sich unablässig totarbeiten und würden nur noch gepeinigt, so wie Sie das darstellen – Ehrlich gesagt, wenn wir Leute einstellen, stellen wir fest, es gibt Leute, die haben Lust, im öffentlichen Dienst zu arbeiten. Es gibt sogar Leute, die mit Ihrer Arbeit zufrieden sind

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

und denen es Spaß macht, die für Bremen arbeiten wollen. Stellen Sie sich das einmal vor!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt immer ziemlich viele Bewerbungen!)

Ja, und es sind sehr viele! Es ist auch die Wirklichkeit, dass wir ein attraktiver Arbeitgeber sind, und das gehört auch mit zu dem ewigen Schlechtreden dazu!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Jetzt habe ich mich auch in Rage geredet, obwohl ich eigentlich sagen wollte, dass Haushaltspolitik vielleicht auch am meisten von allen Politikbereichen – und eigentlich mag ich das auch besonders daran – der Bereich ist, wo es besonders darum geht, Kompromisse zu schließen, abzuwägen und einen Interessenausgleich in der Stadtgesellschaft zu organisieren, der eben gerade nicht einfache Lösungen bietet oder das Schwarz-weiß-Denken, das man hier zum Teil hören kann. Ich bin sehr froh, dass wir diesen Haushalt jetzt in die bewährten Hände einer Mehrheit im Parlament legen, von der ich weiß, dass sie sich mit aller Ernsthaftigkeit daran zu schaffen machen wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

(A) Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/318 seine Zustimmung geben möchte, bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Vorlagen zum Haushalt 2012 und 2013.

Hier ist vereinbart worden, bei den Haushaltsgesetzen zuerst die erste Lesung durchzuführen und im Anschluss daran über die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss und an die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, abzustimmen.

Als Erstes lasse ich über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2012 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2012 mit der Drucksachen-Nummer 18/280 in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE LINKE und Abg. Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

(B)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Jetzt lasse ich über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2013 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2013, Drucksache 18/280, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE LINKE und Abg. Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Bei den Vorlagen zum Haushalt 2012 und 2013 ist Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, sowie an die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, vorgesehen. Dies sind der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau, der Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit und der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Ich lasse jetzt über die Überweisungen abstimmen.

Wer der Überweisung der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2012 und 2013, Drucksache 18/280, der Haushaltspläne und der Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2012 und 2013, der Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2012 und 2013, der produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2012 und 2013, der Wirtschaftspläne 2012/2013 der Eigenbetriebe, Sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts und der Darlegungen zur Begründetheit der Ausgaben und zur Ausschöpfung von Einnahmequellen im Zusammenhang mit einer Überschreitung der Höchstgrenze für Kreditaufnahmen nach Artikel 131a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, und die soeben genannten Ausschüsse seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Bei dem Finanzplan 2011 bis 2016 der Freien Hansestadt Bremen, Drucksache 18/245, ist ebenfalls Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.

Wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Außerdem möchte ich Sie bitten, damit einverstanden zu sein, dass die bei der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu den Haushalten 2012 und 2013 unmittelbar an den staatlichen Haushalts- und Finanz-

(A) ausschuss sowie die entsprechenden Ausschüsse weitergeleitet werden. Die Ausschüsse werden gebeten, dem Haushalts- und Finanzausschuss Bericht zu erstatten, und dieser wiederum wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) einen Gesamtbericht vorzulegen.

Ich stelle Einverständnis fest.

Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen – Konzept zur Umsetzung des Bundesgesetzes im Land Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 15. Februar 2012 (Neufassung der Drucksache 18/230 vom 8. Februar 2012) (Drucksache 18/243)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Jürgens-Pieper, ihr beigeordnet Herr Staatsrat Othmer und Herr Staatsrat Dr. Schuster.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh.

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, dass ich trotz der wichtigen Debatte über den Haushalt noch Ihre Aufmerksamkeit für dieses wichtige Thema gewinnen kann.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung mit dem Gesetz zur Verbesserung, Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen endlich einen lang erkämpften Schritt in die richtige Richtung gewagt hat. Gerade Bremen mit seinem hohen Anteil an export- und importorientierten Wirtschaftsaktivitäten braucht berufstätige Menschen, für die der Blick über die Grenzen des Landes und den Horizont der Nordsee hinaus Lebenswirklichkeit ist.

$\begin{array}{c} \text{(Vizepr\"{a}sident } R \text{ a } v \text{ e n s } \\ \text{ $$u$bernimmt den } \\ \text{Vorsitz.)} \end{array}$

Das sind die Menschen, die mit den vielfältigen Herausforderungen der Globalisierung zurechtkommen, und genau ihnen müssen wir eine vernünftige Chance geben, sich adäquat ihrer Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt etablieren zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In welchem Ausmaß Bremen von dem Anerkennungsgesetz profitieren wird, hängt aber davon ab, was wir daraus machen.

Die Bundesregierung hat einen kleinen Schritt gemacht, jedoch, das betone ich, keinen olympiareifen Sprung. Das Gesetz lässt empfindliche Defizite links liegen, so werden die nicht reglementierten Berufe nicht berücksichtigt und auch die Ungleichbehandlung von Migrantinnen und Migranten nicht nachhaltig aufgehoben. Gemessen an dem Ziel des Gesetzes, dass mehr Migranten in den Arbeitsmarkt integriert werden, ist es zu wenig!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es fehlt an einer zentralen Anlaufstelle, wenn wir den Dschungel der Zuständigkeiten kennen – das bleibt so wie bisher –, und es fehlt auch an einem verankerten Anspruch auf Beratung und Begleitung, vor allem bei diesen komplizierten Antragsverfahren.

Trotzdem, mit diesem Gesetz werden nun bundesweit einheitliche Bewertungsmaßstäbe gelegt und angestrebt. Dass damit aber tatsächlich Transparenz und Nachvollziehbarkeit in den Anerkennungsverfahren und bei den Qualifikationsstandards herauskommt, dafür müssen wir hier im Bundesland Bremen an der Basis sorgen. Aus diesem Grund wollen wir heute auch diesen Antrag beschließen!

Ziel des Antrags ist, eine barrierefreie Beratung für Migrantinnen und Migranten, also auch mit interkulturell geschultem Personal, in Bezug auf Qualifikationsstandards und Antragsverfahren sicherzustellen. Wir wollen, dass die Antragsteller über diese Rahmenbedingungen, über diese Möglichkeiten proaktiv informiert werden, also nicht erst, wenn ein Antragsverfahren nicht weiterverfolgt oder gar nicht erst gestellt wird. Wir sprechen hier von Empowerment, deshalb sind nicht nur Anpassungslehrgänge erforderlich und notwendig, sondern man muss diese Zielgruppe erkennen und ihnen auch die Möglichkeiten dieses Gesetzes attraktiv und verständlich aufzeigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es muss realistische Wege geben, sich nachzuqualifizieren, und es muss auch realistische Wege der Finanzierung geben.

Fatal wäre, wenn wir solch ein Bundesgesetz hätten, aber auf Landesebene versäumten, das Beste daraus zu machen. Das Beste bedeutet für mich, nicht zuletzt den Gleichstellungseffekt der neuen Rechtslage voll auszuschöpfen, denn es geht hier nicht nur um volkswirtschaftlichen Nutzen, es geht vor allem um die Fragen der Antidiskriminierung in einer Gesellschaft, die wesentliche Teile ihrer Bevölkerung von der beruflichen Entfaltung faktisch, auf jeden Fall bisher, ausgeschlossen hat.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf Artikel 8 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen hinweisen: "Jeder hat die sittliche Pflicht zu arbeiten und ein Recht auf Arbeit. Jeder hat das Recht, seinen Beruf frei zu wählen." Diese in ihrer Schlichtheit überzeugenden Sätze unserer Landesverfassung sollten für (D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) das Land Bremen eine Richtschnur bei der Umsetzung dieses Anerkennungsgesetzes sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Was bedeutet das? Das bedeutet, dass wir Migrantinnen und Migranten rechtlich gleichstellen wollen. Deshalb muss auch dieses Verfahren der Kompetenzfeststellung nachvollziehbar sein und gegebenenfalls auch Rechtsmittel eröffnen.

Abschließend möchte ich ganz klar zum Ausdruck bringen, dass die Migrantinnen und Migranten in Bremen die Verabschiedung dieses Gesetzes mit Aufmerksamkeit verfolgt und zur Kenntnis genommen haben. Viele von ihnen warten schon seit Jahren auf eine Chance auf Anerkennung ihrer beruflichen Kompetenzen. Sie werden ebenso aufmerksam zur Kenntnis nehmen, wie dieses Gesetz in Bremen umgesetzt wird. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Tuchel.

Abg. Frau **Tuchel** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bisher gab es in Deutschland für Migrantinnen und Migranten oft das Problem, dass ihre ausländischen Abschlüsse nicht oder erst nach langwierigen, unübersichtlichen Prozeduren anerkannt wurden. Diese Erfahrung habe ich auch gemacht.

(B)

Vor 18 Jahren kam ich als ausgebildete Lehrerin von Russland nach Deutschland. Dort habe ich nach meinem fünfjährigen Studium sechs Jahre lang an einer allgemeinbildenden Schule, SEK II – also Sekundarstufe II –, unterrichtet und gearbeitet. In Bremen angekommen habe ich zunächst zwei Jahre als Haushaltshilfe und Küchenhilfe gearbeitet. In der Bundesagentur für Arbeit wurde meine Frage nach weiteren Möglichkeiten zur Ausbildung, zum Beispiel habe ich Altenpflegerin angefragt, mit der Begründung "mangelhafte Sprachkenntnisse" abgelehnt.

Integration habe ich für mich als Leistung bringen definiert. Vor diesem Hintergrund habe ich zwei Alternativen für mich gesehen: weiterhin als Reinigungskraft zu arbeiten oder zu studieren. Ich habe mich für die zweite Alternative entschieden. Solche oder ähnliche Geschichten können in Bremen viele Migrantinnen und Migranten erzählen. Das Gesetz zur Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse ist daher längst überfällig.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen) Leider kommt das Gesetz für diejenigen zu spät, die seit vielen Jahren wegen der fehlenden Anerkennung ihrer Ausbildung als Verpacker und Leiharbeiter tätig sind. Wir reden häufig über fehlende Integration und Fachkräftemangel, geben aber den Menschen mit ausreichender Qualifikation nicht die Chance, ihre Fähigkeiten in der Berufswelt einzubringen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Mit dem neuen Anerkennungsgesetz erhalten viele Zuwanderer erstmals einen Rechtsanspruch auf ein Prüfverfahren zur Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen beruflichen Abschlüsse.

Das Anerkennungsgesetz ist trotz eines langen Anlaufs und einiger positiver Aspekte ein zu kurzer Sprung in der Gesetzgebung. Am 1. April 2012 tritt das Gesetz in Kraft, die entscheidenden Punkte der Umsetzung sind aber nicht oder nicht ausreichend geregelt. Weiterhin gilt nämlich: Für die einzelne Anerkennung sind immer noch eine Vielzahl von Stellen zuständig. Ebenso müssen die Länder ihre eigenen Gesetze anpassen, da nach wie vor bestimmte Berufe auf Länderebene geregelt sind. Es bleibt also bei einer zum Teil verwirrenden Vielfalt von Anerkennungsstellen. Es muss sichergestellt werden, dass das geplante Beratungsangebot in Bremen und Bremerhaven verfügbar ist und mit den regulären Informationsangeboten, vor allem der Bundesagentur für Arbeit, und den zuständigen Kammern verzahnt wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Bei der neu eingerichteten Beratungsstelle für Weiterbildung bei der Arbeitnehmerkammer, geplant ist ab April, wird es auch für Migranten die Möglichkeit geben, sich über notwendige Zusatzqualifikationen beraten zu lassen. Es soll also nicht mehr bei einer einfachen Ablehnung bleiben. Stattdessen müssen den Menschen konkrete Ratschläge für Fortbildungen gegeben werden, den Taxi fahrenden Biologen oder die kellnernde Betriebswirtin darf es nicht mehr geben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir begrüßen das Gesetz als einen ersten richtigen Schritt in die richtige Richtung, auch in Deutschland eine Willkommenskultur zu schaffen. Langfristig muss man sich auch Gedanken darüber machen, ob und wie weitere Vereinfachungen oder gebündelte Anerkennungsverfahren möglich sind. Wir müssen darauf achten, das Vorgehen der Länder aufeinander abzustimmen, damit Anerkennungen beispielsweise auch in allen anderen Bundesländern Gültigkeit ha-

(A) ben und nicht jedes Mal neu beantragt werden müssen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir werden diesen Prozess ebenfalls aufmerksam und kritisch begleiten. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. Tuncel (DIE LINKE)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen war wirklich kein großer Wurf. Es hat große Defizite und macht schon im ersten Artikel deutlich, worum es der Bundesregierung geht. In Paragraf 1 steht: "Dieses Gesetz dient der besseren Nutzung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen für den deutschen Arbeitsmarkt." Es geht also darum, den von der Wirtschaft beklagten Fachkräftemangel zu beheben.

Motivation des Gesetzgebers und der Unternehmer ist die wirtschaftliche Verwertbarkeit bisher ungenutzter Potenziale in Deutschland. Das geschieht aber erst zu einem Zeitpunkt, an dem viele Hochqualifizierte mit deutschen Abschlüssen selbst abwandern und eine Lücke hinterlassen. Die soll jetzt gefüllt werden. Dahinter steht eine reine NützlichkeitsLogik. Die deutsche Wirtschaft soll wettbewerbsfähig bleiben. Aus Sicht der LINKEN ist das von Anfang an ein falscher Ansatz.

Alle Menschen, die hier leben, sollten ein Recht auf wirtschaftliche Teilhabe haben.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Dazu gehören zwei Dinge: Zunächst müssten rechtliche Beschränkungen aufgehoben werden. Doch es gibt weiterhin Arbeitsverbote und Vorrangigkeitsprüfungen für eingewanderte Arbeiterinnen und Arbeiter. Außerdem wird die wirtschaftliche Teilhabe durch die Anerkennung von allen Qualifikationen ermöglicht, die in anderen Ländern erworben wurden. Dazu sollten Bildungsabschlüsse, Berufsabschlüsse und Berufserfahrungen zählen. Die Bundesregierung hat sich aber nur auf die Berufsabschlüsse beschränkt, sie sind auch direkt von wirtschaftlichem Nutzen. Die Anerkennung von Schulabschlüssen wird nicht verbessert. Aber selbst bei den Berufsabschlüssen ist es der Regierung nicht gelungen, ein wirkungsvolles Gesetz zu schaffen. In Deutschland leben 2,9 Millionen Men-

schen mit ausländischen Abschlüssen. Die Bundesregierung räumt selbst ein, dass nur 300 000 Menschen von dem Gesetz profitieren werden.

Ab dem 1. April besteht ein Rechtsanspruch auf ein Bewertungsverfahren von Berufsabschlüssen, die im Ausland erworben wurden. Das gilt aber nur für solche Berufe, deren Prüfungsordnung auf Bundesebene festgeschrieben ist, dazu gehören zum Beispiel Ärztinnen und Ärzte, Krankenpflegerinnen und -pfleger oder auch Handwerksmeister. Die Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse bei Berufen, die auf Länderebene reglementiert sind, müssen auch auf Länderebene angepasst werden. Dazu gehören zum Beispiel Lehrerinnen und Lehrer oder Erzieherinnen und Erzieher. Sie sind von dem Bundesgesetz nicht erfasst. Nicht erfasst sind weiterhin die 350 nicht gesetzlich reglementierten Berufsabschlüsse wie in handwerklichen, schulischen oder dualen Ausbildungen. Dazu gehören Berufe in Industrie und Handwerk, in der Landwirtschaft, bei Anwälten, Notaren und Steuerberatern, in der Gastronomie und im Groß- und Einzelhandel.

Bremen hat die Zuständigkeit für die Anerkennungsprüfung dieser Berufe den Kammern übertragen. Die Anerkennung von handwerklichen Abschlüssen in Bremen macht seit 1994 die Handwerkskammer. Die Prüfung von Berufabschlüssen in Handel und Logistik hat die Bildungssenatorin 1998 der Handelskammer übertragen. Für die Prüfung aller weiteren Berufsabschlüsse sind die Bundesländer zuständig. In Bremen sind das die senatorischen Behörden für Gesundheit, Justiz, Bildung und Wissenschaft. Teilweise kommt es aber zu Unklarheiten über die Zuständigkeiten, das ist in der "Brain-Waste"-Studie dokumentiert.

Auch werden Gebühren für das Verfahren erhoben. Die IHK rechnet mit 100 bis 600 Euro, dazu kommen noch Kosten für eventuelle Weiterbildungsmaßnahmen. Es kann also schnell in die Tausende Euro gehen. Auch für die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen werden Gebühren erhoben, und zwar nicht zu knapp. Im November 2011, also vor vier Monaten, hat die Bildungssenatorin die Änderung der Kostenverordnung der Bildungs- und Wissenschaftsverwaltung vorgelegt.

Für die Bewertung und Aufstellung aller Hochschulabschlüsse, außer der Lehramtsstudiengänge, ist die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen zuständig. Sie hat Gebühren zwischen 50 und 100 Euro, an die die Bildungssenatorin gebunden ist. Bei akademischen Lehramtsabschlüssen ist aber die Bildungssenatorin allein zuständig. Im letzten November betrugen die Gebühren 150 Euro, jetzt liegen sie zwischen 58 und 1 160 Euro. Schon eine Auskunft kann bis zu 300 Euro kosten, die Genehmigung bis zu 535 Euro, das ist viel mehr, als die Zentralstelle nimmt. Das benachteiligt die Berufsgruppe und macht Bremen für eingewanderte Lehrer uninteressant, obwohl doch gerade auch unser Bildungssystem eine plura-

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) listische Gesellschaft widerspiegeln sollte. Wie Sie sehen, bleibt weiter ein Flickenteppich an Zuständigkeiten und Verfahren bestehen.

Wir hatten hier Ende 2010 in der Bürgerschaft eine zentrale Servicestelle für die Anerkennung akademischer und nicht akademischer Bildungs- und Berufsabschlüsse beantragt, die nicht auf Bundesebene reglementiert sind. Damals wurde es zwar als sinnvoll angesehen, die Anerkennungsverfahren zu bündeln, aber unser Antrag wurde trotzdem abgelehnt. In Dänemark gibt es eine zentrale Anlaufstelle für internationale Bildung. Eine ähnliche Stelle hat DIE LINKE im Bundestag gefordert, sie könnte dann auch auf Informationen der Kammern zurückgreifen. Beim Bund wurde diese nicht beschlossen. Nutzen Sie also die Möglichkeit, zumindest in Bremen eine solche Stelle einzurichten, ansonsten bleibt Ihr Antrag, dem wir aber trotzdem zustimmen werden, ohne wirklichen Nutzen. - Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grobien.

Abg. Frau **Grobien** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 4. November 2011 hat das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen den Bundesrat passiert und wird nun am 1. April 2012 in Kraft treten. Der Gesetzentwurf kommt aus dem Haus der Bundesbildungsministerin Schavan und findet uneingeschränkt die Zustimmung der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

(B)

(Abg. S c h m i d t m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann ist ja alles gut!)

Meine Fraktion und ich sind aber ein wenig erstaunt, wie die Koalitionsfraktionen mit dem von ihnen getragenen Senat umgehen. Die Wortwahl dieses Antrags löst bei uns Verwunderung aus. Wenn man Ihren Antrag richtig liest, dann unterstellen Sie, dass die Beratungen von Migrantinnen und Migranten bisher von Personen vorgenommen werden, die unter Umständen nicht immer interkulturell sensibilisiert sind. Was für ein Vorwurf, sonst müsste man das ja nicht so beantragen! Sie unterstellen dann noch, dass Bescheide nicht verständlich sind und keine nachvollziehbare Begründungen haben, oder sollte es einen anderen Grund geben, warum Sie das in Ihrem Antrag so formulieren? Entlarvt dieser Antrag Kommunikationsstörungen zwischen Bürgerschaftsfraktionen und Senat?

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion ist selbstverständlich sehr zufrieden mit dem Anerkennungsgesetz, das in der kommenden Woche in Kraft tritt. Frau Dr. Schavan und ihr Ministerium haben gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei der CDU)

Das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Anerkennungsgesetz ist ein richtiger Schritt hin zu mehr Integration und zudem ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Teilen der deutschen Volkswirtschaft. Viele Deutsche und nach Deutschland Zugewanderte haben in anderen Ländern unter zum Teil großen Anstrengungen gute, seriöse und solide berufliche Qualifikationen und zertifizierte Abschlüsse erworben, oftmals in Sektoren, die auch in Deutschland zurzeit dringend am Arbeitsmarkt gebraucht werden. Bisher aber fehlten einheitliche Bewertungsverfahren und Maßstäbe. Durch die Neuregelung wird erreicht, dass künftig für Anerkennungssuchende, Arbeitgeber und Betriebe nachvollziehbare und bundesweit möglichst einheitliche Bewertungen zu beruflichen Auslandsqualifikationen zur Verfügung stehen. Das neue Gesetz ist also ein Meilenstein in der Bewertungspraxis.

Das neue Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz – was für ein Wort! – schafft erstmals für Unionsbürger und Drittstaatangehörige einen allgemeinen Anspruch auf eine individuelle Gleichwertigkeitsprüfung. Einheitliche Kriterien und Verfahren sorgen für größtmögliche Transparenz für alle Beteiligten, Antragsteller, Arbeitgeber und zuständige Stellen. Große Bedeutung kommt dabei der zügigen Anerkennung zu. Künftig muss innerhalb von drei Monaten über die Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation entschieden werden. Anerkennungssuchende können sich über ein neues Internetportal, das auch in der kommenden Woche freigeschaltet wird, breit gefächert informieren, es leitet die Betroffenen zu den richtigen Stellen.

Die Umsetzung des neuen Gesetzes ist Ländersache, und deshalb ist es eigentlich auch nicht erforderlich, mit diesem Antrag den Senat zu einem Handeln aufzufordern, zu dem er sowieso verpflichtet ist.

(Beifall bei der CDU)

Die Bremische Bürgerschaft hat sich in der 17. Legislaturperiode mehrere Male mit dem Thema beschäftigt und es auch erschöpfend debattiert. Wir als CDU werden daher den Antrag ablehnen, nicht weil wir in der Sache anderer Meinung wären, im Gegenteil, sondern weil zu diesem Thema nach breiter Debatte alles gesagt ist, der Bund gehandelt hat und jetzt der Senat handeln muss. Dazu bedarf es in unseren Augen keiner neuerlichen Aufforderung. Ihre Beschlusspunkte beziehen sich entweder auf Verwaltungshandeln oder die Umsetzung, und als Abgeordnete verweise ich in diesem Zusammenhang noch darauf, dass es unserem Menschenbild entspricht, Eigenverantwortung vorauszusetzen und auch einzufordern.

(Beifall bei der CDU)

(A) Wir werden das Thema zu gegebener Zeit im Wissenschaftsausschuss wieder aufrufen und das Ressort auffordern, einen Sachstandsbericht über die Umsetzung und die Auswirkungen zu geben. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh.

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Grobian,

(Heiterkeit)

ich habe die Aufgabe, Sie aus diesem langen Schlaf zu wecken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Zug der Integration fährt und fährt, aber die Ewiggestrigen – die FDP und auch bald die CDU – sind Auslaufmodelle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

Das muss man besonders auf diese Fragen bezogen sagen.

Erst einmal zur interkulturellen Öffnung! In den letzten 20 Jahren ruft übrigens auch Frau Dr. Böhmer, die Migrationsbeauftragte des Bundes, in ihrem Amt, aber auch in vielen Zeitschriften nach interkultureller Öffnung des öffentlichen Dienstes und der Verwaltung. In der letzten Legislaturperiode haben wir auch mit dem Kollegen Bartels

(Abg. Senkal [SPD]: Ja, der war gut!)

einen Antrag gemeinsam auf den Weg gebracht, dass sich die sozialen Dienste im Bereich der Bildung, aber auch im Bereich der Gesundheit auf die neue Zielgruppe in Deutschland, aber auch in Bremen einstellen müssen. Wir haben immer wieder neue Gruppen, die nach Deutschland kommen oder sich auch an den öffentlichen Dienst wenden, und das Personal muss in der Lage sein, mit diesen Menschen professionell zu kommunizieren. Das ist die interkulturelle Öffnung, und ich verstehe nicht, was Sie dagegen haben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen –Zuruf der Abg. Frau Grobien [CDU])

Sie können sich melden und auch hier, so, wie es sich gehört, sprechen! Sie müssen ja auch ein Interesse daran haben, wie dieses Bundesgesetz in Bremen umgesetzt wird!

Wenn Sie Interesse am Schicksal vieler Menschen haben, die vor Jahren mit ihrer Berufsqualifikation nach Deutschland und nach Bremen gekommen sind und keine Anerkennung bekommen haben, brauchen Sie nur vor dem Bahnhof am Taxistand mit ein paar Taxifahrern zu sprechen. Unter ihnen gibt es beispielsweise einige Iraner mit akademischen Abschlüssen als Ingenieur, Architekt und so weiter, die nun seit einigen Jahren aber nur Taxi fahren. Meine Kollegin Frau Tuchel hat ja auch über ihre eigenen Erfahrungen hier berichtet. Dass diese Menschen endlich die Möglichkeit erhalten, ihre Berufe anerkannt zu bekommen, daran und an den Menschen selbst müssen Sie doch ein Interesse haben. Ferner müssten Sie doch auch ein Interesse daran haben, wie dieses Gesetz hier in Bremen umgesetzt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich verstehe überhaupt nicht Ihre Haltung. Ich denke, Sie haben hier wie bisher einen großen Fehler gemacht.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Unsinn!)

Sie verschlafen die Kernfragen im Bereich der Integration: die Integration in den Arbeitsmarkt. Die Anerkennung von Abschlüssen hat ganz stark mit dem Zugang zu einem Arbeitsmarkt zu tun, und hier haben Sie es wieder verschlafen, etwas zu unternehmen. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Tuchel.

Abg. Frau **Tuchel** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Grobien, Sie haben die Kommunikation zwischen der Fraktion und dem Senat infrage gestellt, aber darum geht es gar nicht. In diesem Antrag geht es nicht darum, wie die Fraktion und der Senat miteinander kommunizieren, es geht um die Verbesserung der beruflichen Integration, die Verbesserung der brachliegenden Potenziale sowie um das Know-how von Zugewanderten, das überhaupt nicht in Anspruch genommen wird. Es geht darum, dass die Menschen sich hier finden.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Fragen weisen ganz klares Unwissen und Inkompetenz in dieser Fragestellung auf, das wundert mich aber gar nicht. Was ich aber noch einmal be(D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) stätigt bekommen habe, ist, dass die Kommunikation innerhalb der CDU-Fraktion gar nicht läuft. Sie wissen ja, dass Sie eine fachlich kompetente Person haben, das ist Herr Strohmann, der Aussiedlerbeauftragte,

(Heiterkeit)

der sich zu den Migranten, gerade im Wahlkampf, stellt und sagt, jawohl, wir sind für die bessere Anerkennung, und nun, dann fragen Sie ihn bitte. Was Sie uns hier geboten haben, ist nichts anderes, als dass Sie gelesen haben. Sie haben etwas gelesen und nehmen an, dass es funktioniert. Sie können das natürlich sehr gut lesen, das haben Sie uns bewiesen, aber das ist weit weg von der Praxis. Wir setzen die Schwerpunkte bei der praktischen Umsetzung, wir sind bei den Menschen. An dieser Stelle unterscheiden wir uns sehr voneinander, und das ist gut so! – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir unterhalten uns über ein Gesetz, das einen sperrigen Namen hat: Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz, abgekürzt BQFG. Die Formulierung Anerkennungsgesetz suggeriert etwas, das das Gesetz nicht vollständig wiedergibt, das muss man hier so sagen.

(B)

(Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt!)

Es geht letztlich um die Verbesserung der Feststellung und Anerkennung, aber eigentlich mehr um die Verfahrensverbesserung als um eine Ausweitung von Anerkennung. Ich will das im Einzelnen darlegen, wobei wir sicherlich alle das Ziel, Anerkennung von beruflichen Qualifikationen ausländischer Bewerberinnen und Bewerber künftig deutlich schneller, unbürokratischer und serviceorientierter wahrzunehmen, unterschreiben können. Ich glaube, dort unterscheiden wir uns nicht unter den Fraktionen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Dieses Gesetz eröffnet immerhin, das ist schon gesagt worden, allen Bewerberinnen und Bewerbern einen Anspruch, und zwar unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit und der Herkunft des Zeugnisses. Ich glaube, das ist besonders wichtig. Wie weitgehend der gesetzgeberische Wille dabei ist, sei vielleicht dadurch verdeutlicht, dass in dem Gesetz eine Genehmigungsfiktion vorgesehen ist, nach der eine Anerkennung als genehmigt gelten soll, falls der An-

trag nicht innerhalb einer Dreimonatsfrist bearbeitet wird. Das ist ein erheblicher Druck, der dabei auf die Verwaltung entsteht, und ich will nicht verhehlen zu sagen, dass dies vermutlich auch mehr Stellen erfordern wird, wenn man in dieser Geschwindigkeit arbeiten will, weil der Antragsdruck, gerade zum Beispiel im medizinischen Bereich, in letzter Zeit sehr steigt.

Damit werden hohe Ansprüche an die Verwaltung gestellt. So soll einerseits dem sich abzeichnenden und in einigen Branchen schon realen Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Andererseits, es ist soeben schon gesagt worden, soll vor allem auch eine Erleichterung der gesellschaftlichen Integration von ausländischen Menschen möglich werden.

Zu den bundesrechtlich geregelten Berufen! Das ist hier im Augenblick, glaube ich, sehr unterschiedlich dargestellt worden, ich möchte das noch einmal klarstellen: Für bundesrechtlich geregelte Berufe, das sind alle des dualen Ausbildungssystems, gilt für die Antragsstellerinnen und -steller ab dem 1. April unmittelbar dieses Gesetz.

Für Antragstellerinnen und -steller mit ausländischen Berufsqualifikationen, die auf landesrechtlich geregelte Berufe zu beziehen sind, werden wir deren Rechtsanspruch durch eine entsprechende Landesgesetzgebung herstellen müssen. Hierfür liegt eine in der Kultusministerkonferenz koordinierte und abgestimmte Musterregelung für ein Landesanerkennungsgesetz vor. Warum? Weil wir die Gewähr einer gemeinsamen Umsetzung in den Ländern bieten wollen, sodass die Anerkennungsgrundsätze nicht in einem Land anders sind als in einem anderen. Dies würde nämlich keinen Sinn machen, weil damit dann die Mobilität nicht gegeben wäre.

Die Agenda auf der Ebene der Kultusministerkonferenz ist jedoch um einiges umfassender. Hier gilt es, darauf hinzuwirken, dass eine in einem Land erfolgte Anerkennung auch für die übrigen 15 Länder gilt. Das macht zugleich aber natürlich auch Schwierigkeiten, weil damit die Ansprüche in den Ländern miteinander abzugleichen sind und zu einer Einigkeit gekommen werden muss.

Es geht also darum, möglichst viele Anerkennungen möglichst gebündelt laufen zu lassen, was ich sehr begrüße, weil wir damit nämlich das aus den Ländern herausgeben wollen in die Zentralstelle für das ausländische Bildungswesen, die es bereits seit Langem gibt und die meines Erachtens eine Vielzahl dieser Anerkennungsverfahren machen sollte. Das wird uns als Länder wahrscheinlich auch einiges kosten, weil auch dort die Personalkosten dann aufgestockt werden müssen, wenn man die Dreimonatsfrist einhalten will. Aber dort ist das Know-how für die ungeheuer komplizierten Anerkennungsverfahren.

Es ist ja nicht so, aber leicht gefordert, dass das Personal sprachlich, kulturell sensibel und so weiter, das Ganze bearbeiten kann. Wenn man sich die

(A) Zeugnisse ansieht, häufig in der Originalsprache, Übersetzungen werden benötigt, und vieles andere mehr, ein kommunikatives Verfahren, dann ist das bei vielen Einzelverfahren für Beamte fast nicht zu leisten. Es ist gut, wenn es Spezialisten sind und sie sozusagen in der Zentralstelle sitzen, sodass nicht jeder in jedem Land 16-mal sich das Ganze bei jedem Zeugnis aneignen muss. Das, glaube ich, macht Sinn, und deshalb wollen wir, dass möglichst viel in die Zentralstelle hineingeht und dass dort auch ein Service im Sinne von Lotsen entsteht, sodass man auch den Menschen die Eintrittsschwelle möglichst senkt, denn es spielen ja vielfach auch Ängste eine Rolle, an die Verwaltung heranzutreten. Manchmal fühlen sich die Antragssteller auch ohnmächtig gegenüber der Verwaltung - ich erhalte manchmal solche Briefe –, sodass es auch der Ansprache bedarf.

> In Bremen arbeiten wir ressortübergreifend an der Umsetzung des Bundesgesetzes in Landesrecht. Die Federführung hat mein Ressort, beteiligt sind die Senatskanzlei, das Justizressort sowie das Ressort Wirtschaft, Arbeit, Häfen. Am 24. Februar 2012 hat sich die ressortübergreifende Arbeitsgruppe konstituiert und einen Zeit- und Maßnahmenplan erarbeitet, dessen Umsetzung koordiniert und gesteuert wird. Am 13. April werden wir einen Informationstag veranstalten, und zwar das IQ Netzwerk Bremen, Integration durch Qualifizierung, in einem Projekt in Kooperation dieser Ressorts. "Mehr Anerkennung ermöglichen!", unter diesem Titel soll das Ganze stattfinden. Das Förderprogramm Integration durch Qualifizierung ist unter anderem dafür zuständig, die Umsetzung des Gesetzes zu begleiten.

> Das IQ Netzwerk ist in Bremen – Träger ist das Paritätische Bildungswerk – eine Kooperation mit dem Arbeitsressort eingegangen, das für den Aufbau einer trägerunabhängigen Weiterbildungsberatung, angesiedelt in der Arbeitnehmerkammer und der Handelskammer, verantwortlich ist. Diese Bremer Weiterbildungsberatung wird am 1. April 2012 ihre Tätigkeit als Lotsendienst bei Anerkennungsfragen aufnehmen. Sie sehen, wir sind bereits auf dem Weg.

Die in dem vorliegenden Antrag formulierten qualitativen Merkmale benennen alle wichtigen Rahmenbedingungen, die wir hoffentlich gemeinsam auch verwirklichen können, damit wir ein gutes Stück mit diesem Gesetz und vor allem auch mit einem Landesgesetz vorankommen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grobien.

Abg. Frau **Grobien** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht ganz schnell, zwei Sätze! Es freut mich, von der Senato-

rin zu hören, dass es schon eine Lenkungsgruppe und ein Verfahren gibt, wie das Gesetz hier in Bremen zu behandeln ist. Ich möchte aber Frau Dr. Mohammadzadeh und Frau Tuchel noch einmal eben sagen, Sie haben mich vielleicht nicht richtig verstanden.

(Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh [Bündnis 90/Die Grünen]: Oder Sie mich!)

Ich gehe natürlich davon aus, dass das Personal hier interkulturell geschult ist, dass wir dort schon einen guten Weg vorangekommen sind und wir einfach schlichtweg gegen solche Show-Anträge sind. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist kein Show-Antrag!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Meldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 18/243 – Neufassung der Drucksache 18/230 – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Mittagspause bis 14.30 Uhr ein.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Unterbrechung der Sitzung 12.58 Uhr)

*

Vizepräsidentin Schön eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Vizepräsidentin Schön: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir setzen die Tagesordnung fort.

(D)

(A) Versprechen einlösen – UNHCR-Flüchtlinge aufnehmen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 2. November 2011 (Neufassung der Drucksache 18/82 vom 1. November 2011) (Drucksache 18/98)

Wir verbinden hiermit:

Versprechen einlösen – UNHCR-Flüchtlinge aufnehmen!

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres und Sport vom 9. Februar 2012 (Drucksache 18/231)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Münch.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion DIE LINKE "Versprechen einlösen – UNHCR-Flüchtlinge aufnehmen!" vom 2. November 2011, Drucksache 18/98, ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer achten Sitzung am 10. November 2011 zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres und Sport überwiesen worden. Diese Deputation legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 18/231 ihren Bericht und Antrag dazu vor.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

(B)

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im November bereits wurde über unseren Antrag hier debattiert. Damals wurde Herr Senator Mäurer auch von den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD dafür gerügt, dass der Bürgerschaftsbeschluss, auf den wir uns beziehen, von Januar 2011 noch nicht umgesetzt worden war. Unser Antrag ist dann aber zur Beratung an die Innendeputation überwiesen worden. Das Innenressort legte dann am 11. Januar einen Bericht vor, der von ihr beschlossen wurde und jetzt der Bürgerschaft vorliegt. Unser Innendeputierter Herr Gössner hat sich bei dem Bericht enthalten, weil er zwar nicht komplett falsch war, aber einseitig.

Der Vorwurf, den wir darin erhoben hatten, der Innensenator hätte den Bürgerschaftsbeschluss bis zu unserem Antrag nicht umgesetzt, wurde nämlich nicht richtig entkräftet. Die Bremische Bürgerschaft beauftragte den Innensenator am 27. Januar 2011 mit der Ergreifung einer Bundesratsinitiative zur dauerhaften Teilnahme am UNHCR-Resettlement-Programm. Danach gab es eine Innenministerkonferenz am 21. und 22. Juni 2011 in Wiesbaden. Es gab sogar einen Beschluss zum Resettlement, der betraf aber nur die Kostenverteilung.

Herr Mäurer hat dort nichts unternommen, obwohl die Mehrheitsverhältnisse damals durch die Landtagswahlen in Hamburg und Baden-Württemberg schon verändert waren. Stattdessen hat Rheinland-Pfalz einen Vorstoß gemacht, den Bremen dann mitgegangen ist. Rheinland-Pfalz und Bremen beantragten die Aufnahme von 500 Flüchtlingen jährlich. Das finden wir für das bevölkerungsreichste Land Europas viel zu wenig. Viel kleinere Länder wie Dänemark, Großbritannien, Schweden oder Finnland nehmen mehr Flüchtlinge auf.

Faktisch sind noch viel weniger herausgekommen, nämlich 300 Flüchtlinge für drei Jahre, die Bundesrepublik Deutschland nimmt insgesamt also nur 900 Flüchtlinge auf. Wir finden das nicht ausreichend und der Größe unseres Landes nicht angemessen. Das ist auch der Führungsrolle, die Deutschland sonst in Europa übernimmt und für sich beansprucht, nicht angemessen. Es reicht immer noch nicht, vor allen Dingen angesichts der 5 000 Flüchtlinge, die im Lager Choucha leben, und noch viel weniger angesichts der aktuellen Lage in den türkischen Lagern an der Grenze zu Syrien.

Der Bericht geht auf einige unserer Antragspunkte gar nicht richtig ein. Wir haben beantragt, dass Flüchtlinge, die im Zuge der arabischen Revolution vertrieben wurden, kurzfristig aufgenommen werden. In dem Bericht steht darüber nur, dass sich der Senator aktuell auf Bundesebene nachträglich für eine rasche Aufnahme von Flüchtlingen aus Nordafrika und aus dem Nahen Osten sowie anderen Krisen- und Aufnahmeländern eingesetzt hätte. Wie, wo, wann und mit welchem Ergebnis, darüber sagt der Bericht leider nichts aus.

Ich will einmal auf die Ad-hoc-Maßnahmen eingehen, die in dem Bericht erwähnt werden! Die Aufnahme von 2 500 irakischen Flüchtlingen war ein Vorschlag von Herrn Dr. Schäuble aus dem Jahr 2008. Es hat bis zum Jahr 2010, also zwei Jahre, gedauert, bis dieser Beschluss umgesetzt wurde. Der Vorschlag von Herrn Dr. Schäuble beruhte auf den Vorfällen, bei denen Christen im Irak angegriffen wurden. Es war also eine Bevorteilung einer bestimmten Religionsgruppe und keine neutrale oder universal humanitäre Aktion. Dadurch wurde aber deutlich, dass schon etwas geht, wenn es gewollt ist. Zumindest war das die bei Weitem größte Wiederansiedlung von Flüchtlingen in Deutschland. Alle anderen Ad-hoc-Maßnahmen waren aber viel kleiner.

Bremen musste da auch nicht mit seiner Unterstützung zögern, denn es hatte keine praktischen Auswirkungen hier. Von den 50 iranischen Flüchtlingen, auf die der Bericht eingeht, die aus der Türkei im Sommer 2010 aufgenommen werden sollten, nimmt Bremen nach dem Königsteiner Schlüssel keine einzige Person auf. Da kann man sich natürlich schon sehr früh zu einer erhöhten Aufnahme bereit erklären, so steht es in dem Bericht. Die 150 Flüchtlinge aus Malta, die seit Februar 2010 aufgenommen wer-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) den sollten, sind Ende November eingereist. Eine einzige Person davon ist in Bremen. Es fehlen weiterhin 92 000 Resettlement-Plätze. Der Bedarf wird errechnet mit 172 000 Plätzen, und das Angebot, das gemacht worden ist, sind 80 000 Plätze durch UNHCR. Die Beteiligung reicht nicht, daher ist unser Antrag unseres Erachtens hier auch noch nicht erledigt.

Millionen von Menschen werden vertrieben. Letztes Jahr sind nach Angaben der Bundesregierung auf eine Anfrage von unserer Bundestagsabgeordneten Frau Jelpke 1 500 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken. Europas Mauern dürfen aber nicht das Grab dieser Menschen werden. Schutzbedürftige haben ein Recht auf Freiheit und ein würdiges Leben. In Choucha gibt es dieses Leben ganz sicher nicht. So nötig die bedingungslose Aufnahme syrischer Flüchtlinge durch die Türkei auch ist, auch dort sind diese Flüchtlinge in Lagern eingesperrt, und auch dort brauchen wir eine Lösung des Problems.

Die Ablehnung unseres Antrags ist daher insbesondere wegen Choucha und Syrien auch nicht richtig, wenn es die Koalitionsfraktionen mit ihrem Antrag vom letzten Januar ernst meinen! – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh.

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt Menschen, die behaupten, man trifft sich immer zweimal im Leben. Bei Anträgen der Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN kann man das gut erweitern: Man trifft sich öfter, denn dieses Hohe Haus wird von Ihnen häufiger mit der Aufforderung konfrontiert, bereits Gesagtes noch einmal zu sagen.

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Wir fordern die Umsetzung!)

In diesem Fall ist es die Zusage, UNHCR-Flüchtlinge in Bremen aufzunehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als es im Januar 2011 darum ging, einem Teil der in der Türkei festsitzenden iranischen Flüchtlingen eine Zuflucht zu bieten, hat Bremen auf unsere Initiative hin Ja gesagt.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Aber es ist keinerhier!)

Selbstverständlich gilt diese Zusage noch immer. Die Deputation für Inneres und Sport hat sich inzwischen ausführlich auch mit dieser Sachlage beschäftigt. Meine Damen und Herren, es ist richtig, wenn wir uns in Europa umsehen, ist die derzeitige Lage tatsächlich dramatisch. Immer mehr Flüchtlinge aus Syrien kommen über die türkische Grenze, man spricht von 15 000 Flüchtlingen. Die Türkei plant inzwischen die Einrichtung einer Sicherheitszone. Innenminister Dr. Friedrich kritisiert Griechenland wegen seiner mangelhaften Grenzen. Nun soll Griechenland, das, weiß Gott, genug Sorgen hat, auch noch den Ausputzer für die Schengen-Länder spielen.

In Ungarn werden derzeit Flüchtlinge systematisch inhaftiert, misshandelt und in Haft mit Pharmaka traktiert, und dann werden sie auf die Straße gesetzt. Inzwischen sitzen auch knapp 5 000 Flüchtlinge aus Somalia, Eritrea, Sudan, Äthiopien, die während des Krieges aus Libyen geflohen sind, in Wüstenlagern des UNHCR in Ägypten und Tunesien fest, das hat auch meine Kollegin Frau Vogt erwähnt. Dort wurden Asylverfahren nach europäischem Standard durchgeführt. Es ging um die Frage, ob diese Menschen nach dem Genfer Konventionsrecht schutzbedürftige Flüchtlinge sind. Der UNHCR hat bestätigt, dass über 90 Prozent dieser Menschen im Rahmen der Genfer Konvention als schutzbedürftige Flüchtlinge gelten. Aber nur 14 Industriestaaten haben bislang rund 900 sogenannte Resettlement-Plätze zugesagt, die restlichen 3 500 Menschen müssen noch in der Wüste bleiben.

Genau vor diesem Hintergrund hat sich der Senator für Inneres und Sport in Bremen bemüht, weiterhin eine dauerhafte Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland am Resettlement-Programm des UNHCR zu erreichen. Darüber hinaus hat er sich in der Innenministerkonferenz nachdrücklich für eine rasche Aufnahme nicht nur für Flüchtlinge aus Nordafrika und dem Nahen Osten, sondern auch aus anderen Krisengebieten eingesetzt. Durch dieses Engagement wurde das Thema deshalb mehrfach in den sogenannten Kaminrunden der Innenministerkonferenz und bei anderen Ministertreffen erörtert.

Auf diese Initiative des Senators für Inneres und Sport wurde das Thema im Frühjahr 2010 auch auf der Expertentagung der Ausländerrechtsreferenten von Bund und Ländern behandelt. Daraus hat sich ergeben, dass Bremen und Berlin das Problem gemeinsam auf die Tagesordnung der Innenministerkonferenz in Hamburg eingebracht haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ziel dieser Initiative war, ein kontinuierlich standardisiertes Programm für die Aufnahme von Flüchtlingen auch für die Bundesrepublik Deutschland zu etablieren. Bremen hat sich schon im April 2010 für die erhöhte Aufnahme von iranischen Flüchtlingen aus der Türkei bereit erklärt – 2 500 irakische Flüchtlinge, das ist schon bekannt, sind inzwischen auch eingereist –, um damals diesen laufenden Gespräche zwischen Bund und Ländern vielleicht auch einen

(D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(D)

(A) positiven Impuls zu geben. Daraus hat sich ergeben, dass 100 nordostafrikanische Flüchtlinge aus Malta, inzwischen 150, schon in Deutschland aufgenommen sind.

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Aber die Summe muss höher werden!)

Frau Vogt, die eine Person aus Malta, die Sie ansprechen, Bremen hat bei der Aufnahme von Flüchtlingen eine Quote von einem Prozent, mehr kann von Bremen auch nicht aufgenommen werden. Bremen ist bereit, mehr aufzunehmen, aber Bremen hat eine Quote von nur einem Prozent. Das heißt, es geht nicht! Da ist ein Problem, das Sie ansprechen.

Bremen und Rheinland-Pfalz haben gemeinsam auch erreicht, dass die Innenministerkonferenz die Teilnahme Deutschlands am Resettlement-Programm – ich möchte dazu sagen, auch permanent – beschlossen hat, zuerst für die ersten drei Jahre, das wird verlängert, das ist eine permanente Aufnahme, wie Sie das auch gesagt haben, von 300 Flüchtlingen pro Jahr. Einige dieser Menschen sind inzwischen Mitte März auch in Bremen eingetroffen.

Alles, was ich erwähnt habe, zeigt aus meiner Sicht nicht, dass unser Senator hier seiner Verantwortung nicht nachgekommen ist oder das Problem dem Senat unbekannt ist oder dieser das ignoriert hat. Deshalb ist es für meine Fraktion eine Selbstverständlichkeit, auch genauer hinzuschauen, ob unsere damaligen Beschlüsse umgesetzt werden. Wir kümmern uns darum, und unsere Vertreterinnen und Vertreter in anderen Landtagen machen das auch.

(B)

Ich kann mich der Empfehlung der Deputation für Inneres anschließen, diesen Antrag abzulehnen, und ich bitte Sie, auch das Gleiche zu tun! – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hiller.

Abg. Frau **Hiller** (SPD)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon viel im Detail über die verschiedenen Anträge gesprochen worden, ich werde mich deswegen auch etwas kürzer fassen!

Ich möchte vorab einmal deutlich machen, worum es eigentlich bei diesem Thema geht! Es geht um Flüchtlinge, die weltweit aus ihren Heimatländern geflohen sind und bei denen der UNHCR festgestellt hat, dass sie über längere Zeit, wahrscheinlich nie wieder in ihr Heimatland zurückkehren können. Das nennt sich Resettlement-Programm, und wir haben im letzten Jahr mehrmals hier im Haus der Bürgerschaft darüber auch schon diskutiert und Anträge beschlossen.

Rückblickend von diesem Jahr, muss ich sagen, ist es für mich eine Erfolgsgeschichte dieses Hauses, und ich möchte das heute auch noch einmal hier so deutlich formulieren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Als wir im Januar einen einstimmigen Beschluss mit der CDU zusammen in diesem Haus gefasst haben, war das auch für mich persönlich ein besonderer Moment. Ich hätte nie erwartet, als ich vor über 20 Jahren im Asylbereich mich engagiert habe, dass die Bremische Bürgerschaft sich einmal so eindeutig und einstimmig über alle Parteigrenzen hinaus zu dieser Initiative bekennt und sich als erstes Bundesland in Deutschland ganz klar und öffentlich auf die Seite der Flüchtlinge stellt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Es ist richtig, dass in der Zwischenzeit nicht alle Initiativen, die wir in dem Antrag formuliert haben, auch sofort umgesetzt worden sind. Es war aber so, dass wir dann erneut aufgrund des Antrags, den wir heute mit beraten, im November hier diskutiert haben. Es hat sich deutlich herausgestellt, dass diese Sache nicht nur allein von Bremen zu organisieren ist, sondern gerade bei den Themen, bei denen es um Flüchtlingsfragen und Asylfragen geht, eigentlich immer über alle Länder in Deutschland hinaus eine Einigkeit gefunden werden muss. Wir haben deswegen damals in der Innendeputation beschlossen, dass wir den Antrag vertagen, weil auch erkennbar war, dass es im Dezember eine entscheidende Innenministerkonferenz zu diesem Thema geben wird, bei der das Thema UNHCR-Resettlement-Programm auch auf der Tagesordnung stand.

Ich möchte heute, im März 2012, dem Senator dafür danken, dass er so hartnäckig und engagiert bei diesem Thema geblieben ist

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

und er – ich glaube, ohne dass irgendjemand vorab so schnell solch einen Erfolg erwartet hat, bei dem man sicherlich sagen kann, man möchte da noch mehr, das sehe ich genauso – mit einem Erfolg, nämlich alle Bundesländer dazu zu bewegen, sich diesem Programm anzuschließen, von der Innenministerkonferenz wieder zurückgekommen ist. Meiner Meinung nach hat niemand erwartet, dass wir so einen schnellen Durchbruch in Deutschland erreichen werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Ich finde, dass die diesjährige Initiative wirklich auch ein Beispiel für eine gute Zusammenarbeit zwischen Parlament und Senat ist, obwohl die Bundesratsinitiative, die ja auch ein Instrument ist, das wir haben, erst einmal nicht umgesetzt worden ist. Wenn man sich aber den Erfolg anschaut – und deswegen machen wir ja Politik, wir wollen ja etwas erreichen –, finde ich, ist es eine sehr erfolgreiche Arbeit gewesen.

Im Januar, das wurde auch schon berichtet, gab es dann den Bericht in der Deputation. Man kann natürlich, wenn man sich den Bericht anschaut, sagen, nun, das eine ist vielleicht ganz gut, aber eigentlich wollen wir noch mehr. Es ist ja häufig so, man beginnt mit einer Sache und sagt, das ist jetzt passiert, das nimmt man selbstverständlich hin, und schon sagt man, man möchte noch mehr haben. So geht es mir auch! Ich möchte aber trotzdem – das habe ich schon zweimal gesagt! – es noch einmal würdigen, dass Deutschland dem Resettlement-Programm der UNHCR jetzt beigetreten ist und wir damit einen kleinen Beitrag leisten für die Flüchtlingssituation weltweit.

Es wird klar sein, dass wir alles das, was meine Kollegin Frau Dr. Mohammadzadeh soeben schon gesagt hat, nicht von Bremen aus lösen können, auch wenn ich sehr gern das von hier aus lösen möchte. Die Situation weltweit mit Kriegen – heute ist weltweiter Wassertag –, die Situation der Ressourcen, dadurch die Flüchtlingsströme, die sich nicht aus Spaß und Freude oder Tourismus, sondern aus Lebensnotwendigkeiten auf den weiten Weg machen, werden wir nicht alle von hier aus lösen. Nichtsdestoweniger ist es unsere Aufgabe, immer wieder dort hinzuschauen und einzufordern, dass wir unserer Verantwortung auch gerecht werden.

Wir haben jetzt den Beschluss der Innenministerkonferenz, erst einmal für drei Jahre jährlich jeweils 300 Flüchtlinge aufzunehmen. Das heißt aber nicht, das wurde soeben schon erwähnt, dass nach drei Jahren Schluss ist, sondern es geht dann weiter. Dies ist der Anfang!

Was ich in dem Bericht interessant fand, war, dass sofort nach dem Beschluss vom 9. Dezember am 16. Dezember mit der Umsetzung des Beschlusses begonnen wurde. Es wurde telefoniert - nachdem sich manch ein Beamter in Deutschland darüber gewundert hat, dass es überhaupt diesen Beschluss gegeben hat – und sofort begonnen, sich mit der Umsetzung des Beschlusses zu befassen und zu schauen, wie man das jetzt schnell hinbekommt. Wir wissen, das Jahr 2012 wird nicht einfach werden. Es gibt für Deutschland in der Form überhaupt noch kein Konzept. Es besteht sicherlich auch noch die Frage der Finanzierung, auch über Europa, dort sind momentan Haushaltsberatungen. All das muss geklärt werden, aber so, wie ich das mitbekommen habe, sind die Prioritäten klar gesetzt. Gerade bei der Behörde in Bremen ist es so, das will ich hier auch betonen,

dass mit hohem Engagement an diesem Thema gearbeitet wird.

(Glocke)

Es ist noch kein Abschluss, es gibt noch vieles zu tun! Wir brauchen sicherlich ein höheres Kontingent, wir brauchen auch die Frage der Save-me-Kampagne, der Unterstützung, wie eigentlich damit umgegangen wird, wenn die Menschen hier sind. Wir werden auch sicherlich weiter eine politische enge Begleitung bei diesem Thema fortsetzen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hinners.

Abg. **Hinners** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Hiller, wie lange muss es erst dauern, wenn Sie sich einmal nicht kurz fassen!

(Abg. S e n k a l [SPD]: Das habe ich auch gesagt!)

Für die CDU-Fraktion hat die Aufnahme von UNHCR-Flüchtlingen in Deutschland eine humanitäre Bedeutung. Ich habe dies im letzten Jahr bei den verschiedenen Debatten, die wir dazu hatten, schon mehrfach betont. Frau Hiller, es braucht Sie nicht zu wundern, dass die CDU darin eine große humanitäre Bedeutung sieht. Ich bin ein bisschen überrascht, dass es Sie gewundert hat. Deshalb haben wir, ich habe es soeben schon angedeutet, im letzten Jahr alle Beschlüsse mitgetragen und auch begrüßt, die hier dazu gefasst worden sind.

Im Dezember 2011 hat die Innenministerkonferenz die permanente Teilnahme an dem Programm beschlossen. Von daher gesehen brauchen wir jetzt gar nicht, wie Frau Vogt das vorhin dargestellt hat, darüber nachzudenken, was danach passiert, wenn wir jetzt dreimal 300 Flüchtlinge übernehmen. Im Übrigen, Frau Vogt, wenn wir jetzt dreimal 500 Flüchtlinge beschlossen hätten, dann würden Sie heute auch hier stehen und sagen, das würde nicht reichen; und wenn wir dreimal 1 000 Flüchtlinge beschlossen hätten, dann würden Sie auch kommen und sagen, das reicht nicht. Diese Debattenbeiträge von Ihnen kennen wir ja!

Sie haben darauf hingewiesen, Frau Hiller, dass es noch einigen Bedarf in der Lösung der konzeptionellen Probleme gibt. Es gibt dazu einen Hinweis in dem Bericht der Innendeputation, wonach Ende Januar der Bundesinnenminister einen Vorschlag für die Lösung dieser konzeptionellen Probleme vorlegen wollte.

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) (Abg. Frau Hiller [SPD]: Hat er das?)

Vielleicht kann uns der Herr Staatsrat heute ja etwas Inhaltliches dazu mitteilen!

Die Innendeputation hat diesem Bericht auch zugestimmt bei einer Enthaltung durch die LINKEN, Frau Vogt hat darauf hingewiesen. Es ist aus unserer Sicht jetzt also wirklich nicht mehr entscheidend und wichtig, Frau Vogt, dass Sie hier alle paar Monate einen erneuten Antrag einbringen, um die Bürgerschaft dazu zu bringen, dieses sicherlich wichtige, aber aus unserer Sicht in trockenen Tüchern befindliche Programm immer wieder zu debattieren. Der einzige Grund, der sich für uns dabei aufdrängt, ist, dass Sie sich an dem Thema profilieren und Schlagzeilen machen wollen, und das, liebe Frau Vogt, ist bei diesem sensiblen Thema eigentlich nicht so geeignet, wie Sie das hier immer wieder darstellen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Dr. Mohammadzadeh hat völlig recht, wenn sie mit dem Hinweis aufwartet, dass eigentlich alles geklärt ist, aber offensichtlich in diesem Haus nicht für jeden. Wir werden deshalb den Antrag der LIN-KEN ablehnen! Dem Antrag der Deputation für Inneres werden wir zustimmen! – Danke schön!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Das ist unter der Gürtellinie!)

(B)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hinners, ein paar Sachen muss ich richtigstellen! Im November war noch nichts geklärt, und deswegen haben wir im November diesen Antrag gestellt. Wir haben ihn auch nicht noch einmal neu aufgegossen, sondern um eine Ausweitung gebeten, nämlich um die Ausweitung auf die Flüchtlinge, die im Rahmen des arabischen Frühlings in die Lager gekommen sind. Das ist eine neue Situation gewesen, die es im Januar 2011 so noch nicht gegeben hat. Der Beschluss damals war ja auch sehr spezifisch. Im November haben wir versucht, diesen Beschluss aufgrund der Situation und der aktuellen Lage, die sich seitdem ergeben hatte, zu erweitern.

Um noch einmal darauf zurückzukommen – deswegen hätte ich auch gern Frau Dr. Mohammadzadeh gefragt, war aber leider ein bisschen zu spät –, natürlich sage ich, die Aufnahme von dreimal 300 Flüchtlingen ist uns zu wenig. Selbst der UNHCR-Vertreter in Deutschland, Herr Michael Lindenbauer, hat im September 2011 die Bundesregierung aufgefordert, 5 000 Flüchtlinge aufzunehmen, aus diesem Grund ist das für uns auch noch nicht erledigt.

(Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir auch aus Bremen!)

Das weiß ich! Ich weiß auch, unser Antrag war vom November, im Dezember gab es noch keinen Beschluss der Innenministerkonferenz. Das muss man ja auch einmal in diesem zeitlichen Zusammenhang sehen.

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh [Bündnis 90/Die Grünen])

Nein, Frau Mohammadzadeh! Sie haben damals selbst Herrn Mäurer kritisiert, indem Sie gesagt haben, es ist nicht transparent, ob er im Sommer auf der Innenministerkonferenz etwas gemacht hat oder nicht. Es gab keinen Bericht dazu.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war ich!)

Ach, stimmt, das war Herr Fecker! Entschuldigung, Herr Fecker!

Daher gab es für uns zwei Gründe, den Antrag auf die Tagesordnung zu bringen, und zwar den Kreis der bedürftigen Flüchtlinge aufzunehmen und dann tatsächlich auch einen Beschluss herbeizuführen, was passiert. Danach ist es im Dezember auf der Innenministerkonferenz zu der Verständigung gekommen. Wir haben den Antrag jetzt wieder auf die Tagesordnung gebracht, weil dieser zwischenzeitlich in der Innendeputation war. Wir sagen aber trotzdem, dass wir natürlich nicht wollen, dass hier nur 900 Flüchtlinge aufgenommen werden, weil das für die Bundesrepublik Deutschland zu wenig ist. Andere Länder nehmen viel mehr auf, das muss man auch einfach einmal schlicht und ergreifend so festhalten.

Aus diesem Grund, denke ich, war unser Antrag im November berechtigt. Es ist auch durchaus berechtigt, jetzt zu sagen – und das haben wir hier im Februar ausführlich in der Aktuellen Stunde debattiert –, wir müssen jetzt natürlich auch die Flüchtlinge aus Syrien im Blickpunkt haben und dürfen sie nicht ihrem Schicksal überlassen. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Münch.

Staatsrat Münch: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, wir alle sind erfreut, dass das Ziel, welches mit dem Antrag vom 27. Januar 2011 erreicht werden sollte, auch erreicht worden ist. Ich glaube, man kann sagen, dass es auch ganz wesentlich auf die Initiative sowohl des Parlaments als auch des Senats hier aus Bremen zurückzuführen ist. Das Lob an den Senator haben Sie schon erwähnt.

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Bremen und Rheinland-Pfalz konnten die anderen Innenminister und den Bund überzeugen, im Dezember 2011 letztendlich diesen Beschluss so zu fassen, wie er gefasst worden ist. Das bedeutet, dass 300 Flüchtlinge in den nächsten drei Jahren in Deutschland durch dieses Resettlement-Programm ihre Heimat finden. Es wird in den nächsten Jahren natürlich darauf ankommen, diesen Dreijahresbeschluss weiterzuführen und letztendlich auch die Aufnahmequote zu erhöhen. Schweden, darauf ist schon hingewiesen worden, nimmt 1 700 Flüchtlinge auf, die EU insgesamt 6 000.

Die Aufnahme im Jahr 2012 wird – Herr Hinners hat um aktuelle Informationen gebeten – im Rahmen einer sogenannten Ad-hoc-Aufnahme erfolgen müssen, weil die notwendigen gesetzlichen Veränderungen in dieser Geschwindigkeit natürlich nicht getroffenen werden können. Auch die beabsichtigte Einwerbung von EU-Geldern wird für dieses Jahr nicht beansprucht werden können, da die Antragsfrist im Mai letzten Jahres bereits abgelaufen war und auch nicht wieder eröffnet werden kann.

Dieses Jahr wird Deutschland 200 Flüchtlinge aus dem Flüchtlingslager Choucha an der tunesisch-libyschen Grenze aufnehmen. Das war der allgemeine Wunsch. Auch nach dem Beschluss der Bremischen Bürgerschaft sollten afrikanische Flüchtlinge aufgenommen werden, die vor anhaltender Gewalt ursprünglich nach Libyen geflüchtet waren. Vertreterinnen und Vertreter des Bundesministeriums des Innern, BMI, des Auswärtigen Amtes und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, BAMF, waren Ende Januar vor Ort und haben sich die Lage dort angesehen. Das Flüchtlingslager ist glücklicherweise deutlich kleiner geworden, aber noch immer haben wir dort 3 000 Flüchtlinge vor Ort, wobei es ursprünglich einmal mehrere Zehntausende umfasste. Wir sollten weiterhin das Ziel verfolgen, die vollständige Auflösung dieses Lagers anzustreben gerade auch vor dem Hintergrund des furchtbaren Überfalls und des Brandanschlags im Jahr 2011.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Entsprechend der hohen Prioritätseinstufung des UNHCR und um weitere, sehr aufwändige Erkundungsreisen zu vermeiden, werden voraussichtlich die weiteren 100 Flüchtlinge in diesem Jahr aus dem Kreis der Iraker kommen, die in die Türkei geflohen sind, dort aber nicht dauerhaft verbleiben können.

Der Senator für Inneres wird sich weiterhin engagiert für die Fortführung dieses Programms und eine erhöhte Aufnahmequote einsetzen. Ich denke aber, wichtig ist vor allem, dass der Grundstein gelegt ist, und so steht es auch eindeutig in dem Beschluss, dass durch einen gesetzlichen Rahmen ein abgesichertes Regelprogramm stattfinden wird. Das ist, glaube ich,

der entscheidende Punkt, damit ist dann ein Fundament für ein langfristiges Programm geschaffen.

Es gilt ja, auf jeder langen Reise sind die ersten Schritte die schwierigsten, insofern, glaube ich, haben wir die schwierigsten geschafft. Im Namen von Herrn Senator Mäurer kann ich Ihnen sagen, dass wir aber nicht stehenbleiben, sondern in Bewegung bleiben werden mit dem Ziel einer Verstetigung des Programms und einer angemessenen Aufnahmequote für Deutschland. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/98 – Neufassung der Drucksache 18/82 – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Abg. Timke [BIW])

(D)

(C)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres und Sport, Drucksache 18/231, Kenntnis.

Fünfter Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe "Häusliche Beziehungsgewalt"

Mitteilung des Senats vom 15. November 2011 (Drucksache 18/124)

Wir verbinden hiermit:

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum Fünften Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe "Häusliche Beziehungsgewalt", Mitteilung des Senats vom 15. November 2011 (Drucksache 18/124) vom 9. Februar 2012

(Drucksache 18/232)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Frehe.

Meine Damen und Herren, der Fünfte Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe "Häusliche Beziehungsgewalt" vom 15. November 2011, Drucksa-

(A) che 18/124, ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer zwölften Sitzung am 25. Januar 2012 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau überwiesen worden. Dieser Ausschuss legt mit der Drucksachen-Nummer 18/232 seinen Bericht und Antrag dazu vor.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernhard als Berichterstatterin.

Abg. Frau **Bernhard**, Berichterstatterin*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben im Gleichstellungsausschuss den Bericht zweimal diskutiert und zur Kenntnis genommen. Wir haben ihn sehr intensiv diskutiert, wir haben im Anschluss daran eine Stellungnahme verfasst, und ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal den frauenpolitischen Sprecherinnen der anderen Fraktionen danken, weil wir das in einer sehr konstruktiven Weise getan haben. Ich muss sagen, wir sind von der Darstellung gleichermaßen beeindruckt gewesen. Man muss auch festhalten, dass das eine Thematik ist, bei der eigentlich auch unsere Einschätzungen nicht sehr weit auseinander liegen, weil es ein schwerwiegendes Problem ist, das uns auch weiter begleiten wird, und wir können nicht davon ausgehen, dass es sich in Luft auflöst.

Mir ist wichtig, hier auch im Namen des Ausschusses noch einmal festzustellen: Wir haben durchaus eine große Anerkennung für die Arbeit, die bislang geleistet wurde, aber wir haben selbstverständlich auch festgestellt, welche Defizite und welche Problematiken nach wie vor in diesem Land vorhanden sind. Das Thema, das in dem Zusammenhang wirklich in den Mittelpunkt zu stellen ist, ist Prävention, Prävention und immer wieder Prävention.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Daran müssen wir weiter anknüpfen, und das bedeutet letztendlich auch Öffentlichkeitsarbeit.

Nun kommt sozusagen der Pferdefuß bei der Öffentlichkeitsarbeit. In dem Moment wird es auch klar, wie Bedarfe dann ansteigen, je mehr und je intensiver man hinsieht. In dem Zusammenhang ist auch klar, dass es gar nicht so einfach zu sagen ist, wie das Datenmaterial aussieht. Wir haben in dem Zusammenhang eine hohe Dunkelziffer, und insofern ist das gar nicht so eindeutig zu überblicken. Wir haben in Bremen eine ganze Menge an Beratungsstellen, und wir haben auch Öffentlichkeitsarbeit.

Wir müssen ein Augenmerk darauf richten, dass wir die auch weiterhin in der Weise unterstützen, weil ganz viele Einrichtungen an der Grenze ihrer Belastbarkeit sind und diese Unterstützung brauchen bis hin dazu, dass auch ganz viele sagen, wenn sich das nicht entsprechend ausweitet und von uns unterfüttert werden kann, werden sie diese Arbeit in der Weise gar nicht weitermachen können.

Das möchte ich hier auch noch einmal unterstreichen! Wir haben ganz viele Einzelanträge dazu gehabt, ob das jetzt die Frauenhäuser sind, ob das der Verein Schattenriss ist, ob das der Notruf ist et cetera, da ist letztendlich alles wichtig. Wir sagen auch, wir müssen es ortsnah einbinden. Wir brauchen niederschwellige Angebote, weil ganz klar aus diesem Bericht hervorgeht, je schneller die Beratung erfolgt, desto eher wird sie angenommen.

Wir möchten zusammenfassend sagen, dass diese Präventions- und Beratungsarbeit letztendlich weiter unterstützt werden muss und auch so etwas wie eine Beratung insbesondere für Migrantinnen mit aufgenommen werden sollte. Das halten wir auch für einen wesentlichen Punkt. Wir verknüpfen mit dieser Stellungnahme selbstverständlich auch die Erwartung an den Senat, dass er das weiter als wichtiges Thema mit auf seiner Agenda hat, und hoffen, dass wir daran anknüpfen können, und werden das selbstverständlich weiter kritisch und konstruktiv begleiten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist jetzt schon über zehn Jahre her, dass wir das Gewaltschutzgesetz haben und auch dementsprechend in Bremen die Polizeigesetze geändert und das Wegweisungsrecht dort hineingeschrieben haben. Inzwischen haben wir den fünften Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe "Häusliche Beziehungsgewalt". Solch ein Bericht ist immer wieder eine gute Gelegenheit für einen Rückblick, für einen Ausblick, aber auch um die Defizite in dem Bereich zu erkennen und zu sehen, wo wir Handlungsbedarf haben und wo wir etwas verändern müssen.

Die Einführung und die Gesetzgebung des Gewaltschutzgesetzes war ein Paradigmenwechsel in der polizeilichen und gerichtlichen Umgehensweise mit dem Problem häusliche Beziehungsgewalt. Die Botschaft dieses Gesetzes war: Wer schlägt, der geht! Ich denke, das war wirklich ein Meilenstein bei dem Thema häusliche Beziehungsgewalt, und da hat sich wirklich etwas getan.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Doch wir dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen und müssen immer wieder deutlich machen, dass wir keine Gewalt tolerieren, egal gegen wen sie sich richtet. Deshalb haben wir auch in unserem Bericht, den der Gleichstellungsausschuss verfasst hat – und Frau Bernhard hat es erwähnt –, deutlich immer wieder geschrieben, Aufklärung, Prävention, da dürfen wir nicht nachlassen.

Wir wissen inzwischen sehr viel über die verschiedenen Formen von Gewalt, von Gewalterfahrungen sowie deren Folgen. Wir wissen, dass oft nicht nur körperlicher Schaden, sondern oft seelischer Schaden entsteht, der Narben zurücklässt, die die Menschen ein Leben lang begleiten. Gesundheitsgefährdende Überlebens- und Verarbeitungsstrategien verschärfen das Problem noch. Oft sind Menschen, die Gewalterfahrungen erlebt haben, alkoholkrank und tablettenkrank. Kinder, die Gewalt in Familien erleben, laufen häufig Gefahr, im späteren Leben Opfer von Gewalt zu werden. Auch das wissen wir. Daher ist es wichtig – und das ist unser Ziel –, möglichst schnell die Gewaltspirale zu unterbrechen und den Menschen Hilfestellungen anzubieten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich möchte nur einige Punkte aus dem Bericht herausgreifen, das andere hat Frau Bernhard schon gesagt! Was müssen wir in Bremen und Bremerhaven ändern, wo haben wir Probleme? Es wurde schon angesprochen, dass wir die Gruppe der Migrantinnen nicht erreichen, da müssen wir sehen, wie wir das schaffen. Wir müssen auch sehen, dass wir die Täterarbeit verbessern, denn die beste Prävention ist hier auch die Täterarbeit. Hilfeeinrichtungen sind noch immer zu wenig bekannt, da müssen wir besser werden. Ich glaube aber, dass mehr Flyer hier nicht die richtige Antwort sind.

Ich war im Februar auf einer Veranstaltung des Bundesfamilienministeriums, und auch da ging es um das Thema Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder. Da wurde auch deutlich, dass es immer wieder das Problem ist, dass die Hilfeeinrichtungen nicht bekannt sind. Was besonders erschreckend für mich war, auch bei den Ärzten war es zum Teil nicht bekannt. Da möchte ich auf Bremen zurückgreifen, leider wurde auch das Angebot der Ärztekammer, Ärztinnen und Ärzte in dem Bereich zu schulen, nicht so angenommen, wie wir uns das gedacht haben. Da bitten wir den Senat, noch einmal das Gespräch zu suchen, weil gerade diese Berufsgruppe eine Schlüsselrolle bei dem Thema Gewalt spielt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Was noch wichtig ist, außer natürlich dass wir die Finanzierung sicherstellen, ist die Vernetzung und Kooperation untereinander. Da hoffe ich, dass wir von den Modelprojekten, die im Bund stattgefunden haben und die jetzt auch evaluiert sind, auch etwas lernen können, denn nur wenn man dieses Netzwerk eng macht und die Hilfeeinrichtungen aufeinander verweisen können und miteinander arbeiten, dann wird daraus ein System, bei dem man sagt, da können Hilfebedürftige – meistens sind es ja nun einmal Frauen und deren Kinder – schnell Hilfe bekommen, und dort wird ihnen auch sehr schnell geholfen.

Ich denke, dieser Bericht hat dazu viele Anstöße gegeben, und dazu gehört noch unseren Antrag, den wir vor einigen Monaten hier verabschiedet haben, der noch einmal das ganze Hilfesystem in den Blick nimmt und auch sagt, wo wir etwas verändern, wo wir etwas verbessern müssen. Ich freue mich darauf, wenn dieser Bericht kommt, dass wir ihn debattieren und gemeinsam Lösungsstrategien erarbeiten können. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Böschen.

Abg. Frau **Böschen** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Von häuslicher Gewalt sind immer noch in erster Linie Frauen und Kinder betroffen, die Täter sind in der Regel Männer; es sind meistens die Partner beziehungsweise die Ex-Partner. Deshalb fokussiert dieser fünfte Gewaltbericht eben auch auf die Gewalt an Frauen. Die gesundheitlichen Folgen sind gut belegt, und sie sind dramatisch, und weil Gewalt eben krank macht – das hat auch meine Vorrednerin gerade ausgeführt –, sind insbesondere Ärztinnen und Ärzte, aber auch das Pflegepersonal in einer besonderen Verantwortung, hier genau hinzuschauen und es auch anzusprechen.

Häusliche Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, sie betrifft alle Gruppen unabhängig von Herkunft, Kultur oder auch sozialer Schicht oder Bildungsstand. Wir wissen allerdings, dass manche Gruppen von Frauen besonders gefährdet sind. Dazu gehören einerseits Frauen über 45 Jahre, die besonders gut ausgebildet sind, aber auch Frauen unter 35 Jahren in prekären sozialen Lagen und insbesondere, darauf hebt der Bericht deutlich ab, Migrantinnen mit türkischem Hintergrund, die sich in Trennung oder Scheidung befinden. Deshalb ist ganz klar, dass die Handlungsanweisungen, die wir aus diesem Bericht entnehmen können, in die Richtung gehen müssen, hier entsprechende Unterstützungssysteme zu organisieren und abzusichern.

Gewalt in der Familie ist immer noch ein Tabu. Viele Frauen warten sehr lange, bis sie sich an jemanden

(D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) wenden, viele sprechen überhaupt nicht über das Erlebte. Obwohl es in Bremen ein vielfältiges Hilfesystem gibt, darauf ist soeben auch schon eingegangen worden, ist dieses System vielen nicht bekannt. An der Stelle könnte vielleicht ein Flyer helfen, der die Einrichtungen noch einmal gemeinsam auflistet. Dieser Flyer müsste vielleicht auch in Frisörgeschäften und Arztpraxen ausliegen. Alles das ist gut, das kann man als Information geben.

Machen wir uns aber nichts vor, mit dem Informieren ist das ja immer so eine Sache. Wenn man informiert, muss natürlich auch ein entsprechendes Angebot vorhanden sein. Dort sage ich ganz deutlich, dieses Angebot muss dezentral sein, es muss niedrigschwellig sein, damit eben genau diese Personen, an die es sich richtet, es auch annehmen können. Wir wissen aber auch, je mehr es wissen, desto mehr kommen. Je mehr wiederum kommen, desto eher sind wir in der Situation, dann wieder auf die Finanzierung schauen zu müssen.

Wir haben hier in Bremen eine Situation, die für etliche Einrichtungen so aussieht, dass eine Akutberatung, also eine zeitnahe Beratung sofort nach dem Ereignis, gar nicht mehr gewährleistet ist. Mittlerweile gibt es Wartezeiten in den einzelnen Einrichtungen, die die dort Tätigen in große Konflikte stürzen.

Wir haben allerdings auch, Frau Hoch hat es angesprochen, in der Dezember-Sitzung der Bürgerschaft hier einen interfraktionellen Antrag eingebracht, in dem wir uns einig waren, dass das in Bremen vorhandene Angebot daraufhin untersucht werden muss, inwieweit tatsächlich die Unterstützung, die wir uns vorstellen, dadurch auch gewährleistet ist. Dieser Antrag fordert dazu auf, unter Berücksichtigung dieses Berichts noch einmal genau hinzuschauen, und ich denke, wir erwarten jetzt gemeinsam, dass das, was aus dem Bericht heraus erkennbar wird, uns dann auch entsprechend dargestellt und mit Handlungsoptionen hinterlegt wird.

(B)

Wir hatten heute Vormittag die Haushaltsberatungen, das heißt, wir sind jetzt aktuell natürlich in einer Zeit, in der es genau darum geht, das auch einzulösen, was wir hier gemeinsam beschlossen haben. Ich bin sehr froh darüber, dass es gelungen ist, die Einrichtung Schattenriss besser auszustatten. Wir alle sind, glaube ich, von der unheimlich guten und wichtigen Arbeit, die dort geleistet wird, überzeugt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Schattenriss ist aber nicht die einzige Einrichtung, auch die Beratungsstelle Notruf ist in einer Situation, dass sie, wie gesagt, nicht zeitnah beraten können, wir haben den Verein Neue Wege. Das heißt, wir müssen sehr genau schauen, wie wir im Rahmen unserer Möglichkeiten sicherstellen können, dass hier ein Unterstützungsangebot, wie wir es für richtig halten, auch in Bremen gewährleistet ist.

Ich möchte noch einmal sagen, dass es wichtig ist, die betroffenen Frauen dazu zu ermutigen, sich zu informieren, denn Gewalt ist keine Privatangelegenheit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Sie geht uns alle an, denn alle Menschen haben ein Recht auf ein gewaltfreies Leben. Deshalb ist es notwendig, dass darüber öffentlich geredet wird – so auch an dieser Stelle –, es aber auch Aktionen gibt, die das in das öffentliche Bewusstsein geben. Ich denke an eine Plakataktion, wie sie vor einigen Jahren an Haltestellen stattgefunden hat, ich denke auch an so etwas wie Bierdeckel, die in Gaststätten ausliegen, mit Telefonnummern der entsprechenden Institutionen. Es gibt eine ganze Menge von Dingen, die man tun kann, aber alle Einrichtungen richten sich an diejenigen, die das Leid erfahren haben.

Darüber hinaus, das ist von Frau Bernhard und von Frau Hoch angesprochen worden, geht es natürlich um Prävention. Es geht darum, diese Gewalt zu verhindern, und dabei kommen wir nicht daran vorbei, über unsere Vorstellungen von Männlichkeit zu diskutieren. Es muss darüber geredet werden, was ökonomische und soziale Abhängigkeiten zur Folge haben.

(Glocke)

Wir brauchen eine Kultur des Hinsehens, und damit, Frau Präsidentin, will ich es auch bewenden lassen. Ich denke, hier sind wir alle gefordert, aktiv zu werden. – Danke!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Piontkowski.

Abg. Frau **Piontkowski** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gewalt gegen Frauen ist kein Tabuthema! Insbesondere seit dem Gewaltschutzgesetz aus dem Jahr 2001 und auch der Einfügung des Nachstellungsparagrafen in das Strafgesetzbuch im Jahr 2007 ist dieses Thema immer mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt, und das ist auch gut so!

Immer mehr Frauen haben den Mut, eine Strafanzeige zu erstatten, wenn sie Opfer von Gewalt geworden sind. Allein bei der Staatsanwaltschaft in Bremen sind die Verfahren in den Sonderdezernaten in den letzten Jahren enorm angestiegen auf jetzt mittlerweile fast 2 000 Verfahren. Das ist nur das Hellfeld, es gibt auch noch ein Dunkelfeld.

Wenn Frauen eine Strafanzeige erstatten, dann kommt dabei auch häufig zum Ausdruck, wie viel vor-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) her schon passiert ist, bevor es überhaupt zu einer Anzeige kommt. Aus diesem Grund sage ich und sagen wir, es ist wichtig, dass im Vorfeld einer solchen Strafanzeige auch entsprechende Hilfsangebote vorhanden sind. Es ist bereits mehrfach angesprochen worden und kann auch nur unterstützt werden.

(Beifall bei der CDU)

Frauen müssen ermutigt werden, einerseits eine Strafanzeige zu erstatten und andererseits, das ist ganz wichtig, ein solches Strafverfahren auch durchzuhalten, das ist für viele nämlich gar nicht so einfach.

Ganz besonders wichtig bei Gewalt gegen Frauen ist die Vernetzung, das ist angesprochen worden. Ein Musterbeispiel für Vernetzung möchte ich kurz erwähnen, das ist das Kriseninterventionsteam Stalking, Stalking-KIT. Gewalt gegen Frauen und Stalking kann man nicht trennen, das geht häufig ineinander über. Da arbeiten Polizei, Justiz und der Täter-Opfer-Ausgleich mustergültig zusammen.

In dem Bereich, in dem Justiz und Polizei mit ihrem Latein oder mit ihren Paragrafen am Ende sind, kommt das Stalking-KIT ins Spiel und hilft. Es hilft, einerseits Konflikte, die hinter bestimmten Problematiken stehen, zu bereinigen und Lösungen dafür zu finden, andererseits aber auch Gefährdungen für die Opfer einzuschätzen, aber auch mögliche Eskalationen des Täters. Der Erfolg gibt dem Stalking-KIT recht, denn die Erfolgsquote liegt bei 80 Prozent, und das finde ich schon ganz enorm. Wenn man sich dann anschaut, mit welchem vergleichsweise geringen Budget das Stalking-KIT seine Arbeit macht, nämlich gerade einmal 25 000 Euro im Jahr, dann muss man sich auch einmal überlegen, ob das noch auskömmlich ist.

Wir müssen alles daran setzen, damit Opfer von häuslicher Gewalt nicht durch das Verfahren erneut zum Opfer werden. Es ist ein Umstand in dem Bericht erwähnt, der mir auch sehr am Herzen liegt, und das betrifft die Gewaltschutzanordnung und was danach geschieht. Die Verwaltungspraxis sieht nämlich so aus, wenn eine Frau den Weg zum Gericht geschafft und eine Gewaltschutzanordnung tatsächlich erwirkt hat, dann ist sie nicht mehr so schutzbedürftig, dann hat sie es schon geschafft, zum Gericht zu gehen, dann brauchen wir jetzt keine aufsuchende Hilfe mehr durch das Amt für Soziale Dienste. Das ist doch wohl ein Ding, das kann nicht sein!

Wenn die Polizei vor Ort erscheint und eine Wohnungsverweisung macht, dann ist das Amt für Soziale Dienste verpflichtet, innerhalb von drei Tagen aufsuchende Hilfe zu leisten. Das ist meines Erachtens immer noch ein Widerspruch in sich, denn wenn eine Frau vor Gericht geht, dann bedeutet das häufig, dass so viel passiert ist, häufig sehr viel mehr passiert ist als bei der erstmaligen Wohnungsverweisung, sodass diese Frau erst recht schutzbedürftig ist und wir uns darum kümmern müssen. Deswegen sollten wir auch zusehen, dass diese Verwaltungsanweisung, die dem

zugrunde liegt, endgültig in das Reich der Geschichte verbannt wird.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch auf eine andere Sache zu sprechen kommen, die qualitativ hochwertige Bearbeitung! Wir brauchen Menschen bei der Polizei, der Justiz und den Opferhilfeeinrichtungen, die sich mit solchen Verfahren auskennen, sich die Zeit für die Verfahren nehmen und sich mit den Menschen beschäftigen, um die es geht. Häufig ist es so, eine Frau kommt auf die Wache, kommt zur Staatsanwaltschaft, erstattet Anzeige und erzählt dann erst einmal, ihr Mann hätte sie geschlagen, und das ginge schon seit Jahren so. Es muss dann nachgefragt werden und ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden. Es muss gefragt werden: Wann ist wo wie was passiert? Wen gibt es als Zeugen? Gibt es ein Attest, Fotos oder Ähnliches? Das kostet alles sehr viel Zeit, und dann muss man auch den Beteiligten, die damit zu tun haben, die Möglichkeiten geben, sich damit zu befassen. Sie können dann nicht irgendwie ein Zeitschema anlegen und sagen, nach 15 Minuten muss dieser Fall abgearbeitet sein, wenn die Frau gerade in Tränen ausgebrochen ist. Das funktioniert nicht! Entsprechend müssen sich auch die Personalbedarfsrechnungen daran orientieren.

Lassen Sie mich einen Blick in die Zukunft wagen! Es ist schon angesprochen worden, der Einfluss von Alkohol und Drogen auf Beziehungsdelikte ist enorm. Da müssen wir ansetzen und auch rechtzeitig sehen, dass Therapien ermöglicht werden und zugänglich sind

Eine andere Sache, die angesprochen wurde, die mir ebenfalls sehr am Herzen liegt, ist die Gewalt im Zusammenhang mit Migration. Da müssen wir Angebote schaffen, die noch lange nicht so vorhanden sind, wie sie sein sollten. Zum einen müssen wir erreichen, dass einerseits der Zugang von Migrantinnen,

(Glocke)

80 Prozent der Opfer von Gewalt sind Frauen, zur Justiz und zur Polizei verbessert wird, andererseits aber auch die entsprechenden Hilfsangebote verbessert werden. Das setzt auch Dolmetscherleistungen voraus. Zum anderen müssen wir eine entsprechende Sensibilisierung der Dolmetscher in diesem Bereich erreichen.

Es gibt also noch viel in dem Bereich zu tun, und wir sollten das anpacken. Wir sollten auch die Ergebnisse der Anhörung der Opferhilfeeinrichtungen im Rechtsausschuss einbeziehen und dann gemeinsam an einer Verbesserung der Situation für Opfer von häuslicher Beziehungsgewalt arbeiten. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

(D)

(A) **Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Frehe.

Staatsrat Frehe*): Sehr geehrte Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit nun über zehn Jahren berichtet die ressortübergreifende Arbeitsgruppe "Häusliche Beziehungsgewalt" über die Umsetzung von Maßnahmen hier in Bremen. Der fünfte Bericht ist das Ergebnis der Zusammenarbeit der beteiligten Ressorts, und ich denke, dieser Bericht kann sich sehen lassen. Er beschreibt sehr differenziert und sehr genau, welche Dimension häusliche Beziehungsgewalt hier in Bremen hat, und ein paar Überlegungen sind, wie diesen Schwierigkeiten, dieser Situation oder der Gewalt begegnet werden kann.

Von der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe sind vor allem zwei Bereiche identifiziert worden, in denen sich etwas tun muss. Erstens muss eine Fachstelle, eine Beratungsstelle, die im Rahmen der häuslichen Beziehungsgewalt neben einzelnen betroffenen Frauen auch gewalttätige Männer berät und dafür sorgt, dass in den Stadtteilen eine Lösung gefunden und auch konkrete Unterstützung organisiert wird, her.

Zweitens ist zu prüfen, inwieweit das bestehende System durch Anlaufstellen in den Stadtteilen besser genutzt werden kann. Es wird geprüft, ob die Fachkräfte ausreichende Ressourcen dafür haben und wie die Fachlichkeit verbessert werden kann. Eine Möglichkeit der Verbesserung der Fachlichkeit ist insbesondere die Zusammenarbeit, und das wurde soeben schon gesagt, mit den Ärzten und auch den verschiedenen Angeboten, die heute bereits vorhanden sind.

(B)

Die Öffentlichkeitsarbeit muss verbessert werden, um gerade, Frau Piontkowski hat das angesprochen, den Bereich des Dunkelfelds weiter zu erhellen, also insbesondere Frauen zu ermutigen, sich gegen die Beziehungsgewalt zur Wehr zu setzen und tatsächlich die Staatsanwaltschaft oder die Polizei aufzusuchen. Die Finanzierung der Frauenhäuser muss langfristig auf eine bessere Grundlage gestellt werden, und die Öffentlichkeitsarbeit muss intensiviert werden.

Ende 2012 wird die bundesweite Hotline nach dem Hilfetelefongesetz eingerichtet, die dann ihre Arbeit aufnimmt. Damit steht dann auch in Bremen eine erste Anlaufstelle für Frauen und Mädchen, die Gewalt erleben, zur Verfügung, fachlich gesichert, 24 Stunden besetzt und auch in verschiedenen Sprachen. Das Bewerben der Hotline können und wollen wir dann auch in Bremen durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Dafür wird es notwendig sein, dass das Bremer Hilfesystem auch Anlaufstellen hat, an die sich Frauen wenden können. Es wurde schon gesagt, es geht nicht nur darum, die Informationen aufzunehmen, sondern dann auch um mehr Anlaufstellen, die den Frauen zur Verfügung stehen.

Eine gute, gesundheitsförderliche und gewaltpräventive Arbeit in der Schule, den Kindertagesstätten und der Jugendarbeit muss explizit gewaltspezifische Aspekte beinhalten. Hierbei muss man schauen, inwieweit wir auch vor Ort in den Stadtteilen, Schulen und Kindertagesstätten mehr zur Verbreitung des Themas beitragen können.

Ich möchte noch einmal das ansprechen, was Frau Hoch schon angeschnitten hat! Wir müssen auch überlegen, ob wir die Täterarbeit intensivieren können, denn hinter der Gewalt stehen überwiegend männliche Täter. Die Verbindung mit dem Stalking-KIT, die Frau Piontkowski angesprochen hat, finde ich sehr wichtig, weil Stalking in der Tat häufig im Grunde genommen die erste, noch nicht so intensive Gewaltform ist, die dann aber in weiteren Gewaltformen mündet, wie wir aus den Berichten hierzu auch erfahren haben.

Ich denke, dass wir insbesondere für den Personenkreis der Migrantinnen und Migranten schauen müssen, wie wir die Barrieren, eine solche Beratung aufzusuchen, senken können. Ich glaube, dass es einfach kulturbezogene Gewaltformen und Umgangsformen gibt, die nicht geduldet werden können und zu Gewaltausbrüchen gegenüber Frauen beitragen. Dort müssen wir spezifische Ansätze entwickeln, wie wir diesem Problem angemessen begegnen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Böschen hat es gesagt, es gibt viel zu tun. Wir werden insbesondere einen Schwerpunkt darauf setzen, das Angebot, das bereits heute vorhanden ist, besser zu vernetzen und den Angebotsträgern und den Personen, die die Frauen als erste Ansprechpartner haben – das sind einerseits natürlich die Frauenhäuser, andererseits aber auch die Polizei, diese sollen besser geschult werden –, diese kompletten Informationen zur Verfügung zu stellen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau, Drucksache 18/232, beitreten möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

> (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Stimmenthaltungen?

(Abg. Timke [BIW])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses bei.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksache 18/124, und dem Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau, Drucksache 18/232, Kenntnis.

ARD-Finanzausgleich neu verhandeln – Zukunft von Radio Bremen sichern

Antrag der Fraktion der CDU vom 14. Februar 2012 (Drucksache 18/237)

Wir verbinden hiermit:

18. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (18. KEF-Bericht)

Mitteilung des Senats vom 28. Februar 2012 (Drucksache 18/281)

sowie

Radio Bremen erhalten – ARD-Finanzausgleich neu gestalten

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 19. März 2012 (Drucksache 18/304)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Joachim.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Motschmann.

Abg. Frau **Motschmann** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verrate kein Geheimnis: Radio Bremen braucht unsere Unterstützung! Deshalb hat die CDU-Fraktion den Ihnen vorliegenden Antrag eingebracht. Ich sage aber genauso deutlich, dass Radio Bremen keine halbherzige Unterstützung braucht. Deshalb lehnt die CDU-Fraktion den Dringlichkeitsantrag der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen ab!

(Beifall bei der CDU)

Halbe Sachen machen wir nicht, halbherzige schon gar nicht!

Die finanzielle Situation von Radio Bremen ist dramatisch, vielleicht muss dies einigen noch einmal be-

sonders gesagt werden. In den Jahren 2013 und 2014 kann der Sender seine laufenden Kosten und Aufwendungen nicht mehr durch seine eigenen Erträge decken. Es tröstet wenig, dass die ARD diesen Liquiditätsengpass durch die Gewährung von Überbrückungskrediten kurzfristig beheben will. Ich darf die Koalition aus SPD und Grünen daran erinnern – das ist auch nach der Debatte heute Morgen vielleicht notwendig –, dass Kredite zurückgezahlt werden müssen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach nein!)

Ja! Sie haben sich offenbar so sehr daran gewöhnt, dass Ihre Haushalte zu einem erheblichen Teil kreditär finanziert werden,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, Ihrer nicht!)

dass Sie meinen, was wir können, kann Radio Bremen auch, und das, Herr Dr. Güldner, ist ein Trugschluss, damit das klar ist!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Was erzählen Sie uns denn da? – Zuruf: Das steht aber auch nicht in unserem Antrag!)

Sie dürfen gleich alle selbst reden! Jetzt rede ich, auch wenn es schwerfällt zuzuhören.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt!)

Im Gegensatz zu unserem Bundesland hat Radio Bremen erhebliche Anstrengungen unternommen, um zu sparen. Wir haben es heute gehört, Sie können das Wort ja noch nicht einmal buchstabieren.

> (Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Personal und das Programm bei Radio Bremen waren davon erheblich betroffen, das geben Sie in Ihrem eigenen Antrag auch zu. Leider ziehen Sie aus diesem Sachverhalt nicht die dringend notwendigen Konsequenzen!

Wir müssen auf die ARD und die Ministerpräsidentenkonferenz Druck ausüben, wir müssen auf die Anerkennung des Mehrbedarfs unseres Senders dringen, denn er ist bisher nur zu einem ganz geringen Teil anerkannt. Wir müssen weiter darauf dringen, dass die ARD den Finanzausgleich von einem auf zwei Prozent erhöht. Das einzige Druckmittel, das wir überhaupt haben, ist unsere Zustimmung zum 16. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Dieses Druckmittel haben Sie in Ihrem Antrag leider nicht, und darum ist er ein zahnloser Tiger!

(C)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(D)

(A) Sie werden mit Ihrem Antrag nichts, aber auch gar nichts bewirken. Deshalb werfe ich Ihnen vor, dass Sie die prekäre Situation von Radio Bremen nicht wirklich ernst nehmen. Glauben Sie wirklich, dass wir den Sender langfristig sichern können? Ich zitiere einmal aus dem Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs. Dort wird festgestellt, dass "der gegenwärtige Finanzausgleich innerhalb der ARD nicht in der Lage ist, die Lebens- und Funktionsfähigkeit der kleinen Anstalten sicherzustellen". Was soll eigentlich noch passieren, bis Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Koalition, aufwachen und verstehen, wie ernst es um unseren Sender steht? Es ist fünf vor zwölf, vielleicht sogar schon fünf nach zwölf.

> Ich bin übrigens auch von unserem Bürgermeister sehr enttäuscht. Ich habe nicht den Eindruck, dass er wirklich um die Existenzsicherung unseres Senders kämpft. Seine leisen Verhandlungsmethoden, die ich ihm gar nicht absprechen kann und will, haben bisher zu keinerlei Erfolg geführt. Ein Mehrbedarf für Radio Bremen wird nicht anerkannt, von einer Begleichung des Mehrbedarfs ganz zu schweigen, und davon, dass das neue Gebührenmodell zusätzliche Mittel in die Kassen von Radio Bremen spülen wird, träumt hier wohl niemand. Darum fordere ich Sie und auch den Bürgermeister auf, zum Anwalt unseres Senders zu werden. Da muss man auch einmal Alarm schlagen, da muss man auch einmal auf den Tisch hauen, auch wenn es schwerfällt. Von allein wird nichts passieren.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Wenn sich nichts ändert, können wir uns irgendwann von einer eigenen Sendeanstalt verabschieden. Das, sage ich einmal, sollten wir nicht riskieren, denn ich sage hier ausdrücklich: Dieser Sender ist für unser Bundesland von existenzieller Bedeutung, und wir sollten alles tun, um ihn auch langfristig zu erhalten. Deshalb bitten wir natürlich um Unterstützung unseres Antrags, aber Sie machen ja lieber Ihren zahnlosen Antrag!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass Radio Bremen erhalten werden muss, ist, glaube ich, allen Fraktionen, die hier in der Bürgerschaft vertreten sind, klar. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind ein Teil der Grundversorgung und müssen es in einer sich wandelnden Medienlandschaft selbstverständlich bleiben. Gerade dort, wo der private Mediensektor immer stärker auf einige wenige Verlegerfamilien und Banken

als Anteilseigner konzentriert ist, wollen wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als wichtiges Gegengewicht halten und stärken.

Nun ist Radio Bremen innerhalb der ARD-Familie kein Schwergewicht und muss bei jeder Verhandlungsrunde, in der es um das Geld geht, umso mehr kämpfen. Die gewährten Kredite, die das Defizit von Radio Bremen über die kommenden Jahre ausgleichen sollen, sind keine solide Lösung, das stellen beide vorliegenden Anträge auch richtig fest. Was Radio Bremen deshalb braucht, ist eine Reform der Verteilung, bei der die Kleinen solidarisch von den Großen bessergestellt werden. Dazu müssen wir aber erst einmal die Evaluierung der neuen Haushaltspauschale abwarten.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist nämlich bereits – an die Adresse der CDU gerichtet – von allen Ministerpräsidenten und Bürgermeistern vereinbart worden.

Mit dem 19. KEF-Bericht wird überprüft, wie es um die Finanzen der öffentlich-rechtlichen Anstalten nach der Gebührenreform steht. Das können wir gern noch einmal vom Senat fordern, wie es ja beide Anträge machen, aber es ist, ehrlich gesagt, ohnehin schon schwarz auf weiß als protokollarische Erklärung dem letzten Rundfunkänderungsstaatsvertrag beigefügt. Wie diese Reform der Gebührenverteilung konkret ausgestaltet werden soll, müssen wir deswegen meines Erachtens an dieser Stelle nicht vorwegnehmen. Deshalb ist der Antrag der Koalition auch besser, denn er lässt offen, ob eine Erhöhung der Finanzausgleichsmasse oder eine Reform des Verteilungsschlüssels erforderlich ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Beide Wege können geeignet sein; die bundesweite Beschlusslage ist ja, dass dies von unabhängigen Experten und den entsprechenden Gremien genau geprüft werden soll.

Eine Einschränkung möchte ich aber dennoch machen! Eine Erhöhung der GEZ-Haushaltspauschale ist aus unserer Sicht keine Lösung, damit würden wir nur die Akzeptanz der öffentlich-rechtlichen Anstalten und vor allem des neuen Gebührenmodells gefährden. An dieser Stelle möchten wir auch noch einmal sagen: Bei Radio Bremen wurde und wird so viel gespart, dass die Eigenständigkeit der Anstalt dadurch gefährdet ist. Der vorliegende KEF-Bericht sagt es zwischen den Zeilen auch, man kann nicht mehr herauspressen. Es hat einen enormen Personalabbau gegeben, Leiharbeit hat zugenommen, es sind ganze Abteilungen ausgelagert worden. Zudem sind sehr viele der sogenannten Freelancer angeheuert worden. Das ist leider in der Medienbranche mittlerweile so üblich und entspricht so ein bisschen modernem

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Tagelöhnertum. Das sind natürlich Gefahren für die Qualität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Hier hätten wir uns den Antrag der Koalition etwas deutlicher gewünscht, hier hätten wir uns gewünscht, dass auch Sie einmal Klartext reden. Sie sagen zwar durchaus richtig, dass Radio Bremen den weitaus höchsten Sparbetrag aller ARD-Anstalten geleistet hat. Dass er aber eben nicht nur relativ im Vergleich zu den anderen Anstalten der höchste ist, sondern auch insgesamt, kann man so deutlich sagen. Bei Radio Bremen kann nicht mehr gespart werden, wenn man die Zukunft sichern will wie die CDU oder die Anstalt erhalten will wie die Regierungskoalition.

Zur Grundversorgung mit öffentlich-rechtlichen Sendungen im Radio und im Fernsehen gehört eine angemessene und auskömmliche Finanzierung. Aus den Gründen, die ich vorhin genannt habe, stimmen wir dem Antrag der Koalition zu und hoffen, dass wir für alle Anstalten und eben auch für die kleine Bremer Anstalt eine gute Lösung finden! – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Grotheer.

(B) Abg. Frau **Grotheer** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute ist offenbar der Tag, an dem die CDU nicht nur ihre Rat-, sondern auch ihre Ahnungslosigkeit offenbart,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

und dies in mehreren Punkten!

Der ARD-Finanzausgleich ist so alt wie das System der Anstalten selbst. Von Beginn an wurde Radio Bremen finanziell unterstützt. Seit dem Jahr 1953 ist der Ausgleich offiziell ARD-Gemeinschaftsaufgabe. Circa 25 Prozent seiner Einnahmen bestreitet Radio Bremen aus dieser Quelle. Ähnlich wie bei dem Länderfinanzausgleich haben der Ton untereinander und anscheinend auch der Solidargedanke in den vergangenen Jahren jedoch gelitten. Eine Zwischenlösung jagt die nächste. Ein zukunftssicheres System wird zwar immer wieder eingefordert, ist aber nicht in Sicht.

Es ist schon angesprochen worden, Radio Bremen hat als kleinste Anstalt in den vergangenen Jahren die prozentual größten Sparbeiträge geleistet. Allein die Stellenzahl wurde seit dem Jahr 2004 beinahe um die Hälfte reduziert. Dies hat keine andere Anstalt erreicht. Weitere Einsparungen würden jedoch den eigenständigen Charakter von Radio Bremen zunichte machen. Der Fernsehbeitrag zur ARD wurde im Jahr

2009 auf gerade noch 0,75 Prozent reduziert. Die Summe der Erträge für Radio Bremen aus dem Finanzausgleich ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Der von der KEF prognostizierte Anstieg bis zum Jahr 2016 würde nicht einmal ausreichen, um die Inflation auszugleichen. Die Gewährung von Überbrückungskrediten, wie es jetzt geplant ist, löst keine Probleme, sondern vergrößert nur die Abhängigkeit von den anderen Anstalten. Kredite müssen schließlich irgendwann zurückgezahlt werden und verschieben die Schwierigkeiten in die Zukunft.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Allerdings!)

Sehr erfreulich, dass die Opposition das auch erkannt hat!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Niemand kann prognostizieren, wie sich das neue Beitragsmodell genau auf die Ertragslage auswirken wird. Eine nachhaltige Verbesserung der Ertragslage von Radio Bremen ist aufgrund der schwierigen Sozialstruktur Bremens jedoch nicht wahrscheinlich. Trotzdem fordert die CDU den Senat auf, dem neuen Staatsvertrag nicht zuzustimmen. Ich frage mich die ganze Zeit, ob Sie eigentlich nicht verstanden haben, dass das Parlament Staatsverträgen zustimmt! Das kann Ihnen doch nicht verborgen geblieben sein, dass wir vor wenigen Wochen hier schon einmal einem Staatsvertrag zugestimmt haben. Das macht nicht der Senat!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Insofern könnten Sie diese Aufforderung nur an uns selbst richten, und das werden wir dann sehen, wenn es tatsächlich um die Abstimmung eines Staatvertrags geht, ob Sie dann sagen, das Haus möge dem Staatsvertrag nicht zustimmen. Das warte ich ab!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir haben hier zwei ähnliche Anträge vorliegen, einen rot-grünen Antrag und einen Antrag der CDU, die sich inhaltlich eigentlich nur in einer Frage unterscheiden! Wir als Koalition sind der Meinung, dass man die Verhandlungen erst einmal aufnehmen sollte, bevor man damit droht, dass man sie platzen lässt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Genauso ist es!)

Denn, Frau Motschmann, dies sei an dieser Stelle gesagt, wer den Verhandlungstisch verlässt, der ist auch an den Ergebnissen nicht mehr beteiligt. (D)

(A) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die CDU-Forderung nach Ablehnung ist absurd! Radio Bremen ist auf die Solidarität der anderen angewiesen. Eine Ablehnung von Staatsverträgen würde keine Verbesserung der Lage von Radio Bremen bewirken.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war auch abenteuerlich!)

Man hat zwar eine starke Position, wenn man ein Veto einlegt, aber man hat eine destruktive Position. Wir brauchen aber eine konstruktive Position, wir müssen etwas erreichen, das Radio Bremen so nämlich nutzen soll, und deswegen sind wir auf Mitstreiter angewiesen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Bisher war es in der Bremischen Bürgerschaft gute Tradition, immer gemeinsam für Radio Bremen einzutreten. Dies sollte auch fortgesetzt werden. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zum Antrag von Rot-Grün! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

(B)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Werner.

(Abg. Strohmann [CDU]: Vertreter des NDR!)

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nein, ich komme nicht vom NDR, und ich war auch noch nie öffentlich-rechtlich beschäftigt!

Natürlich wollen wahrscheinlich wir alle hier im Raum – oder ganz sicher alle hier im Raum, die Bremer FDP ist nicht da, die ist inzwischen gegen eine öffentliche Rundfunkfinanzierung – die Lage von Radio Bremen verbessern und halten, allein dazu braucht es eine deutliche Veränderung des ARD-Finanzausgleichs. Da sind wir uns auch sicher. Frau Motschmann, wir hätten gern Ihren Antrag mitgemacht, das haben wir Ihnen auch gesagt, aber wir wollten einige Details sprachlich und faktisch etwas besser machen.

Sie sprechen in Ihrem Antrag – einen Teil hat Frau Grotheer gerade zitiert – ausdrücklich vom 16. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Womit der sich zu befassen hat, können Sie aber der Ministerpräsidentenkonferenz von hier – und das kann wahrscheinlich auch der Bürgermeister nicht – nicht vorschreiben, und das können wir auch der ARD nicht vorschrei-

ben. Ich glaube auch nicht, dass Sie etwas dagegen hätten, wenn sich der 16. Rundfunkänderungsstaatsvertrag mit Jugendmedienschutz oder mit dem Medienkonzentrationsrecht und vielleicht der 17. oder 18. Rundfunkänderungsstaatsvertrag sich mit dem Finanzausgleich beschäftigen würden. Dagegen spricht nichts. Sie definieren da einfach einige Dinge, Sie haben da etwas aufgeschrieben, Sie wollen vorschreiben, wie das Ergebnis aussieht: Sie sagen, es muss eine Verdoppelung des Volumens des Finanzausgleichs sein.

(Abg. Frau Motschmann [CDU]: Wer nichts fordert, bekommt auch nichts!)

Richtig! Es fordern ja alle dasselbe!

Vor einem Jahr oder zwei Jahren ist zum Beispiel der RBB innerhalb der ARD aus dem Finanzausgleich ausgeschieden und bekommt seitdem kein Geld mehr. So etwas wollen Sie der ARD auch erzählen. Deswegen konnten wir uns nicht einigen, es sind einige sprachliche Formulierungen, und das ist das ganze Problem; daraus machen Sie eine nachgeholte Haushaltsdebatte und eine Intelligenzdebatte und sonst was für Veranstaltungen hier. Das finde ich relativ absurd!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die KEF, die Kommission zu Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, hat in ihrem 18. Bericht festgestellt – und zwar ausdrücklich und nicht zwischen den Zeilen –, dass die Arbeit der öffentlichrechtlichen Sender mit der GEZ-Gebühr nach ihrer Meinung und Einschätzung so knapp auskömmlich zu finanzieren ist. Dem haben wir nicht widersprochen, dem wollen wir auch nicht widersprochen, dem wollen wir auch nicht widersprechen. Sie hat auch ausdrücklich festgestellt, dass der ARD-Finanzausgleich in seiner jetzt gültigen Gestaltung die Lebens- und Funktionsfähigkeit der kleinen ARD-Anstalten – das sind Radio Bremen und der Saarländische Rundfunk – nicht sicherstellen kann. Das steht wortwörtlich darin, also nicht irgendwo zwischen den Zeilen.

Die KEF bestätigt, dass Radio Bremen – auch das ausdrücklich ein Originalzitat! – "gravierende Sparmaßnahmen" umgesetzt hat und sich die Finanzlage des Senders aber dennoch "verschäft" hat. Radio Bremen bekommt aus dem Finanzausgleich etwa 26 Millionen Euro im Jahr, etwas weniger als der Saarländische Rundfunk, von einem Gesamtgebührenaufkommen für die ARD von 5,5 Milliarden Euro.

Die KEF hat die ARD – wiederum ausdrücklich und wörtlich – gemahnt, die kleinen Anstalten finanziell in der Zukunft besserzustellen und handlungs- und überlebensfähig zu machen. Das entspricht genau der Forderung der Ministerpräsidentenkonferenz vom Oktober und den Bemühungen des Senats und den

(A) Bemühungen des Bremer Vertreters in der KEF, unserem ehemaligen Staatsrat Hubert Schulte, die alle seit Langem eine Verbesserung des ARD-Finanzausgleichs für Radio Bremen einfordern und die das im vergangenen Herbst noch einmal bekräftigt hatten. Auch die ARD teilt diese Einschätzungen im Grundsatz, sonst hätte sie die ARD-internen Kredite für die Jahre 2013 und 2014 gar nicht bewilligt.

Also, bis klar ist, wie sich der neue GEZ-Beitrag auf die Einnahmen der ARD wirklich auswirkt, und bis ein neuer Finanzausgleich verhandelt und beschlossen ist, sollten wir nicht warten, sondern weiter argumentieren und appellieren. Aber wir müssen denen nicht sagen, was sie tun müssen, und wir müssen denen auch nicht vorwegnehmen, wie sie rechnen sollen. Das ist Frau Motschmanns Milchmädchenveranstaltung, und ansonsten hat es einfach, glaube ich, keinen Sinn, es ist nicht unsere Aufgabe, den ARD-Finanzausgleich zu konzipieren, und zum Glück auch nicht Ihre!

Es sind sich in der Analyse und im Ziel auch alle einig, jetzt muss der Weg dorthin errechnet werden. Wir gehen – anders als Sie offenbar – ganz sicher davon aus, dass der Senat dieses Ziel mit der Bürgerschaft teilt und dass er sich dafür einsetzt. Das halten wir für selbstverständlich, und deshalb halten wir es nicht für notwendig, das noch einmal zu beschließen. Der Senat hat mit Hubert Schulte – das habe ich gerade schon gesagt – einen in der medienpolitischen Welt wirklich bestens vernetzten Fachmann aus Bremen in die KEF geschickt, auch das ist, glaube ich, ein gutes und deutliches Zeichen, was wir da erreichen wollen. Außerdem halten wir es nicht für so klug, der ARD aus Bremen vorschreiben zu wollen, wie der Finanzausgleich geht.

(Abg. Strohmann [CDU]: Der ARD nicht, den Ministerpräsidenten!)

Den Ministerpräsidenten wollen wir das auch nicht vorschreiben!

Natürlich muss man etwas fordern, wenn man etwas erreichen will, aber man muss auch gesprächsbereit bleiben und einen gemeinsamen Plan machen. Man kann den ersten Schritt tun, bevor man den zweiten tut und ruft, hoppla, jetzt kommt Bremen, und wir hätten es gern einmal so. Das ist der einzige Dissens zwischen Ihren und unseren Formulierungen. Im Ziel sind wir uns tatsächlich einig, das haben Sie uns in den Diskussionen über Ihren Antrag übrigens auch gesagt.

Vielleicht können wir noch kurz überlegen, warum wir uns da eigentlich so einig sind. Die Koalition, die CDU, die Linkspartei und die Ministerpräsidenten aller Länder, die KEF und die ARD, das ist ja eine ganz schöne Koalition. Aus Bremer Sicht ist das klar, Radio Bremen ist ein ganz wichtiger Teil der politischen und der demokratischen Infrastruktur in

unserem kleinen Land und für das Umland auch. Nicht zuletzt ist Radio Bremen ein großer Arbeitgeber, auch für die Ausgegründeten, auch für die Freien – ich bin dann ja doch auch ein Vertreter der Freien –, und kann, glaube ich, auch wieder ein interessanter, spannender, wichtiger Netzwerkknoten – mehr, wenn Sie mich fragen, und wirksamer, wenn Sie mich fragen – für die Kreativwirtschaft in Bremen werden, wenn der Sender nicht mehr nur hauptsächlich um das Überleben kämpfen müsste.

(Glocke)

Ich bin sofort fertig! Dann haben die anderen ARD-Anstalten auch etwas davon, für die ist Radio Bremen zumindest ein Stück weit dasselbe in der ARD, was Bremen im Bund ist, ein Akteur, der die Stimme der Städte in den Bund trägt. Radio Bremen ist wie Bremen ein kleiner Vorreiter in einigen Bereichen für das große Ganze, manchmal auch ein Experimentierlabor mit allen Risiken.

Radio Bremen hat immense Sparmaßnahmen umgesetzt, in zeitgemäße Betriebsstrukturen investiert und diese verändert, hat inzwischen ein crossmediales, übergreifendes Arbeiten etabliert. Zumindest ab und zu – und in Zukunft hoffentlich mit dem neuen Programmdirektor Jan Weyrauch wieder spürbarer als in den vergangenen Jahren – wird hier auch wieder ein richtig innovatives Programm erarbeitet und experimentiert mit einer Platt-App für Herrn Imhoff, mit einer Web-Tagesschau, dem Stream-Sender Bremen Vier Next, mit der Digitalen Garage als Formatlabor, mit dem digitalen Newsdesk als neue Arbeitsform.

(Glocke)

Es ist nicht immer attraktiv und einfach, das wissen wir in Bremen sehr gut, eine verhältnismäßig große altehrwürdige gewachsene Verwaltungs- und Anstaltsstruktur zu verändern und mit neuen Angeboten zu kommen. Da hat Radio Bremen an best practice, glaube ich, inzwischen einiges zu bieten, viel gelernt und auch viel zu lehren. Den Kollegen der etwas behäbigeren großen und komplizierteren Anstalten, denen können sie zeigen, wie man es macht und auch wie man es vielleicht besser nicht macht. Dazu sind Labore da, und wir wollen Radio Bremen auf diesem Weg stützen und darin bestärken! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Joachim.

Staatsrat Dr. Joachim: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wurde hier vieles gesagt, und man hat den Eindruck, dass hier sehr große Einigkeit herrscht bis auf die Tatsache, dass man meint,

(D)

(D)

(A) hier Leute zum "Jagen tragen" zu müssen. Radio Bremen ist von zentraler Bedeutung für das Land Bremen, es gibt auch kaum einen Sender, der so mit der Region verwurzelt ist, wie es bei Radio Bremen der Fall ist.

Dass Radio Bremen erhebliche Sparanstrengungen geleistet hat und Erhebliches von den Mitarbeitern für den Erhalt des Senders geleistet wurde, ist hier auch mehrfach gesagt worden und ebenso, dass dies ausdrücklich und auch im Gegensatz zu anderen ARD-Anstalten von der KEF gewürdigt wurde. Der KEF-Bericht sagt aber auch, dass vor dem Hintergrund des neuen Beitragsmodells vorerst trotz eines anerkannten Mehrbedarfs die Gebührenbeiträge zurzeit nicht angehoben werden sollen. Was eine gute Nachricht für die Bürgerinnen und Bürger ist, stellt die Anstalten vor neue, weitere Herausforderungen.

Der KEF-Bericht sagt auch, dass die Schmerzgrenzen gerade für die kleinen Anstalten erreicht sind, das ist nicht nur Radio Bremen, Radio Bremen besonders, es ist aber auch der Saarländische Rundfunk. Er sagt, dass durch weitere Einsparungen und kleinteiligere Maßnahmen dauerhaft die Existenz dieser Anstalten, die auch wichtig für den ARD-Verbund sind, nicht gewährleistet werden kann. Damit ist offensichtlich, dass der bisherige Finanzausgleich einer grundlegenden Überarbeitung bedarf, dafür bedarf es aber auch einer Basis.

(B) Ganz wichtig hierfür ist die Evaluation mit dem neuen Beitragsmodell, und darauf ansetzend haben die Ministerpräsidenten und die ARD verabredet, dass eine Evaluation zu erfolgen hat und im Oktober des Jahres 2014 über ein neues Beitragsmodell, über den Finanzausgleich zu verhandeln ist. Insofern ist es falsch, jetzt schon, ohne diese Ergebnisse zu berücksichtigen, ohne die Auswirkungen, die mit dem neuen Beitragssystem verbunden sind, pauschale Forderungen aufzustellen. Insofern steht eine Ablehnung des 16. Rundfunkänderungsstaatsvertrags schon deshalb nicht zur Debatte, weil ein solcher noch nicht vorliegt – auch das ist gesagt worden – und niemand weiß, was darin zu stehen hat.

Der unter den Ländern verabredete Weg sieht vor, dass das bisherige Ausgleichssystem fortzuführen und auf Grundlage des neuen Beitragssystems zu evaluieren, notfalls mit kurzfristigen Maßnahmen nachzusteuern und dann grundlegend neu zu verhandeln ist. Diesen Weg wird Bremen weiter aktiv verfolgen und bei den Neuverhandlungen des Finanzausgleichssystems im Jahr 2014 die Interessen des Landes und von Radio Bremen mit Nachdruck vertreten. Ich würde mich freuen, wenn dieser Weg nicht nur dadurch unterstützt wird, dass bei Radio Bremen weiterhin ein gutes, sparsames Programm gemacht wird, sondern dass auch bei den Länderkollegen für den Erhalt von Radio Bremen weiter geworben wird. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN) **Vizepräsidentin Schön:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/237 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und Abg. Timke [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/304 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. Timke [BIW])

Stimment haltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksache 18/281, Kenntnis.

Interessen der Verbraucher und Verbraucherinnen in Gesetzgebungsverfahren stärker berücksichtigen

Mitteilung des Senats vom 21. Februar 2012 (Drucksache 18/255)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Ryglewski.

Abg. Frau **Ryglewski** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) es gut, dass wir uns trotz der in diesem Monat sehr vollen Tagesordnung die Zeit nehmen, die Mitteilung des Senats nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch zu diskutieren; zum einen, weil wir alle Verbraucherinnen und Verbraucher sind und damit das Thema eine entsprechend große Reichweite hat, zum anderen auch, weil Bremen hier eine echte Vorreiterrolle innehat. Bremen war das erste Bundesland, das die Berücksichtigung von Interessen der Verbraucher im Gesetzgebungsverfahren beschlossen hat. Insofern begrüßen wir als SPD-Fraktion, dass das bisher in einem Pilotprojekt erprobte Verfahren fortgeführt werden soll.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir begrüßen dies besonders, weil die Aussage, Verbraucherinnen und Verbraucher sind wir alle, ernst genommen wird. Folgerichtig wird die Verantwortlichkeit für Verbraucherschutz nicht an eine Stelle abgeschoben, sondern alle Ressorts werden in die Pflicht genommen, Gesetzesvorhaben auf ihre Relevanz für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu prüfen, und die entsprechenden Verbände und Fachkreise werden in einer Stellungnahme einbezogen.

Während der einjährigen Erprobungsphase wurde bei drei Gesetzgebungsverfahren aus zwei Ressorts festgestellt, dass sie die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher besonders berühren. Zu diesen drei Gesetzesvorhaben wurden Stellungnahmen der jeweiligen Verbände eingeholt. Insbesondere am Beispiel des Bremischen Krankenhausgesetzes wird deutlich, dass mit dem gewählten Verfahren wichtige Impulse für den Verbraucherschutz gegeben werden können, selbst wenn sie nicht unmittelbar zu Änderungen an der Gesetzesvorlage führen. Diese positive Einschätzung wird im Übrigen auch von den zuständigen Verbänden geteilt. Unser Fazit daher: Wir haben hier ein einfaches Verfahren, das, ohne großen bürokratischen Aufwand und ohne in bloßen Prüfformulierungen zu verharren, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher stärkt.

Einen Appell möchte ich zum Abschluss aber doch noch an den Senat richten: Es mag ja sein, dass in den vergangenen Jahren nur das Bau- und das Gesundheitsressort Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht haben, die die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher berühren. Ich hoffe aber, und ich bin eigentlich auch davon überzeugt, dass auch die übrigen Ressorts ihre Verantwortung für die Verbraucherinnen und Verbraucher wahrnehmen, denn nur so können wir wirksam den Verbraucherschutz in Bremen und Bremerhaven sicherstellen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächste hat das Wort der Abgeordnete Saffe.

Abg. Saffe (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir begrüßen, dass Bremen jetzt in Gesetzgebungsverfahren und Verordnungen die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher stärker berücksichtigt. Damit wird analog zur Umweltverträglichkeitsprüfung und auch zur Genderprüfung eine Art Verträglichkeitsprüfung für Verbraucher und Verbraucherinnen in die Verfahren eingebaut. Es war auch längst überfällig, die Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher in der Gesetzgebung zu berücksichtigen. Bremen folgt damit einer Entwicklung und befördert diese natürlich auch zugleich, die die Verbraucherinnen und Verbraucher stärker als jemals zuvor in ihren Bedürfnissen und Ansprüchen ernst nimmt. Sie müssen nur die Berichterstattung in den letzten Wochen Revue passieren lassen, um zu wissen, was ich meine.

(C)

(D)

Auch umgekehrt sehen sich Verbraucherinnen und Verbraucher zunehmend nicht mehr ausschließlich in der Rolle stummer Konsumenten, die kaufen, was eben angeboten wird oder was die Unternehmen wollen, was wir kaufen sollen. Es ist eher ein Trend hin zu mündigen und bewussten Verbrauchern zu verzeichnen, die sich kritisch über verschiedene Produkte informieren und dabei auch soziale und ökologische Kriterien in ihre Entscheidungen einfließen lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Diese Verträglichkeitsprüfung für Verbraucherinnen und Verbraucher, die der Senat nun einführt, stärkt diesen Prozess.

Um aber nicht zu abstrakt zu bleiben, möchte ich ein konkretes Beispiel aus der Mitteilung des Senats nennen, das gleichzeitig verdeutlicht, dass die nun beschlossene Regelung nur ein Schritt in die richtige Richtung sein kann, um Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken und zu schützen, Stichwort Bremisches Krankenhausgesetz: Hier zeigt sich, dass schön und richtig formulierte Ziele eines Gesetzes und die Realität leider häufig auseinanderklaffen können, wie es die jüngste Entwicklung beim Klinikum Bremen-Mitte zeigt. Das Gesetz verkündet hehre Ideale und Ziele, wie etwa, ich zitiere aus der Mitteilung, "leistungsfähige, eigenverantwortlich handelnde Krankenhäuser im Land sicherzustellen" oder "qualitätsgesicherte und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten" oder "Qualität der Patientenbehandlung wird sichergestellt". Da zeigen die aktuellen Vorgänge und Zustände im Klinikum Bremen-Mitte, dass die Realität bisweilen nicht geneigt oder vielleicht auch nicht fähig ist, sich an die gesetzlichen Vorgaben zu halten.

Doch dessen ungeachtet: Die Berücksichtigung der Verbraucherinteressen in Gesetzgebungsverfahren

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) ist ein Fortschritt, wir sollten nur nicht der Versuchung verfallen, uns auf einzelnen Bausteinen auszuruhen. Gesetze im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher sind notwendig und richtig. Wir wissen aber auch alle, dass Gesetze immer wieder gedehnt, umgangen und auch gebrochen werden, denken wir nur an die jüngsten Skandale bei dem Unternehmen Müller-Brot in Bayern oder bei Wiesenhof. Müller-Brot ist eine Backwarenkette in Bayern, dort wurden Mäusekot, Schnaken und Larven in den Ritzen des Holzfußbodens gefunden. Bei Wiesenhof - dieses Unternehmen ist bekannt, dazu muss ich nichts sagen – wurden in Möckern in Sachsen-Anhalt Kot oder Schwarzschimmel an den Wänden gefunden.

> Eigentlich sollen die Verbraucherinnen und Verbraucher durch Hygienevorschriften vor solchen Zuständen geschützt werden. Deshalb zeigen diese Beispiele der letzten Wochen, dass wir im Verbraucherschutz vor Herausforderungen stehen, denen wir uns besser gestern als heute stellen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Mein Fazit: Wir dürfen uns also nicht nur allein auf Gesetze verlassen und uns mit ihnen zufriedengeben. Der Verbraucherschutz sollte vielmehr auch ein Thema sein, das im politischen Alltag ganz oben auf der Agenda zu finden ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Grobien.

Abg. Frau Grobien (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die immer mehr in unserem alltäglichen Leben an Bedeutung gewinnt. Mehr Transparenz, mehr Information, mehr Sicherheit sind dabei im Vordergrund stehende Ziele. Für uns als CDU ist dabei der mündige und eigenverantwortliche Bürger immer noch von großer Bedeutung und steht dabei im Mittelpunkt.

Nun aber zu der Mitteilung des Senats zur stärkeren Berücksichtigung der Verbraucherinteressen in den Gesetzgebungsverfahren, die das Ergebnis einer einjährigen Pilotphase darstellt! Diese Pilotphase wurde in der letzten Legislaturperiode von der SPD, den Grünen und auch mit der CDU-Fraktion beschlossen, um den Bedarf an organisatorischen zusätzlichen Regelungen zur besseren Verankerung von Verbraucherinteressen in Verordnungen zu erproben und zu prüfen.

Nun kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass aus den meisten Ressorts gar keine verbraucherrelevanten Gesetze und Verordnungsverfahren gemeldet wurden. Lediglich beim spezifischen Bauordnungsrecht, beim Ladenschluss und aus dem Gesundheitsressort wurden solche Verordnungen gemeldet. Herr Saffe ist soeben schon darauf eingegangen, die Qualitätssicherung im Klinikum Bremen-Mitte zeigt ja, dass der Bedarf an zusätzlichem Verbraucherschutz dort enorm groß ist. Am Ende kommt der Bericht zu dem überwältigenden Ergebnis, dass eigentlich alles so bleiben soll, wie es ist, und wir die Pilotphase am besten so weitermachen.

Erfahrungen - auch dazu nimmt der Bericht noch Stellung - aus anderen Bundesländern gibt es da nicht, dort gibt es auch keine sogenannten Prüfstellen, und ich wäre mit zusätzlichen Prüfstellen hier in Bremen auch vorsichtig. Wie gesagt, es gibt schon die Gender- und die Mittelstandsprüfung und jetzt auch noch die Verbraucherschutzprüfung, aber auch das ist uns wichtig, und deswegen haben wir ja dem auch zugestimmt.

Mehr Transparenz, mehr Aufklärung zum mündigen Bürger, der eigenverantwortlich und selbstbewusst am Markt agieren kann, führen zum besten Verbraucherschutz, der nicht durch Bevormundung gekennzeichnet ist. Hohe Ansprüche der Verbraucher bei Service, Qualität und Nachhaltigkeit im Konsumverhalten zeigen auf, dass vor allen Dingen aufklärend agiert werden muss. Das leistet im Übrigen auch die Bremer Verbraucherzentrale mit ihrem breiten Beratungs- und Informationsangebot um Frau Czarnecki und ihr Team. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. Erlanson (DIE LINKE)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Auch wir von der LINKEN sind der Meinung, dass Verbraucherschutz gut, aber auch nötig ist. Deshalb war es ein guter Modellversuch, eine gute Pilotphase. Der Bericht hat ja gezeigt, dass es zunächst einmal wenige Anhaltspunkte gegeben hat, aber das kann sich ja mit der Zeit ändern. Deshalb sind wir auch der Meinung, dass eine Weiterverfolgung dieser Prüfung sicherlich sinnvoll und im Interesse aller Verbraucher ist. Deshalb kann ich einfach nur sagen: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es, darum weiter so! - Danke!

> (Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für die konstruktive Debatte! Es ist darauf hingewiesen

(A) worden, dass natürlich in diesem Haus das Thema Verbraucherschutz von herausragender Bedeutung ist, was nicht zuletzt dadurch deutlich wird, dass wir es hier bei sich immer wieder bietenden Gelegenheiten konstruktiv miteinander diskutieren und es in diesem Haus immer eine große Einheitlichkeit über die Themen gibt, die mit Verbraucherschutz im Zusammenhang stehen. Einige aktuelle Beispiele aus dem Nahrungsmittelbereich sind angesprochen worden

In diesem konkreten Fall geht es aber eben nicht um den Nahrungsmittelbereich, sondern es geht darum, bei Gesetzgebungsverfahren, die wir hier in der eigenen Hand haben, den Blick nicht nur für Gender- und Mittelstandsrelevanz zu schärfen, sondern auch für Verbraucherschutzproblematiken oder Verbraucherschutzthemen, wenn man es positiver formulieren will. Dabei haben wir festgestellt, dass nicht nur die Debatte in der Bürgerschaft, als der Antrag "Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher in Gesetzgebungsverfahren stärker berücksichtigen" beschlossen worden ist, schon zu einer Sensibilisierung in den Verwaltungen geführt hat, sondern dann auch die anschließende Diskussion über die Frage, wie man das implementiert, wie man es umsetzt, wie man die direkte Verbraucherrelevanz, wie man den gegebenen rechtlichen Handlungsspielraum prüft, wie man auch Auswirkungen auf Verbraucherinnen und Verbraucher erfasst und wie man die Abwägung zwischen den Zielen beziehungsweise der beabsichtigten Wirkung der Rechtsvorschrift und der Benennung von jeweiligen Handlungsalternativen organi-

Wir wollen hier kein, und das kommt nach meiner festen Überzeugung auch in der Mitteilung zum Ausdruck, bürokratisches Monster aufbauen, das am Ende über jedes Gesetzgebungsverfahren mehrfach darüber geht und damit zusätzliche Bürokratie und zusätzlichen Aufwand erzeugt, sondern wir sind der festen Überzeugung, dass wir das Interesse, das die Bremische Bürgerschaft und der Senat in seiner Gänze daran haben, die Verbraucherrelevanz bei allen Gesetzgebungsverfahren im Blick haben müssen. Das bedeutet dann eben logischerweise, dass in den Verwaltungen auch in dieser Art und Weise gearbeitet werden muss. Man muss es den Verwaltungen anheimstellen, dem zu folgen, und ansonsten die üblichen Instrumente in das Feld führen, mit denen man es durchsetzen kann.

Deswegen haben wir uns zu einer freiwilligen Herangehensweise entschlossen, die dazu führt, dass die Verwaltungen einschätzen – so wie sie es bei den anderen Themen auch machen –, ob es Verbraucherrelevanz hat, und dann entsprechend in die Befassung mit Fachkreisen beziehungsweise auch der in Bremen hoch engagierten Verbraucherzentrale eintreten. Sie sollen dann eben dazu kommen, sich die Themen anzusehen, zu bewerten, ob es Einwendungen gibt, ob es Fragestellungen gibt, die sich daraus ergeben, die aus der Sicht der Verwaltung die einen

sind, aus Sicht von Verbraucherschutz andere sind, und daraus dann entsprechend positive Schlüsse zu ziehen.

Wir haben Ihnen dargestellt, dass die Selbstmeldung der Ressorts dazu geführt hat, dass nur zwei der Ressorts der Auffassung waren, bei ihren Gesetzesvorhaben sei der Verbraucherschutz direkt betroffen, auch in dem Sinne des Vorschlags der Bürgerschaft. Es hat unbürokratisch, gut, zielgerichtet funktioniert, es hat zu der nötigen Sensibilisierung beigetragen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir deswegen, nachdem das Projekt Ende 2011 ausgelaufen ist, dieses Verfahren weiter fortführen können. Wir und auch die Abgeordneten müssen immer im Blick haben, an welchen Stellen man dieses Instrument noch weiter schärfen kann oder möglicherweise muss. Wir sind an dieser Stelle natürlich auch auf Ihre Anregungen, Ihre Rückmeldungen und natürlich auf die Rückmeldungen der schon eingebundenen Verbände und der Verbraucherzentrale angewiesen.

Nach meiner festen Überzeugung ist das aber der richtige Schritt, weil wir bei allem, was wir machen, immer im Blick haben müssen, dass das eine oder andere Problem, wenn man sich im Vorhinein ein bisschen weitergehende Gedanken macht und es auf Verbraucherrelevanz abprüft, schon gesehen werden und dann unter Umständen im Vorfeld abgestellt werden kann. Insofern kann man einen guten Beitrag für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Bremen dazu leisten, auf der einen Seite etwas Sinnvolles zu machen und auf der anderen Seite damit auch eine weitere Ebene hineinzubekommen, in der man nach Fehlern und Problemen sucht und versucht, diese möglichst im Vorfeld abzustellen.

Insofern herzlichen Dank für die breit getragene Initiative des Hauses! Wir werden Sie natürlich über den weiteren Fortgang auf dem Laufenden halten. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 18/255, Kenntnis.

Bedingungen für Standortgemeinschaften (BID) verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 21. Februar 2012 (Drucksache 18/264)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner, ihm beigeordnet Herr Staatsrat Dr. Heseler.

(D)

(D)

(A) Die Beratung ist eröffnet.

(B)

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. Kottisch (SPD)*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist das Bremische Gesetz zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren, das die Basis für die Bildung von sogenannten Standortgemeinschaften, BID, begründet. BID steht für Business Improvement Districts, und ich finde, das klingt als verkürzte Form, BID, viel schöner, wir können aber auch Standortgemeinschaften sagen.

Im Zuge der Bearbeitung dieses Antrags habe ich mich noch einmal gefragt, wie es zur Bildung dieser BID kommt. Es ist folgendermaßen: Aufgabenträger, das kann jede Person sein, die Mitglied der Handelskammer Bremen oder der IHK Bremerhaven ist, können einen Antrag bei der Aufsichtsbehörde, hier in Bremen beim Senator für Wirtschaft, stellen. Hierfür benötigt der Aufgabenträger die Zustimmung von mindestens 15 Prozent der Eigentümerinnen und Eigentümer des definierten Standorts, die zugleich mindestens 15 Prozent der Grundstücksflächen repräsentieren müssen.

Ein BID kommt letztendlich zustande, wenn die vollständigen Auftragsunterlagen für einen Monat öffentlich auslagen und weniger als ein Drittel der betroffenen Laden- und Immobilieneigentümer des definierten Standorts, entweder nach Anzahl oder nach Fläche, widersprechen. Bei einem BID werden sodann alle Eigentümer des definierten Standorts für einen definierten Zeitraum zur Finanzierung von Maßnahmen herangezogen, die den Standort im Sinne aller aufwerten. Die Maßnahmen werden von den Standortgemeinschaften selbst entwickelt, entschieden, die deren Umsetzung beauftragen.

Das Wesentliche ist, dass durch die Arbeit des BID Wirtschaftskraft und Konkurrenzfähigkeit des Standorts gestärkt werden, die Nachteile einer städtischen Struktur gegenüber großen Shoppingzentren kompensiert werden und dabei das Trittbrettfahrertum Einzelner verhindert wird.

(Beifall bei der SPD)

Somit wird zumindest in der Theorie dem Phänomen des klassischen Marktversagens erfolgreich begegnet.

In der Tat arbeiten derzeit zwei BID in Bremen zur mehrheitlichen Zufriedenheit der organisierten Mitglieder und betroffenen Eigentümer. Es ist zum einen das BID Ansgarikirchhof, das für drei Jahre gegründet wurde und im Oktober des laufenden Jahres endet, sowie das BID Das Viertel, das für fünf Jahre gegründet wurde und noch bis Oktober 2014 läuft.

Allerdings haben sich durch die Erfahrungen, die im Zuge der Arbeit dieser BID – oder Standortgemeinschaften – gesammelt wurden, einige Defizite beziehungsweise Verbesserungspotenziale gezeigt, die wir mit unserem heutigen Antrag ansprechen möchten. So wird die gezielte Ansprache der Mitglieder eines BID durch die Aufgabenträger zum Beispiel durch datenschutzrechtliche Bestimmungen erschwert. Es ist einfach schwer, bestimmte Immobilieneigentümer zur Mitarbeit aufzufordern oder zu bestimmten Maßnahmen zu befragen, wenn man diese nicht kennt beziehungsweise deren aktuelle Kontaktdaten nicht hat.

Des Weiteren werden geplante Maßnahmen des regional recht großen BID Das Viertel etwa durch unterschiedliche baurechtliche Einstufungen von Ostertor und Steintor erschwert. Ostertor ist baurechtlich anders eingestuft als Steintor, und deshalb lassen sich dort schwer andere Aktivitäten baurechtlicher Art umsetzen. Ferner wäre unseres Erachtens eine Überprüfung sinnvoll, ob beziehungsweise in welcher Form Eigentümer von Wohnimmobilien mit einbezogen werden, da sich bei diesen nicht unbedingt eine gemeinsame Interessenlage mit den Eigentümern von Gewerbeimmobilien voraussetzen lässt.

Fakt ist, wir möchten, dass das Instrument der Standortgemeinschaften fortgeführt wird, und auch die Standortgemeinschaften haben zum Ausdruck gebracht, ihre Arbeit fortsetzen zu wollen.

Wir bitten deshalb mit diesem Antrag den Senat, eine Novellierung des Gesetzes zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren, insbesondere vor dem Hintergrund der hier eben genannten Aspekte, zu prüfen. Wenn wir schon einmal bei der Prüfung dieses Gesetzes sind, dann möchten wir zugleich weitere Aspekte abgeprüft wissen, zum Beispiel möchten wir auch wissen, ob sich das Instrument der Standortgemeinschaften gegebenenfalls auf andere Bereiche übertragen lässt. Uns fallen da zum Beispiel Gewerbestandorte, etwa solche mit einem hohen Anteil der Kreativwirtschaft, oder auch touristisch beziehungsweise freizeitorientierte Gebiete, wie etwa die Discomeile, ein. Mein Kollege Senkal berichtete gestern, dass im Zuge der Discomeile auch Gespräche laufen, sich stärker zusammenzutun, stärker etwas gemeinschaftlich zu machen, und vielleicht geht das ja auch in Richtung Standortgemeinschaft.

Zum Schluss möchte ich noch einmal betonen, dass wir in den BID – beziehungsweise Standortgemeinschaften – eine riesige Chance sehen, die Beteiligung der Menschen vor Ort an der Entwicklung ihrer Gebiete zu organisieren und in diesem Zusammenhang Rechte und Pflichten in solidarischer Weise miteinander zu verbinden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass es nottut, insbesondere in Zeiten verstärkter Demokratieansprüche und knapper Kassen. – Vielen Dank!

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kommt das Wort Einzelhändler von einzeln handeln? Aus eigener Erfahrung weiß ich, manchmal ja! Aber das fröhliche Netzwerkknüpfen erleichtert das Überleben und die bereichernde Kommunikation vor Ort. Kooperation ist wichtig für die Stärkung und Revitalisierung von Innenstädten, Stadtteilzentren, Wohnquartieren und Gewerbezentren. Das Bremische Gesetz zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren ist eine gute Basis zur Förderung privater Eigeninitiativen von Unternehmern vor Ort, Einzelhändlern, Grundeigentümern, Gastronomen und Dienstleistern.

Dies ist eine besondere Form von Public Private Partnership mit verhältnismäßig wenig Public, aber großen Effekten auch für die Stadtentwicklung und den Standorterhalt. Das Public beschränkt sich hier auf die Rechtsetzungsbefugnis und die Abgabenerhebung. In fast allen Bundesländern sprießen diese hoffnungsvollen BID-Pflanzen zahlreich, nur Berlin und die neuen Bundesländer fremdeln noch ein wenig mit diesem Instrument. In Bremen waren wir eigentlich ziemlich weit vorn, wir waren eines der ersten Bundesländer, die solch ein Gesetz auf den Weg gebracht haben. Es war damals eine sehr lebhafte Diskussion, ich war da mit einem Bereich, den ich mit vertrete, mit der Wachmannstrasse, dabei. Wir nannten uns damals die BID-Primaten, die also versucht haben, hier dieses Thema auf den Weg zu bringen.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Das zweite Wort ist geblieben!)

Primaten kommt natürlich von die Ersten, Herr Strohmann, das haben Sie sich bestimmt gedacht, nicht wahr?

(Abg. Strohmann [CDU]: Ich habe nichts gesagt!)

Diese BID sind natürlich ein ganz dynamischer Prozess, weil sich ständig etwas an den Standorten verändert, und daher finde ich es sehr wichtig, dass wir dieses Instrument jetzt weiterentwickeln. Wir haben mit dem, was wir jetzt vorgeschlagen haben, versucht, ein bisschen aus den Erfahrungen zu lernen, die dort gemacht worden sind. Herr Kollege Kottisch hat schon

die Kritik angesprochen, die in dem Gerichtsurteil betreffend das BID Das Viertel geübt worden ist, dort ist die mangelnde Homogenität bezweifelt worden. Ich habe ein bisschen ein Problem damit, eine Homogenität zwischen gewerblichen Immobilienbesitzern und privaten Immobilienbesitzern festzustellen. Das ist in Einzelfällen vielleicht so möglich, aber ich sehe, dass dort keine Interessengleichheit vorhanden sein kann.

(C)

(D)

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Nichtsdestoweniger kann es sein, dass es auch für private Immobilienbesitzer sinnvoll ist, dass sie mit solch einem Instrument Privatinitiative zeigen können. Daher haben wir das Instrument Housing Improvement District, kurz HID genannt, mit in die Diskussion eingebracht. Es kann eine spannende Weiterentwicklung sein. Eines, denke ich, haben wir daraus auch gelernt: Ursprünglich waren diese BID einmal dafür gedacht, in Randbezirken problematische Bereiche aufzuwerten. Ich glaube, das kann man sich abschminken, und das haben wir, glaube ich, auch in Bremen erfahren. Es sind die Standorte, denen es eigentlich sowieso schon gut geht, die dieses Instrument benutzen.

Wenn wir wirklich Gebiete, die in ihrem Überleben bedroht sind, erhalten wollen, dann müssen wir uns bessere Sachen überlegen, dort sind die BID mit Sicherheit kein gutes Instrument. Sie sind aber eine Möglichkeit des Standorterhalts und für die Verbesserung von Standorten, und sie sind eben auch etwas, das wir in Bremen – ich sage nur die Stichworte Bürgerpark, Kunsthalle – auch als Tradition pflegen, nämlich die Eigeninitiative vor Ort. Daher sind sie weiter zu unterstützen und weiter zu entwickeln. Wir verbessern durch die Förderung dieser Innovationsbereiche die Selbstheilungskräfte und Abwehrkräfte vor Ort.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mehr Kommunikation und Homogenität hilft aber dieser Innovation. Das Hilfsmittel Standortgemeinschaften – ich finde es, im Gegensatz zum Kollegen Kottisch, viel hübscher als BID, und wir sollten es einfach Standortgemeinschaften nennen – ist wirklich ausbaufähig, und es verdient unser aller Unterstützung! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grobien.

Abg. Frau **Grobien** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Anliegen der

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Regierungsfraktionen, die Bedingungen für Standortgemeinschaften, sogenannte Business Improvement Districts, zu verbessern, findet die Zustimmung
der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Der rechtliche Rahmen für diese Standortgemeinschaften wurde im Jahr
2006 während der Großen Koalition mit dem Bremischen Gesetz zur Stärkung der Einzelhandels- und
Dienstleistungszentren geschaffen. Vorhin berichtete
mir noch Herr Kastendiek, die eigentliche Idee sei
auf einer Reise mit Abgeordneten nach New York geboren worden, wo man sich vor Ort einen Eindruck
verschafft hat. Dort gibt es enorm viele, Times Square,
Madison Avenue, Park Avenue, alle in Form eines

Auch mir persönlich liegt dieses Thema sehr am Herzen, konnte ich doch die Anfänge dieser Idee im Rahmen meiner Tätigkeit bei der Wirtschaftsförderung Bremen intensiv begleiten. Gut erinnere ich mich allerdings auch noch an die zähen und schwierigen Verhandlungen innerhalb der Lenkungsrunden mit den beteiligten Ressorts Wirtschaft, Bau und Finanzen.

Business Improvement Districts sind ein vielversprechendes Instrument, um innerstädtische Lagen zu vitalisieren. In den Siebziger- und Achtzigerjahren versuchte man in Kanada und in den USA mit dem Modell, der zunehmenden Verödung der Innenstädte entgegenzuwirken. Das erste BID in Deutschland wurde im Jahr 2005 in Hamburg-Bergedorf gegründet, und das wohl prominenteste BID ist der Neue Wall, ebenfalls in Hamburg. Dort wird ein enormes Attraktivierungspotenzial aufgezeigt.

(B)

Business Improvement Districts sind echte PPP, Öffentlich-Private Partnerschaften, in denen öffentliche Rechtsbefugnisse und private Initiativen zusammenwirken können. Durch die gesetzlich legitimierte Ausweitung der Verantwortung für die Quartierentwicklung von kommunalen auf private Akteure können BID auch als pragmatisch-wegweisende neue Instrumente des Urban Governments angesehen werden. Durch BID entstehen dem Bürger Teilhabemöglichkeiten am und im öffentlichen Raum. Dahinter steht so etwas wie ein Leitbild einer unternehmerischen Stadtpolitik, die mittlerweile deutschlandweit, auch das wurde schon gesagt, und auch weltweit an Bedeutung gewinnt.

Doch von der großen, weiten Welt zurück nach Bremen! In Bremen gibt es nun seit sechs Jahren die gesetzliche Grundlage, und trotzdem gibt es bisher lediglich zwei BID, und die sind auch noch sehr unterschiedlich aufgestellt. Das BID Ansgarikirchhof ist eher klein, hat relativ wenige Beteiligte und umfasst auch nur eine recht überschaubare Grundstückseigentümerstruktur. Das BID im Viertel, also Steintor/Ostertor, besitzt eine eher heterogene Eigentümerstruktur und umfasst einen großen räumlichen Geltungsbereich. Die Einführung und Umsetzung war gerade in diesem Bereich sehr problematisch und auch in Teilen mit Klagen behaftet.

Überzeugend war für viele Akteure und Antragsteller der Ausschluss des sogenannten – auch das hat Herr Kottisch schon gesagt - Trittbrettfahrerproblems, dabei handelt es sich um Einzelhändler, die sich nicht finanziell an Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität ihres Straßenzugs beteiligen wollen, aber trotzdem am Erfolg dieser Maßnahmen partizipieren. Ein negatives Beispiel hierfür, und das kennen wir ja auch alle noch insbesondere hier aus Bremen, ist die alljährliche Diskussion über die Finanzierung der Weihnachtsbeleuchtung in der Obernstraße oder auch im Ostertor. Bei den BID wird Trittbrettfahrerei dadurch verhindert, dass die Zustimmung von zwei Dritteln der Anlieger zur Errichtung des Innovationsbereichs ausreicht und eine Bindung für alle Eigentümer in dem Gebiet entfaltet.

In Ihrem Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren der Regierungsfraktionen, erteilen Sie dem Senat zahlreiche Prüfaufträge, durch welche Maßnahmen sich die Gründung und Akzeptanz von BID verbessern ließe. Dies ist folgerichtig, da, wie gesagt, die ersten Gründungen durchaus holprig und mit einigen Problemen behaftet waren. Bei der Einbeziehung von freiwilligen Standortgemeinschaften in Punkt 1 f Ihres Antrags war ich mir noch nicht ganz im Klaren darüber, wie Sie es gemeint haben, aber hier denke ich an den Verein Wachmannstraße von Herrn Saxe. Damals ist ja auch überlegt worden, dort ein BID einzurichten, das scheiterte aber an der Akzeptanz der Anlieger, eine gesetzliche Verpflichtung einzugehen. Sie treiben den Senat mit diesem Antrag zu zügigem Handeln und zum Abbau der Hemmnisse für privates Engagement im Rahmen von BID an. Wir unterstützen dies und stimmen dem Antrag deshalb zu!

Zwei Punkte könnten allerdings in meinen Augen noch mit in die Begutachtung einbezogen werden. Die Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing hatte im Rahmen der Anhörungen zum BID-Gesetz angeregt, nicht nur Grundstückseigentümer, sondern auch die von der Errichtung eines Innovationsbereichs profitierenden Einzelhändler mit heranzuziehen, wodurch diese natürlich auch entsprechende Mitspracherechte gehabt hätten. Ich finde, das System der Abgabenerhebung hätte man durchaus auch noch einmal in den Prüfauftrag einbeziehen können.

Ebenfalls hätte ich mir gewünscht, einmal zu beleuchten, wie Interessenkonflikte zwischen den Zielen des Aufgabenträgers und der eigentlichen Standortgemeinschaft frühzeitig vermieden werden können. Wir kennen das Problem, das entsteht, wenn während der Laufzeit in einem Innovationsbereich Maßnahmen umgesetzt werden und dann die Interessenlagen auseinandergehen. Es muss vermieden werden, dass bei den nächsten BID-Gründungen wieder mit Klagen gerechnet werden muss.

Im Übrigen sind wir auf die Antwort des Senats auf den Prüfauftrag gespannt und freuen uns, wie gesagt, auf den Bericht.

(Beifall bei der CDU)

(A) **Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernhard.

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dann wollen wir doch einmal ein bisschen Wasser in den Wein gießen, denn wir sind ganz und gar nicht der Meinung, dass es eine positive Entwicklung ist, diese Business Improvement Districts bei uns zu manifestieren. Wir halten das für eine völlige Fehlentwicklung in der Stadtentwicklungspolitik.

Um was geht es denn hier? Menschen mit Eigentum entscheiden darüber, wie es in ihrem Stadtviertel aussieht. Was steht im Mittelpunkt? Wenn wir es uns anschauen, ist es im Wesentlichen eigentlich eine unsoziale und auch deutlich undemokratische Herangehensweise.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Manchester-Kapitalismus!)

Ich finde total spannend, dass das jetzt bundesweit sprießt, aber das ist kein Wunder, denn wir haben ja klamme Kassen, und deswegen ist es jetzt im 21. Jahrhundert auch in den bundesrepublikanischen Kommunen und Städten angekommen. Insofern finde ich es ganz interessant, auch einmal zu schauen, wie die Erfahrungen in anderen Ländern sind. Darauf hat die Kollegin von der CDU durchaus hingewiesen, nur hat sie nicht darauf hingewiesen, dass es in der ganzen Entwicklung auch Schattenseiten gibt, und diese Schattenseiten bedeuten letztendlich Ausgrenzung.

Alles, was Sie hier als kreativ und interessant anführen und wozu Sie sagen, hier haben wir endlich einmal die Möglichkeit, auch in Eigeninitiative bestimmte Dinge zum Tragen kommen zu lassen, hat Kehrseiten. Ich kann es mir in den einzelnen Schichten richtig vorstellen: Die SPD findet es völlig super, weil man ja kein Geld hat, die Grünen finden die Eigeninitiative und das Bürgerengagement hervorragend, und man hat auch ein paar Gewerbetreibende mit dabei, und die CDU ist sowieso dafür, weil es PPP ist!

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind auch Menschen, übrigens!)

Ja, das stimmt, das möchte ich gar nicht in Abrede stellen!

Ich fand auch den Satz mit den "BID-Primaten" ganz interessant, er hat mir sehr gut gefallen, denn wenn man sich einmal die geschlechterspezifischen Varianten, die darin mitspielen, ansieht, haben bei uns gemeinhin Männer das Eigentum. Das heißt, letztendlich kommen Frauen darin nicht so furchtbar häufig vor, und die Quote ist sofort niedriger. Bei Migrantinnen und Migranten ist es ja ganz ähnlich.

Was ich Ihnen aber eigentlich sagen will, ist, dass die Auswertungen uns immer wieder vor Augen führen, dass es zu einer Entmischung führt. Man ist in den Vereinigten Staaten und auch in Großbritannien zu einer Variante zurückgekehrt, die diese Entwicklungen sehr kritisch sieht. Glücklicherweise, muss ich sagen, sind wir hier erst in den Kinderschuhen, und ich kann sagen, wenn es um Graffiti-Beseitigung und die Weihnachtsbeleuchtung geht, finde ich es noch relativ uninteressant.

Interessanter wird es natürlich, wenn es sich weiterentwickelt! Es gibt millionenschwere BID in den Vereinigten Staaten, das wissen wir auch. Sie fangen an, ein eigenständiger Player zu werden, und sie werden irgendwann auch Ansprüche stellen. Dies hat in Großbritannien auch sehr gut funktioniert, dort müssen sich umgekehrt inzwischen längst die lokalen Regierungen finanziell beteiligen! Es ist ja nicht so, dass solch eine Entwicklung irgendwie im Nichts endet und gesagt wird, es ist ganz wunderbar, wenn bei uns die Straßenlaternen immer wieder repariert werden. Ganz so unterentwickelt ist es nicht. Wenn ich mir anschaue, dass wir demgegenüber WiN-Gebiete haben, in denen tatsächlich im Konsensprinzip über Statteilbudgets entschieden wird, dann ist das, finde ich, in Abgrenzung dazu eine sehr positive Geschichte.

(Beifall bei der LINKEN)

Das nächste BID, das in der Planung ist, ist die Sögestraße. Da ist noch einmal ganz interessant zu wissen, worum es eigentlich geht: Sicherheit, Sauberkeit und die starke Herausstellung der Schweinegruppe! Das finde ich total großartig!

(Abg. Hinners [CDU]: Haben Sie etwas dagegen?)

Genau in diese Richtung geht es: Security! Schauen Sie sich einmal an, wie sich das in den Vereinigten Staaten inzwischen entwickelt hat! Wachdienste, die natürlich entsprechend bezahlt werden, et cetera, das folgt irgendwann. Man kann nur sagen, dass wir letztendlich eine Art von Clean-and-Chic-Quartieren haben werden, und das, was Sie sich eigentlich an Kreativität und Unterschiedlichkeit erhoffen, ist interessanterweise zu einem totalen Einheitsbrei geworden. Diese Quartiere respektive Stadtteile gleichen sich in einer Weise an, die geradezu erschreckend ist. Diese Entmischung und Zuspitzung können wir nicht unterstützen! – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. Kottisch (SPD)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst noch einmal zur

(D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Kollegin Grobien! Vielen Dank für die Zustimmung, es freut uns natürlich sehr! Das Konzept der Standortgemeinschaften ist ein Erfolgskonzept, denke ich, und der Erfolg hat am Ende immer viele Mütter und Väter, das ist so, und ob es nun in New York oder bei Herrn Saxe im Weinkeller entwickelt wurde, ist eigentlich völlig egal! Es ist gut, dass es entwickelt wurde und dass wir es hier haben.

Ich kann mich noch gut entsinnen, dass wir es damals parlamentarisch gegen den großen Widerstand, ich sage es einfach einmal so, vieler Verwaltungsbereiche durchgesetzt haben. Es ist über alle Fraktionen hinweg gemeinsam durchgesetzt worden, und umso mehr freue ich mich, dass wir es heute mit dieser breiten parlamentarischen Mehrheit auch weiterentwickeln wollen,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

mittlerweile übrigens auch mit einer großen Unterstützung seitens der Verwaltung, und das freut mich besonders.

Die Einlassungen von Frau Bernhard kann ich nicht so richtig verstehen. Ich fand sie ziemlich konfus und habe nicht verstanden, ob Sie es gut fanden oder nicht. Sie haben sich, glaube ich, da auch widersprochen. Zum einen befinden wir uns hier nicht in New York, schon gar nicht in der Bronx, zum anderen haben Sie gesagt, dass die Eigentümer bestimmen, was in ihren Revieren passiert. Es gelten dort nach wie vor die Strafprozessordnung, die Straßenverkehrsordnung und alle anderen gesetzlichen Bestimmungen, das Parlament und auch die Beiräte verlieren ihre Rechte nicht

(B)

Es geht nicht darum, dass Eigentümer auf einmal über ihre Reviere bestimmen. Das ist völliger Blödsinn, wenn ich das einmal so sagen darf. Es geht darum, dass sich dort die Menschen – und Eigentum verpflichtet! – Gedanken machen, wie das Eigentum erhalten werden kann, und dass die Menschen sich eben nicht, wie Sie behaupten, auseinanderentwickeln, sondern zusammen etwas entwickeln und auch ein Gemeinschaftsgefühl entwickeln. Wie man dagegen sein kann, kann ich mir überhaupt nicht vorstellen.

Wir finden es gut, und wir wollen es weiterentwickeln!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner: Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlichen

Dank für die Debatte! Wenn man einmal mit den Beteiligten durch das Viertel geht und sich vor Ort anschaut, wie sich das Thema BID positiv entwickelt hat, wie es seine Wirkung entfaltet, dann wird deutlich, dass die Diskussion und auch der Anstoß in diesem Haus wichtig waren.

Man findet es natürlich an der einen oder anderen Stelle immer wieder, dass nicht alle Interessen in die gleiche Richtung gehen, dass der eine oder andere unter dem Dach des BID nicht die gleichen Interessen hat wie die anderen. Das gehört dazu. Es bedeutet allerdings, da das Instrument erfolgreich ist und es an den beiden Stellen, an denen wir es in Bremen bisher machen, auch gut funktioniert, dass wir dazu kommen müssen, noch mehr Menschen mitzunehmen, noch mehr Betroffene über die Vorteile, die das BID ihnen bietet, zu beraten, und dass wir natürlich insofern aus der einen oder anderen Erfahrung der vergangenen Jahre gelernt haben. Deswegen herzlichen Dank für diesen Antrag, herzlichen Dank auch für die weitgehend breite Unterstützung! Frau Bernhard kann sich ja noch einmal vor Ort darüber informieren, wie gut es funktioniert.

Wir werden das BID-Gesetz entsprechend überarbeiten. Wir befinden uns seit Mitte letzten Jahres bereits in der Evaluation und werden im Herbst dann den Vorschlag hier einbringen. Dazu gehört dann natürlich auch eine vereinfachte Weitergabe von Eigentümerdaten, die wir ermöglichen wollen, die aber bisher ein Problem darstellt. Natürlich werden wir es, wie es in Bremen traditionell üblich ist – ich glaube, wir haben ja auch noch die Debatte zu den Kameras in den Rettungswagen –, in guter Übereinstimmung mit dem Datenschutz.

Wir werden natürlich das Thema Wohneigentum angehen und das BID-System davon befreien. Wir wollen es ebenfalls ermöglichen, dass sich auch Gewerbegebiete in dieses System hineinbegeben können, weil wir der festen Überzeugung sind, damit ein gutes Modell gefunden zu haben, das ist hier auch in diesem Haus breit von allen Seiten bestätigt worden.

Insofern freue ich mich auf die Debatte und das Gesetz im Herbst und darauf, dass es anschließend ebenso erfolgreich wird, wie das Thema bisher gelaufen ist. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/264 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Abg. Timke [BIW])

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Wirtschaftliches Potenzial des Fahrradtourismus für das Land Bremen erschließen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 21. Februar 2012 (Drucksache 18/265)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. Kottisch (SPD)*): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Tourismus – und ich denke, darüber sind wir uns hier im Haus auch mittlerweile uneingeschränkt einig – ist zu einem sehr wichtigen Wirtschaftsfaktor in Bremen geworden. Damit verdienen rund 33 000 Menschen ihren Lebensunterhalt, und es wird ein Bruttoumsatz von 1,7 Milliarden Euro erwirtschaftet. Bei einem Bruttoinlandsprodukt Bremens in Höhe von 27 Milliarden Euro entspricht das einem Anteil von immerhin 6,3 Prozent, das ist nicht wenig. Aus den Umsätzen der Branche ergeben sich Steuererlöse, die für uns als Haushaltsnotlageland sehr wichtig sind, und zwar im Jahr 2011 circa 21 Millionen Euro, und dazu kommen dann noch die Steuern der Beschäftigten der Branche.

Wir hatten in der Stadt Bremen im letzten Jahr erstmals mehr als 1,5 Millionen Übernachtungen und im gesamten Bundesland knapp zwei Millionen Übernachtungen. Der Großteil dieser Übernachtungen sind solche von inländischen Besuchern. Die Anzahl der Übernachtungen durch Geschäftsreisende, die häufig wegen der attraktiven Messen und Kongresse nach Bremen kommen, ist mit 70 Prozent zwar sehr hoch, dennoch nehmen auch die Übernachtungen bei den Freizeittouristen zu, und auch der Tagestourismus entwickelt sich positiv. Besonders freut es mich, dass Bremen auch bei der jungen Zielgruppe als attraktiver Eventstandort zunehmend geschätzt wird. Vor einigen Wochen haben wir in diesem Haus beschlossen, dass diese Zielgruppe beim Stadtmarketing künftig noch stärker einbezogen und ihr eine noch größere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll.

Heute möchten wir uns einem besonderen Segment des Tourismus widmen, das unseres Erachtens ein großes, noch nicht erschlossenes Potenzial aufweist, dem des Fahrradtourismus.

(Beifall bei der SPD)

Für Unterkunft, Verpflegung, kulturelle und touristische Angebote geben Fahrradtouristen nach Einschätzungen des ADFC durchschnittlich mehr Geld als andere Reisende aus. Des Weiteren reisen Fahrradtouristen auch gern außerhalb der Hauptsaison, tragen also zu einer besseren Verteilung der Einnahmen bei. Das sind positive Voraussetzungen.

Bremen und Bremerhaven verfügen auch dank ihrer Lage am Weserradweg, ihrer attraktiven Innenstädte sowie eines interessanten Umlandes mit den Flüssen Lesum und Wümme über beste Voraussetzungen, um an diesem Zukunftsmarkt mit einem großen Anteil zu partizipieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei der Informationszentrale des Weser-Radwegs, dem WeserKontor, bedanken. Sie haben mir, nachdem sie erfahren haben, dass wir das heute hier debattieren, ein wunderbares Informationspaket mit einem Video und einem Ratgeber zukommen lassen. Ich habe vieles gelernt. Ich habe unter anderem gelernt, dass man auch ein Weser-Radweg-Diplom machen kann, das sehr viel Spaß macht. Ich habe gelernt, dass es Wesertaler aus Silber zu gewinnen gibt, und ich habe gelernt, dass der Weser-Radweg bereits im Jahr 1992 offiziell eröffnet wurde und seitdem zu den Top-Radwegen gehört.

(Abg. Willmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das ist so! Fahren Sie ihn einmal!)

Was den Informationen auch zu entnehmen war, ist, dass auch wieder ein gemeinsames Engagement vieler Landkreise, Städte und Gemeinden dazu geführt hat, dass wir hier einen großen Erfolg vorweisen können. Ich möchte an dieser Stelle den Handelnden meinen Glückwunsch aussprechen und weiterhin guten Erfolg wünschen!

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, darauf lässt sich gut aufbauen, und Bremen tut gut daran zu schauen, wie man das noch stärker verwenden und darauf aufbauend vielleicht auch noch stärker vermarkten kann. Insbesondere Bremen-Nord, das bis heute meines Erachtens trotz hoher getätigter Investitionen nicht ausreichend von der bisherigen positiven Entwicklung des Tourismus in Bremen profitiert,

(Beifall bei der CDU)

könnte meines Erachtens durch eine optimierte Strategie vom Fahrradtourismus profitieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen) (D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Die Nordbremer sind unter uns, ja?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie kann das gehen? Das ist vielleicht nicht ganz unwichtig. Was muss getan werden? Wir meinen, zur Stärkung des Fahrradtourismus bedarf es neben einer gut befahrbaren und erreichbaren Verkehrsinfrastruktur auch passender Dienstleistungsangebote sowie einer zielgruppengenauen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. In den Reiseportalen, in den Routenplanersystemen müssen natürlich möglichst viele Anlaufpunkte Bremens wiederzufinden sein. So interessante Standorte wie beispielsweise die Überseestadt oder der Vegesacker Hafen, um wieder BremenNord zu nennen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU – Abg. Frau N e u m e y e r [CDU]: Ja! Recht hat er!)

aber auch, um Bremerhavener Punkte zu nennen, die Havenwelten oder der Fischereihafen müssen gut erreicht und einfach wahrgenommen werden können. Mit dem Fahrrad kann man das auch alles wunderbar erkunden, denn mit dem Fahrrad durch die Überseestadt zu fahren, ist ein ganz anderes Gefühl, als da mit dem Auto durchzubrausen.

(B) (Abg. Tschöpe [SPD]: Besonders bei Regen!)

Bei Regen nimmt man ein überdachtes Fahrrad, Herr Saxe kennt da sicherlich die Einzelheiten, wie man das macht!

Was uns auch noch wichtig ist: Wir möchten die Vernetzung sämtlicher Verkehrsträger. Es ist uns wichtig, dass das Fahrrad kombiniert werden kann mit dem Auto, mit der Bahn, mit dem Schiff, ganz wichtig auch aufgrund der wunderbaren Wasserwege, aber auch mit dem Flugzeug und hier vor Ort auch mit dem ÖPNV, also mit Bus und Straßenbahn. Die Vernetzung trägt meines Erachtens auch ganz erheblich dazu bei, dass das Fahrrad dann noch stärker als Verkehrsmittel akzeptiert wird, sowohl im Tourismusbereich als auch darüber hinaus.

Des Weiteren sollen Radmietsysteme entwickelt, geschützte Fahrradparkplätze geplant und entsprechende Infrastrukturen für E-Bike-Nutzer vorgesehen werden. Das ist eine Tendenz, die sich im Moment auch ganz hervorragend entwickelt. Diese Gefährte sind mittlerweile ganz erschwinglich, und, ich meine, da sollte Bremen auch ganz weit vorn dabei sein.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Glocke)

Ich höre die Glocke hinter mir, daher mein letzter Satz!

Wir meinen, dass für diesen spannenden und zukunftsträchtigen Markt des Fahrradtourismus kurzfristig Maßnahmen aufgezeigt werden müssen; deswegen haben wir den Antrag auch in der Form formuliert. Wir wünschen uns mittelfristig ein Konzept, das alle hier vorgeschlagenen, im Antrag dargelegten Maßnahmen berücksichtigt, möchten aber, wie gesagt, vorher auch schon einmal das eine oder andere umsetzen. Auf die Diskussion der Ergebnisse, die uns hier erfreuen werden, bin ich jetzt schon gespannt, und ich freue mich auf die Diskussion. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bremen ist eine Hauptstadt des Rads. Logisch, das behaupten die Grünen, werden Sie sagen. Das sagen wir zwar tatsächlich schon länger, diesmal stammt das Zitat aber von unserem Wirtschaftssenator Herrn Günthner aus einem Interview mit der Zeitschrift "Pedal".

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Hinners [CDU]: Damit wird die Behauptung aber nicht richtiger!)

Doch, die Behauptung ist schon ziemlich richtig, das werde ich auch gleich darlegen!

Es ging selbstverständlich um Fahrradtourismus. Hauptstadt des Rads, das kann man mit Fug und Recht behaupten! In keiner Stadt mit über 500 000 Einwohnern gibt es einen derartigen Fahrradanteil wie bei uns von ungefähr 26 Prozent. In Bremerhaven ist das zwar noch nicht ganz so stark, aber der Anteil steigt dynamisch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Solch ein Image als fahrradfreundliche Kommune hilft sehr bei der Entwicklung des Fahrradtourismus. Wenn Fahrradfahren alltäglich ist, gestaltet sich die Servicekette entsprechend gut. Die Nummer eins im Norden sind wir. In der Tat haben wir mit einem Anteil der Fahrradreisenden von 5,3 Prozent unter den Tagestouristen doppelt so viele wie Hamburg und liegen 0,8 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jedoch, ehrlich gesagt, so richtig prall sind diese Zahlen irgendwie nicht. Alle Experten sprechen von

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) den großen Potenzialen des Fahrradtourismus, in den Köpfen der Planer und Marketingstrategen ist das aber nicht angekommen. Ich habe mit Frau Bangel, der Referentin für Fahrradtourismus beim ADFC, gesprochen. In Bremen und Bremerhaven ist es leider so wie in fast allen Kommunen, beim Tourismusmarketing wie beim Standortmarketing kommt der Fahrradtourismus kaum vor. Wenn dann ein maßgeblicher Entscheider unserer Tourismuszentrale Bremen nur als Quellgebiet des Fahrradtourismus beschreibt, ist das weder besonders schlau noch zutreffend und weitblickend schon gar nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Potenziale in Bremen sind eigentlich, finde ich, toll. Wir haben acht überregionale Routen, wir haben den Weser-Radweg, einen der meist genutzten Radwege, die es in Deutschland gibt, es ist landschaftlich total reizvoll, wir haben eine wunderbare Hotellerie und einen sehr guten Handel. Alle profitieren von diesen Touristen, und trotzdem ist bisher relativ wenig passiert.

Die Defizite sind unübersehbar. Die Angebote sind verstreut und unübersichtlich für Radtouristen. Gebündelte Informationsangebote sucht man vergeblich und findet sie allenfalls beim ADFC. Die Infrastruktur für den Fahrradtourismus an spannenden Punkten ist von großen Barrieren geprägt. Nennen wir einmal die Überseestadt oder die Domsheide als echtes Fahrradmobilitätshindernis, um von der Innenstadt in das Viertel zu gelangen! Auch die Havenwelten und der Fischereihafen in Bremerhaven sind kein richtiger Quell der Freude für interessierte Fahrradtouristen. Aufgefallen ist mir, dass es keine offizielle Route auf der rechten Weserseite in Bremen gibt, die insbesondere die Überseestadt in das Fahrradwegenetz führt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Doch ich denke, wird das Problem erkannt, wird das Problem dann auch irgendwann gebannt. Die Potenziale sind von allen erkannt worden. Wir müssen, denke ich, noch viel tun, damit das hier ein Wallfahrtsort der Fahrradtouristen wird, dass sie nicht nur von hier wegfahren, sondern auch hierher kommen. Es lohnt sich aber, denn, wie der Kollege Kottisch das schon gesagt hat, sie geben ungewöhnlich viel Geld aus, wenn sie denn einmal dahin kommen, wo wir sie gern haben wollen, nämlich nach Bremen und Bremerhaven.

Die Potenziale und Defizite für die Weiterentwicklung des Fahrradtourismus sind also groß, aber es ist ein sehr lohnendes Ziel, denn dieser Fahrradverkehr insgesamt nützt unserer Gesellschaft, unserer Umwelt, dem Klima und erhöht die Lebenserwartung der Fahrradfahrer und Fahrradtouristen. Wenn man länger fährt, werden die Glückshormone Endorphin und

Adrenalin ausgeschüttet, und man hat sehr viel weniger Stress dabei.

Bei einer Recherche bei Radio Bremen habe ich noch Folgendes gefunden: Nach Angaben der WHO könnten 95 000 von 100 000 Bypassoperationen von Menschen verhindert werden, wenn sich das Radfahren wieder selbstverständlicher sowohl in den Alltag als auch in den Urlaub einbringen ließe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

So viel zum Abschluss als Beitrag zum gesundheitlichen Potenzial des Fahrradtourismus für das Land Bremen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Weser-Radweg gehört zu den attraktivsten Radwanderwegen in Deutschland.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Radfahrer finden hier Ruhe und Erholung in abwechslungsreicher Landschaft. Ich bin selbst auch schon einmal – man soll es nicht glauben – diese Strecke gefahren. Überwiegend abseits von Hauptverkehrsstraßen auf gut befahrbaren Strecken erschließt sich den Radfahrerinnen und Radfahrern eine vielfältige Landschaft unserer schönen Heimat zwischen Bremen und Bremerhaven.

Bremen gilt als ein großes kulturelles Highlight auf dieser Strecke. Viele Radfahrer legen in unserer schönen Hansestadt eine Pause ein. Bremen profitiert davon, sie übernachten in unseren Hotels, sie trinken ein Bier an der Schlachte oder ein Alster – so ist das Alster ja entstanden –, gehen essen im Schnoorviertel und besuchen unsere Kultureinrichtungen. Das Gleiche gilt übrigens auch für Bremerhaven: Fahrradtouristen sind ein großer Gewinn auch für unsere Seestadt.

Bremen könnte sich aber für Fahrradtouristen noch viel attraktiver machen, denn der Radwanderweg führt nur links der Weser entlang. Es muss gelingen, mehr Fahrradtouristen dazu zu bewegen, die Weser zu überqueren. Rechts der Weser muss viel mehr passieren, nach Bremen-Nord zum Beispiel kommen kaum Radler!

(Beifall bei der CDU und bei dem Bündnis 90/ Die Grünen)

Darüber hinaus muss Bremen schauen, wo die Trends hingehen und dass wir diese Trends letztlich

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) nicht verschlafen. E-Bikes sind immer stärker im Kommen. Mit Elektrofahrrädern können auch Senioren mobil viel besser unterwegs sein. Auch können viel längere Strecken mit E-Bikes zurückgelegt werden, sodass die Radien der Fahrradtouren sich auch verändern, und darauf muss man sich einstellen. Damit Bremen auch hier den Anschluss nicht verliert, muss auf diese Entwicklung früh reagiert werden. Ich weiß, dass auf kommunaler Ebene überlegt wird und Pläne gemacht werden, wie die Infrastruktur ausgebaut werden kann, wo man zum Beispiel sein E-Bike aufladen und Akkus wechseln kann. Dazu gibt es Pläne, und, ich glaube, da muss Bremen als Oberzentrum auf diesem Gebiet eine wichtige Rolle spielen.

Der vorliegende Antrag zeigt wichtige und gute Ansätze auf, um den Fahrradtourismus zu stärken und auszubauen. Wir werden ihn daher auch mittragen und sind damit einverstanden!

Ich möchte allerdings noch zwei Punkte ansprechen! Der eine ist folgender: Sie haben ja im Beschlusstext geschrieben, dass wir in sechs Monaten einen Bericht mit den ganzen Prüfaufträgen erwarten. Ich hoffe nur, dass es nicht nur bei einem schönen Bericht bleibt, sondern dass wir dann auch gemeinsam in die Umsetzung gehen, denn wir brauchen Taten und nicht nur Berichte und Worte. Wir sind da aber an Ihrer Seite.

Eine Sache möchte ich noch erwähnen: Uns wurde ja vor zwei oder drei Jahren das Landestourismuskonzept vorgestellt. Darin stand ja, glaube ich, fast gar nichts über den Fahrradtourismus, genauso wie deswegen wahrscheinlich auch nicht viel über Bremen-Nord darin stand. Ich glaube schon, dass wir perspektivisch noch einmal überlegen müssen, ob wir jetzt zu dem einen oder anderen Punkt noch zusätzliche Anträge, Prüfaufträge und Konzepte schreiben oder ob wir nicht gemeinsam herangehen wollen, dieses doch relativ schwache Landestourismuskonzept zu überarbeiten. Wie gesagt, es ist ein guter Schritt, den wir unterstützen. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernhard.

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein rundheraus erfreulicher Antrag! Wir können das auch nur unterstützen.

Ich möchte Folgendes sagen: Wir hatten vor zwei Jahren einen Antrag, das sagen auch die Annalen der Bürgerschaft, Fahrradnutzung stärken, der abgelehnt wurde. Deswegen finden wir es total gut, dass das jetzt hier wieder aufgenommen wird. Da kann ich nur sagen: Prima, das Eldorado der Fahrradstadt!

Wenn ich nach Bayern fahre und meine Familie besuche, dann denke ich mir immer, um Himmels Willen, das ist ja in Bremen wirklich großartig, wie wir hier eigentlich fahren. Ich bin selbst passionierte Fahrradfahrerin, insofern kann ich nur sagen, das ist ganz gut. Da ich hier aber, wie gesagt, täglich unterwegs bin, stelle ich auch fest, dass es Defizite gibt, und, ich finde, die sind hiermit aufgefangen. Insbesondere auch die innenstadtnahen Abstellmöglichkeiten, hier unter Punkt 2 h, sind etwas, das mich gleich spontan angesprochen hat. Da muss ich sagen: Hervorragend!

Ich hoffe tatsächlich, und da kann ich Herrn Strohmann nur recht geben, dass wir auch in die Umsetzung kommen sollten und nicht nur in die Prüfung, und ich würde mich freuen, wenn das relativ bald geschieht. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. Kottisch (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich noch einmal ganz kurz auf drei Aspekte hinweisen darf, erstens auf die Freude, dass wir jetzt wirklich mit der ganzen Bandbreite dieses Hauses diesen Antrag beschließen können. Zweitens hatte ich vergessen, vorhin darauf hinzuweisen, dass wir eine tolle Fahrradmesse haben, die auch im Zusammenhang mit der Outdoormesse stattfindet, und drittens auch schon einiges getan wird. Also, wer sie nicht kennt und noch nicht dort war, der sollte sich unbedingt dort einmal anschauen, was dort alles möglich ist.

Ein bisschen Sorge habe ich, dass die Finanzsenatorin heute hier ist.

(Abg. Frau S c h m i d t k e [SPD]: Die fährt doch gern mit!)

Nicht vor dem Hintergrund, dass Sie hier sind, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sondern ich möchte jetzt schon darauf hinweisen, dass wir einer Fahrradbesteuerung zumindest am Anfang mit großer Kritik begegnen würden! Wir werden prüfen, ob es nachher so erfolgreich ist, und wir überlegen, ob wir die Fahrradfahrerinnen und -fahrer oder die Fahrräder besteuern oder gar die Helme, was den Sicherheitsaspekt beträfe. Ich denke, wir müssen das ganz kritisch prüfen.

(Bürgermeisterin Linnert: Ich bin für die Klingeln!)

Einverstanden, aber Klingeln müssen sein!

(Bürgermeisterin L i n n e r t : Steuern auch!)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ich denke, wir haben hier einen schönen Antrag auf den Weg gebracht, und danke für die breite Zustimmung! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für diese sehr anregende Debatte! Herrn Strohmann gebe ich – ich habe mir das soeben aufgeschlagen – die Seite 26 im Tourismuskonzept 2015 als Lesetipp mit, auf der ausdrücklich darauf abgehoben wird, dass Fahrradtourismus ein wichtiges Marktsegment ist, und ebenfalls darauf abgehoben wird, dass wir als eine der Maßnahmen den Ausbau des überregionalen Radwegenetzes links und rechts der Weser und an der Lesum ins Auge fassen wollen. Insofern können Sie das noch einmal nachlesen. Damit geht Ihr Vorwurf, wir hätten uns des Themas nicht angenommen, ins Leere.

Im Übrigen bin ich Ihnen für die weitgehend ideologiefreie Debatte – ich will das einmal so positiv hervorheben – dankbar. Wir wollen uns dem Thema Fahrradtourismus vor allem annähern, weil wir festgestellt haben, dass es von den Hoteliers in Bremen und den Menschen, die nach Bremen kommen, nachgefragt wird, dass Fahrradtourismus insbesondere auch im Segment von größeren Reisegruppen, im Segment von Pauschalreisen eine Rolle spielt, dass Fernradtouren angeboten werden, beispielsweise über den Weser-Radweg, die Bremen-Celle-Tour oder den Brückenradweg. Dementsprechend wird sowohl bei der DEHOGA eine stärkere Nachfrage nach diesen Angeboten verzeichnet als auch bei der BTZ.

Wir haben ein hohes Interesse daran, weil in Bremen doppelt so viele Menschen im Zusammenhang mit dem Fahrrad touristisch aktiv sind wie in unserer befreundeten Nachbarstadt Hamburg und acht Prozent mehr als in anderen Bundesländern. Deswegen wollen wir dieses Segment weiter stärken. Dazu gehört insbesondere, dass wir auch klare Marketingstrategien entwickeln wollen.

Wir haben im vergangenen Jahr in meinem Haus insbesondere ein Gutachten in Auftrag gegeben, in dem wir uns mit dem Gesamtthema Fahrradtourismus beschäftigt haben. Wir wollen uns anschauen, wie man Kooperationen mit anderen Städten und Regionen ins Auge fassen kann, die ähnliche Angebote beabsichtigen, wie man Kombi-Angebote, Bike und Bahn, Bike und Schiff, möglicherweise auch Bike and Fly, anbieten kann. Vielleicht kann der eine oder andere, der mit Ryanair nach Bremen gebracht wird, auch dann mit dem Fahrrad die acht Minuten vom Flughafen in die Stadt fahren

(Abg. Strohmann [CDU]: Nein, den nehmen die nicht mit!)

(C)

(D)

und findet interessante Routen. Dafür muss man dann aber natürlich eine entsprechende Infrastruktur mit den entsprechenden Fahrradangeboten vorhalten. Man muss sich da natürlich auch das Thema E-Bike in anderer Weise anschauen, als das bisher der Fall ist. Man muss sich Abstellmöglichkeiten, auch darauf ist bereits abgehoben worden, anschauen.

Es ist natürlich darüber hinaus notwendig, dass man durch eine enge Einbindung aller Akteurinnen und Akteure in diesem Bereich, auch der Hotels, dafür Sorge trägt, dass es entsprechende Serviceleistungen gibt und dass wir im Fahrradtourismus – weil Bremen offenbar, und das haben ja die Menschen, die hierher kommen, mit den Füßen abgestimmt, hoch attraktiv für Menschen ist, die ihren Urlaub mit dem Fahrrad verbringen wollen – weitere Angebote schaffen.

Dann müssen wir eben auch schauen, und das ist die Frage insbesondere auch in Richtung Bremen-Nord, welche Alleinstellungsmerkmale man in der Region herausbilden kann, die dann gerade für Fahrradtouristen attraktiv sind, die gerade für Menschen attraktiv sind, die auf der einen Seite mit dem Fahrrad die Natur erfahren wollen, die sich aber auf der anderen Seite auch dann möglicherweise im Spicarium oder im U-Boot-Bunker – da ist ja die größte Fledermauspopulation Nordeuropas zu finden – weiter informieren wollen. Insofern ist das natürlich auch ein guter Anlass für Menschen, die dann naturkundlich unterwegs sein wollen, sich auch diesem Thema anzunähern.

Wenn man ein bisschen anfängt, darüber nachzudenken, was für Möglichkeiten Fahrradtourismus bietet und welche Themen sich damit verknüpfen, und wenn man feststellt, dass wir in Bremen verrückt wären, wenn wir uns dieses Themas Fahrradtourismus nicht auch aktiv annehmen würden und es auch als großes Wachstumsfeld sehen würden, dann sehen Sie, welche Chancen darin liegen.

Insofern bin ich Ihnen für den Antrag dankbar! Ich bin Ihnen dafür dankbar, dass wir in den kommenden sechs Monaten dieses Thema jetzt auch in der Breite aufarbeiten – ich denke, auch gemeinschaftlich mit den vielen Akteurinnen und Akteuren, die es in diesem Feld gibt – und dann am Ende des Jahres zu einer guten Beschlussfassung hier im Haus kommen können. Dann, finde ich, können wir dieses Thema immer wieder weitertragen, und die anderen, eher ideologiebelasteten Fragen im Zusammenhang mit dem Fahrrad diskutieren wir dann an anderer Stelle. – Herzlichen Dank für die konstruktive Debatte!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

(A) Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die letzte Bemerkung meines Kollegen Strohmann aufgreifen, in der er auf das Landestourismuskonzept verwiesen hat. Herr Senator, Sie haben ja ganz deutlich gemacht, was Sie in das Landestourismuskonzept über den Bereich Fahrradtourismus hineingeschrieben haben. Genau das ist das Problem, dabei ist es nämlich geblieben, man hat etwas ins Auge gefasst, aber es ist nicht umgesetzt worden.

Jetzt einmal hier unter uns: Wenn man sich den Rest des Landestourismuskonzepts anschaut, werden wir in vielen Bereichen feststellen, dass es genauso formuliert ist. Räumen Sie das Ding endlich ab, legen Sie endlich ein neues Landestourismuskonzept vor, wir benötigen es dringend! Bremen-Nord als Stichwort ist genannt worden! Sie haben ja das Glück, dass es Ihr Vorgänger gemacht hat, deswegen kann ich Sie nur bitten und auffordern: Haben Sie da keine Scheu, räumen Sie dieses überflüssige Ding ab, damit endlich konzeptionell Inhalt in diesen Bereich einkehrt! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/265 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(B)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Strafverfolgung für Beziehungsgewaltdelikte und Delikte sexueller Gewalt beschleunigen und verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 21. Februar 2012 (Drucksache 18/266)

Wir verbinden hiermit:

Ausstattung von Polizei und Justiz bei der Bearbeitung von Beziehungs- und Sexualdelikten sowie Stalking verbessern

> Antrag der Fraktion der CDU vom 21. März 2012 (Drucksache 18/320)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Böschen.

Abg. Frau **Böschen** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn jemand die Aufgabe hätte, sich ein System auszudenken, das bei einem Vergewaltigungsopfer möglichst großen traumatischen Schaden hervorruft, dann könnte dabei eine Gerichtsverhandlung herauskommen, denn die Wünsche und Bedürfnisse dieser Opfer sind den Erfordernissen eines Gerichtsprozesses meist komplett entgegengesetzt.

Opfer brauchen Anerkennung und Unterstützung, vor Gericht wird ihre Glaubwürdigkeit aber häufig öffentlich infrage gestellt. Opfer brauchen nach solch einem Ereignis die Kontrolle über ihr Leben, das Gericht verlangt aber von ihnen, dass sie sich oft einer konfrontativen Befragung unterwerfen, die sie möglicherweise nicht verstehen und über die sie definitiv keine Kontrolle haben. Das Gericht verlangt von ihnen, das Trauma noch einmal zu durchleben, und sie stehen in der Verhandlung dem Täter direkt gegenüber, obwohl sie große Angst vor ihm haben.

Wie kann aber ein Prozess aussehen, der keine weitere Traumatisierung für diese Frauen bedeutet? Dabei, meine Damen und Herren, ist Zeit ein ganz wichtiger Faktor. Ein langer Zeitraum von der Anklageerhebung bis zur Hauptverhandlung verhindert, dass mit der Verarbeitung der Tat begonnen werden kann. Er kann sogar zu Retraumatisierungen führen, und die Angst der Opfer nimmt ja erst dann ab, wenn das Verfahren abgeschlossen ist. Deshalb braucht solch ein Verfahren aus unserer Sicht eine prioritäre Behandlung.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

In diesen Verfahren sind die Strategien der Verteidigung nicht selten sehr massiv. Dazu gehören auch die Verunsicherung und die Herabsetzung der Frauen, sodass diese den Prozess oft gar nicht durchstehen. Auch der Justiz fällt der Umgang mit dem vor Gericht offengelegten Leid nicht immer leicht. Deshalb müssen Staatsanwaltschaft und Gerichte mit diesen Strategien umgehen können und auch über Traumafolgen Bescheid wissen. Sie müssen entsprechend geschult werden. Darüber hinaus sollte aber auch sichergestellt werden, dass die Staatsanwältin, die die Anklage in diesem Verfahren erhoben hat, diese auch in der Hauptverhandlung vertritt, damit das Opfer nicht immer mit neuen Personen konfrontiert ist.

Bremen hat bereits im Jahr 1984 ein Sonderdezernat bei der Staatsanwaltschaft eingerichtet, das möglichst

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) mit Frauen besetzt wurde, denn wer Opfer männlicher Gewalt geworden ist, möchte in der Regel lieber von einer Frau befragt werden. Seitdem ist nicht nur die Zahl der Anzeigen gestiegen, sondern auch die Anklagequote. Mit der frühen richterlichen Vernehmung haben wir die Möglichkeit, eine im Ermittlungsverfahren durchgeführte Vernehmung als strafrechtlich verwertbares Beweismittel für die Hauptverhandlung zu nutzen. Das sollten wir unbedingt stärker nutzen. Wir sollten aber auch Standards entwickeln, in welchen Fallkonstellationen frühe richterliche Vernehmungen grundsätzlich durchzuführen sind.

Ich möchte aber auch dem Senator für Justiz persönlich mit auf den Weg geben, dass er doch bitte prüfen mag, inwieweit es möglich ist, bei den Bremer Gerichten Strafkammern für Beziehungsdelikte und/oder sexuelle Gewaltdelikte einzurichten. Ferner wollen wir, dass für diesen Deliktbereich Vorschläge für strafverfahrensrechtliche Schutzmaßnahmen für Opferzeuginnen entwickelt werden, damit Staatsanwälte und Richterinnen in Verfahren ein Repertoire von Maßnahmen zur Verfügung haben, die sie beschließen oder beantragen können, damit sich zukünftig mehr Bremerinnen trauen, erlebte sexuelle Gewalt anzuzeigen beziehungsweise diese auch ahnden zu lassen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Nun zum Antrag der CDU! In der Einleitung stimme ich mit Ihnen in vielem überein, ich glaube, da sind wir hier im Haus ziemlich einer Meinung, aber bei den Konsequenzen des von Ihnen Geschilderten heben Sie hauptsächlich oder fast ganz darauf ab, die Personalausstattung zu verbessern. Es ist natürlich immer gut, mehr Personal zu haben, aber mir fehlt, ehrlich gesagt, die Vorstellung, wie Sie das mit Ihren Forderungen heute aus der Haushaltsdebatte in Einklang bringen wollen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Auf der einen Seite das große Wort des Sparens, auf der anderen Seite Personalerhöhungen! Ich glaube, Frau Piontkowski, dass Sie hier auch ein Stück weit zu kurz springen. Sicher ist Personalausstattung wichtig, aber ich habe versucht, in meinem Beitrag deutlich zu machen, dass es auch andere Instrumente gibt, mit denen eine Verbesserung ein Stück weit organisiert werden kann.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dogan.

Abg. Frau **Dogan** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gewalt gegen Frauen findet mitten in unserer Gesellschaft und in allen sozialen Schichten statt. Das haben wir heute Nachmittag erörtert, als wir hier den fünften Bericht zur häuslichen Beziehungsgewalt diskutiert haben. Gewalt ist für viele Frauen brutale alltägliche Realität. Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches und meiner Meinung nach ernsthaftes Problem. Ich möchte einige Zahlen nennen! Circa 40 Prozent aller Frauen werden mindestens einmal im Leben Opfer körperlicher Gewalt, jede siebte Frau hat seit ihrem 16. Lebensjahr sexuelle Gewalt in strafrechtlich relevanter Form erleben müssen, und jede vierte Frau ist Gewalt in ihrer Partnerschaft ausgesetzt.

Bei häuslicher Gewalt erleiden Frauen in der Regel nicht nur eine Form der Gewaltausübung, sie erfahren Gewalt in physischer, psychischer, sexueller, sozialer und ökonomischer Hinsicht mit entsprechend negativen Folgen. Wir wissen, dass es gerade diesen Frauen sehr schwerfällt, auch eine Strafanzeige durchzuführen, weil solche Taten oft im sogenannten Nahbereich, im privaten Bereich, geschehen. An der Stelle ist es auch nicht verwunderlich, dass Frauen es mit diesen Erlebnissen sehr schwer haben, wenn Strafverfahren viele Jahre dauern, diese Verfahren auch durchzustehen.

Wir wollen mit unserem Antrag die Strafverfolgung für Beziehungsgewaltdelikte und Delikte sexueller Art beschleunigen und verbessern!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ein Gerichtsverfahren, das sehr viele Jahre dauert, ist sehr belastend für die Opfer.

Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass ein Konzept entwickelt wird, und zwar sollen unserer Meinung nach bestimmte Punkte in diesem Konzept berücksichtigt werden. Ich möchte einige hier noch einmal erwähnen! Für uns ist wichtig, dass in diesem Konzept auch Vorschläge für strafverfahrensrechtliche Schutzmaßnahmen für Opferzeuginnen und -zeugen im Strafverfahren erarbeitet werden.

Weiterhin ist uns wichtig, darauf hat auch Frau Böschen hingewiesen, dass diese Strafverfahren zeitlich prioritär – wir wissen, Haftsachen werden immer prioritär behandelt, aber auch in einer Skala vor anderen Sachen – behandelt werden, nicht vor Haftsachen, aber vor anderen. Diese lange Verfahrensdauer führt in der Regel dazu, dass nachher die Täter nicht rechtskräftig verurteilt werden, weil Jahre dahingegangen sind und sich die Zeugen an bestimmte Dinge nicht mehr erinnern können und so weiter. Auf die frühen richterlichen Vernehmungen haben Sie auch Bezug genommen, das möchte ich nicht mehr weiter ausführen.

(D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Wir wollen ebenso, dass derjenige Staatsanwalt, der die Anklage erhoben hat, auch die Hauptverhandlung durchführt, weil es meistens so ist, dass dieser Staatsanwalt die ganze Akte oder das ganze Verfahren eher im Auge hat. Das ist aus meiner Sicht auch Erfolg versprechender, um auch eine Verurteilung herbeizuführen.

> Die CDU hat einen Antrag gestellt, gestern ist er uns vorgelegt worden, der auch das Ziel verfolgt, die Strafverfolgung zu beschleunigen und zu verbessern. Das Ziel eint uns mit der CDU, allerdings eint uns nicht der Weg. Die CDU hebt nur darauf ab, dass sie mehr Personal im Bereich der Polizei und Justiz haben will, um die Strafverfolgung in diesen Delikten zu beschleunigen und zu verbessern. Die CDU verkennt dabei aber aus meiner Sicht, dass eine bessere Ausstattung nicht gleichzeitig dazu führt, dass die Strafverfolgung dieser Delikte tatsächlich beschleunigt wird. Die Verfahren, die diese Delikte zum Gegenstand haben, sind nämlich nicht einfach für die Strafverfolgungsbehörden - Sie wissen auch, Frau Piontkowski, wie schwierig diese Delikte sind -, denn die Beweisführung ist sehr komplex, da die Opfer meistens die einzigen Zeugen der Tat sind. Die Taten geschehen in der Regel nicht auf einem öffentlichen Platz oder draußen, sondern im privaten Bereich, was natürlich dazu führt, dass die Beweisführung und Verurteilung des Täters sehr schwierig wird.

Wir dürfen aber auch nicht vergessen, finde ich und das weiß jeder, der bei Gerichten arbeitet –, dass dadurch, dass die Strafandrohung für die Täter sehr hoch ist und jene auch das Recht haben, Verteidiger zu beauftragen, diese Verfahren auch von Verteidigern nicht selten verzögert werden. Es werden Gutachten beantragt, Beweisanträge gestellt et cetera, sodass nur - und an der Stelle will ich auf den Antrag der CDU Bezug nehmen - mit einer Ausstattung mit mehr Personal bei der Polizei oder bei der Justiz aus meiner Sicht überhaupt nichts erreicht werden kann. Wir wollen, und das haben wir auch in unserem Antrag so fixiert, zunächst einmal geprüft wissen, ob es tatsächlich eine Frage der personellen Ausstattung ist, um die Verfahrensdauer in diesem Deliktfeld zu verkürzen.

(B)

Gerade in einem Haushaltsnotlageland - da haben wir hier heute Morgen ja eine lebhafte Diskussion geführt – kann man nicht einfach, finde ich, nach einer Personalverstärkung rufen, ohne vorher überhaupt geprüft zu haben, ob eine Verbesserung der Strafverfolgung nicht auch durch andere Maßnahmen erreicht werden kann. Ich zitiere zum Beispiel Frau Piontkowski – das Internet vergisst ja gar nichts, das habe ich mir ganz genau angeschaut -, wie sie unsere Finanzsenatorin kritisiert und sagt, die rotgrüne Koalition spare nicht, wir müssten noch weiter am Personal sparen. Was ich aber nicht verstehe, ist, dass Sie sich gleichzeitig, wenn Sie im Rechtsausschuss oder hier in der Bürgerschaft solche Anträge einbringen, einen anderen Hut aufsetzen und tatsächlich immer mehr Personal verlangen. Entscheiden Sie sich! Wollen Sie kürzen, oder wollen Sie mehr Personal haben?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie fordern auch in Ihrem Antrag, dass sich der Senat auf Bundesebene für weitere Verbesserungen des Opferschutzes im Strafverfahren einsetzen soll. Entsprechende Beschlüsse wurden jedoch nicht nur in dieser, sondern auch in der letzten Legislaturperiode immer wieder von uns gefasst,

(Glocke)

und sind leider nicht nur einmal an der von Ihnen geführten Bundesregierung gescheitert. Vor diesem Hintergrund halten wir Ihren Antrag

(Glocke)

leider für unbegründet und wenig Ziel führend.

(Heiterkeit)

Ich werbe bei Ihnen allen darum, dass Sie bitte unseren Antrag unterstützen, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Die Glocke kommt immer von hinten, Frau Kollegin!

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Piontkowski.

Abg. Frau Piontkowski (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es ja sehr gut, dass sich die Koalition das Thema Beziehungsgewalt und Sexualstraftaten auf die Fahnen geschrieben hat. Könnte ich etwas anderes sagen? Wenn ich dann aber die Überschrift Ihres Antrags lese, Strafverfolgung beschleunigen und verbessern, dann kann ich nur sagen, Thema verfehlt, tut mir leid, Frau Dogan! Deswegen haben wir auch einen eigenen Antrag gestellt.

Sie stellen in Ihrem Antrag Fragen, ich nehme jetzt Ihren Punkt eins, die längst geklärt sind: Warum ziehen sich Sexualdelikte und Beziehungsdelikte in der Bearbeitung hin? Das kann ich Ihnen so beantworten: Zunächst einmal gilt das nicht für alle. Sie müssen unterscheiden, es gibt große Verfahren, Vergewaltigungsverfahren, es gibt aber auch kleinere Verfahren, die relativ schnell gehen, und das ist dem

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) enormen Einsatz, dem weit überobligatorischen Einsatz der Staatsanwälte, Richter und Polizeibeamten in Bremen und Bremerhaven zu verdanken.

Die Verfahren sind wie viele andere Verfahren sehr komplex, auch das habe Sie schon selbst erkannt, dann bräuchten Sie die Frage ja eigentlich gar nicht zu stellen. Sie erhalten häufig eine Vielzahl von Einzeltaten. Wir haben es vorhin gehabt, dass es häufig sehr lange dauert, bis die Verfahren angezeigt werden, viele alte Fälle kommen auf den Tisch, Zeugen können sich teilweise schlecht daran erinnern, die Erinnerung muss hervorgerufen werden, es müssen weitere Beweismittel gefunden werden et cetera. Es müssen Dokumentationen von Verletzungen vorgenommen werden, die möglicherweise fehlen.

Wir haben Probleme damit, dass Opfer gerade in Beziehungstaten häufig ihre Aussage zurückziehen oder vielleicht auch überhaupt nicht aussagefähig sind. Wenn sie schwer traumatisiert sind, sind sie nicht in der Lage, tatsächlich eine Aussage zu machen, also muss man warten. In solch einem Fall wird eine Akte erst einmal ein halbes Jahr auf Frist gelegt, dann wird geschaut, ob das Opfer in der Lage ist, eine Aussage zu machen. Dann wird vielleicht ein Jahr später geschaut, ob das Opfer inzwischen in der Lage ist. Es muss sehr sensibel mit solchen Fällen umgegangen werden, und das kostet manchmal auch Zeit, und diese Zeit muss man sich nehmen.

Häufig können Täter auch nicht ermittelt werden, sind im Ausland oder flüchtig, auch das gibt es, auch dann dauern Verfahren. Während der Bearbeitung eines Verfahrens mögen neue Fälle hinzukommen, nehmen Sie den Stalker, der einfach nicht aufhört. Er lässt sich nicht unbedingt davon beeindrucken, dass ein Staatsanwalt ermittelt und ein Gericht möglicherweise eine Strafe ausspricht.

Ich habe Fälle gehabt, in denen das als Prüfung der Liebe angesehen worden ist, das müssen Sie sich einmal vorstellen, oder es wurden vor Gericht noch Heiratsanträge gemacht, all das gibt es. Gutachten dauern häufig relativ lange, manchmal stehen auch nicht ausreichend Gutachter zur Verfügung, das sind dann Glaubwürdigkeitsgutachten, Schuldfähigkeitsgutachten und Ähnliches. Auch die Auswertung von Spuren kann ins Stocken geraten, und dann sind wir nämlich beim Personal. Wenn bei der Polizei nicht ausreichend Menschen vorhanden sind, die auch Spuren untersuchen und sichern können, dann haben wir ein Problem.

(Abg. Senkal [SPD]: Die haben wir jetzt ja!)

Die haben wir nicht, das hat ja immer wieder gestockt! Dann haben sie zwei Leute, die das untersuchen, wunderschön!

Es gibt aber auch noch andere Spuren, die auch ausgewertet werden müssen, es gibt Computer, die

ausgewertet werden müssen, und all das dauert. Wenn Sie einmal vor Ort wären, wenn Sie damit zu tun hätten, dann würden Sie wissen, dass das teilweise erheblich dauert, und das liegt am Personal, da gibt es kein Vertun.

Wenn jetzt zusätzliche Aufgaben wahrgenommen werden, alle rühmen das Konzept HEADS, Haftentlassenendatei Sexualtäter, dann bedeutet das, dass dies aus dem bestehenden Personalbestand dargestellt werden muss. Das funktioniert nicht einfach so, das geht dann nämlich zulasten der Bearbeitung von schweren Sexualtaten, weil sich ja jemand darum kümmern muss, und das kostet Zeit, sowohl bei der Polizei als auch bei der Staatsanwaltschaft.

Allein beim K 32, das für Sexualdelikte zuständig ist, schieben die Beamten 5 000 Überstunden vor sich her. Ich meine, damit müssen Sie auch einmal irgendwie umgehen. Man kann nicht einfach sagen, das interessiert uns nicht, sie sollen das alles einmal irgendwie machen, wunderschön! Das kann doch wohl nicht wahr sein!

Wenn ich jetzt Ihren Antrag nehme, Frau Dogan, was Sie da gesagt haben, dann fällt mir dazu wirklich nichts mehr ein: Anklagevertreter sollen in der Regel auch die Anklage vertreten! Ich habe Ihnen vorhin erzählt, dass im Sonderdezernat Gewalt gegen Frauen bei der Staatsanwaltschaft an die 2 000 Verfahren im Jahr eingehen. Das Ganze macht nur zwei Drittel der Arbeitszeit eines Staatsanwaltes aus. Nun stellen Sie sich einmal vor, aufgeteilt auf drei Dezernentinnen in diesem Bereich: Die sollen sämtliche Verfahren in einer Hauptverhandlung vertreten. Das funktioniert in der Praxis nicht, Sie bringen die gesamte Gerichtsorganisation damit durcheinander. Das müssen Sie sich einfach einmal vor Augen führen, das funktioniert nicht. In großen Sachen, Sexualdelikten, Vergewaltigungsdelikten, wird das gemacht, wenn es möglich ist. Wenn aber manche Staatsanwälte drei oder mehr Verfahren, Sitzungstage in der Woche haben, dann funktioniert auch so etwas nicht.

Ein Konzept zur Bearbeitung von Sexualstraftaten haben wir bereits, Sie haben darauf hingewiesen. Im Jahr 1984 haben wir eines der ersten Sonderdezernate überhaupt in der Bundesrepublik eingeführt, zunächst zuständig für sexuelle Gewalt, dann auf Beziehungsgewalt und im Jahr 2001 auf Stalking ausgeweitet. Bremen war und ist, das muss man auch einmal positiv hervorheben, führend in diesem Bereich. Wir müssen da nicht bei null anfangen, solche Konzepte müssen weiterentwickelt werden. Die Vorschläge aber, die Sie dazu machen, sind meines Erachtens so nicht geeignet.

Sie sagen, Sie wollen möglichst früher richterliche Vernehmungen durchführen, das alles ist ja schön und gut. Wissen Sie, dass es zwei Vorermittlungsrichter gibt? Wenn Sie das alles enorm ausweiten wollen, dann brauchen Sie dazu auch Personal. Das ist nun einmal so, Sie können in einer Vernehmung nicht sa(D)

(A) gen, das Opfer muss jetzt schneller sprechen, weil die Zeit dazu nicht vorhanden ist, das funktioniert nicht. Ich will nur sagen – ich höre jetzt erst einmal auf, ich hätte noch einiges zu sagen –, das ist der Grund, warum wir als CDU sagen, das Personal muss dafür bereitstehen, sonst funktioniert auch Ihr ganzes Konzept, das Sie da erarbeiten wollen, hinten und vorn nicht.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernhard.

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, wir sind in der Sachfrage eigentlich gar nicht so weit auseinander. Ich kann letztendlich mit beiden Anträgen etwas anfangen. Ich finde sehr gut, dass es eingebracht worden ist und kann mich der Situationsbeschreibung meiner Kollegin Frau Böschen weitgehend anschließen. Ich finde es vollkommen richtig so!

Zu dem Antrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen sage ich, es geht in die richtige Richtung zu sagen, wir schauen uns das an und möchten dieses Konzept auch weiterentwickeln, schließlich ist die Zeit nicht stehengeblieben. Insofern finde ich, ist diese Perspektive zu unterstützen. Ein bisschen Sorge macht mir, dass es darum geht zu sagen, prüfen wir, wieder sicherzustellen, schauen wir uns an. Gerade hier ist der Zeitfaktor angesprochen worden, wobei ich finde, das dauert vielleicht wieder ein bisschen zu lange, bis wir ein Stück weiterkommen. Das ist das, was mir daran nicht gefällt.

(B)

Mit einer Forderung nach mehr Personal haben wir erfahrungsgemäß weniger Probleme als die CDU. Ich kann insofern auch sagen, das ist für uns nichts Inkonsistentes, sondern entspricht genau dem, es ist vollkommen richtig! Es stimmt, es zieht sich ja durch, dass man sagen kann, das Personal ist kein Wert an sich, aber in sehr vielen Fällen haben wir genau dieses Problem, nämlich dass es fehlt. Wir haben unglaublich viele Stellen, an denen wir das feststellen. Wenn ich mir das anschaue, ob das jetzt von den Kliniken bis zu den Kindergärten und den Schulen ist, Sie wissen selbst, wo es überall zwickt, und hier zwickt es eben auch. Insofern halte ich auch diese Forderung für richtig und nicht erst zu sagen, wir machen ein neues Konzept und überprüfen das, sondern wir brauchen auch dieses Personal, weil der Zeitfaktor ganz wesentlich davon abhängt.

Beide Seiten haben hier ganz intensiv vorgetragen, dass es ein großes Problem für die Opfer ist, sich tatsächlich lange mehr oder weniger damit auseinanderzusetzen. Der Belastungsfaktor ist extrem. Ich glaube, dass wir hier sehr spezifisch vorgehen müssen, das halte ich auch für richtig. Wir brauchen in-

sofern auch spezifische Strafverfahren und auch spezifisches Personal. Es ist nämlich nicht nur eine Frage der Quantität, sondern auch der Qualität. In beiden Punkten haben wir meines Erachtens zu wenig.

Wir stimmen dem Antrag von Rot-Grün zu. Wir stimmen auch dem CDU-Antrag bis auf den Punkt drei zu, den ich gern herausnehmen würde. Darin geht es eben um diese Personaldatei, das würde ich gern aus datenschutzrechtlichen Gründen anderweitig diskutieren. Insofern beantrage ich getrennte Abstimmung bezüglich Punkt drei! Ansonsten geht es in die richtige Richtung. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Piontkowski.

Abg. Frau **Piontkowski** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin eben nicht ganz fertig geworden. Das ist immer etwas schwierig, wenn das Herzblut doch an solchen Verfahren hängt.

Ich wollte eine Sache zu dem sagen, was Sie in Ihrem Antrag haben, Frau Dogan, die zeitlich prioritäre Fallbearbeitung in Beziehungsgewaltdelikten! Ganz ehrlich, das ist eine Sache, die sehr unrealistisch ist. Sie selbst haben gesagt, wenn Haftsachen vorhanden sind, sind Haftsachen zeitlich prioritär zu bearbeiten. Wir haben das Thema auch im Rechtsausschuss gehabt. Dort haben Sie eine zeitlich prioritäre Bearbeitung bei Verfahren gegen Rechts verlangt. Dazu ist Ihnen von der Generalsstaatsanwältin deutlich gesagt worden, unter welchen Voraussetzungen Verfahren prioritär bearbeitet werden. Wenn die Zeit, wenn das Personal und die Stunden dafür vorhanden sind, dann wird das auch gemacht, das ist nun einmal so. Aber viele Staatsanwälte, viele Richter arbeiten in den Abendstunden und am Wochenende, nehmen sich Urlaub, um Akten zu bearbeiten. Das müssen Sie mir einfach glauben! Wenn Sie wirklich einmal im Gericht sind und Sie sehen das, ich habe das wirklich Jahre erlebt, dann glauben Sie mir auch einmal, dass das tatsächlich so ist.

Ich möchte noch eine andere Sache ansprechen, die wichtig ist, wenn Sie dann dabei sind, ein Konzept zu erarbeiten, das es schon gibt. Wenn Sie aber dieses Konzept weiterentwickeln wollen, dann sollten Sie die Frage der Supervision auch für Staatsanwälte und Richter aufnehmen; das ist in dem Bericht "Häusliche Beziehungsgewalt" auch zum Ausdruck gekommen. Das wäre eine Sache, die mir sehr am Herzen liegt und bei der ich darum bitten würde, dass Sie das vielleicht auch in Ihre Überlegungen mit aufnehmen. Das gibt es bei Psychologen, bei Beratungsstellen gibt es das, überall, dass auch entlastende Gespräche für diejenigen dabei sind, die mit solchen Fällen umgehen. Sie haben völlig zu Recht gesagt, es ist nicht einfach, mit solchen Verfahren auch

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) fertig zu werden. Wenn ein Staatsanwalt, ein Richter keine Möglichkeit hat, irgendwo auch einmal über seine Belastungen zu reden, dann ist das sehr schwierig.

Eine Sache, die hier mehrfach zum Ausdruck gekommen ist, war die Frage des Opferschutzes und was man da tun kann. Ich kann mich daran erinnern, vor ungefähr zwei Monaten haben wir hier eine Debatte über Opferschutzbeauftragte geführt. Darin haben wir als CDU gefordert, dass einer da ist, der die Opfer an die Hand nimmt, der sie begleitet, der so eine Art psychosoziale Prozessbegleitung macht. Ich hatte damals gesagt, so etwas gibt es in Niedersachsen, das gibt es auch in anderen Ländern, das wäre eine gute Sache gewesen. Dann können nämlich genau solche Probleme vermieden werden, dass Opfer zum wiederholten Mal zum Gericht müssen, denn auch das ist belastend, gerade wenn sie von außerhalb wieder hierher reisen und sehr oft aufgerufen werden. Das sind Probleme für die Opfer, die damit nicht klarkommen können: Warum muss ich jetzt an einem Tag für eine Stunde vor Gericht, dann am nächsten Tag wieder für eine Stunde vor Gericht? All das sind wirklich Probleme, die man aufgreifen sollte.

Eine Antwort möchte ich Ihnen natürlich auch nicht schuldig bleiben, das ist die Frage der Finanzierung, das wird ja immer wieder angesprochen. Ich habe mir daraufhin zum Beispiel den Zuwendungsbericht angesehen. Wenn Sie sich das anschauen, dann, denke ich, sind bestimmt noch einige Möglichkeiten vorhanden, wo man Gelder im Haushalt irgendwo "zusammenkratzen" kann.

Der Zuwendungsbericht 2010 wurde Anfang 2012 im Haushalts- und Finanzausschuss diskutiert. Dort steht unter "Fehlende/noch nicht abgeschlossene Verwendungsnachweisprüfung" 2010 46 Millionen Euro, davon liegen bei 5,1 Millionen Euro keine oder unvollständige Verwendungsnachweise vor. Dann ergibt für das Jahr 2009 die Auflistung der noch nicht vorgelegten, nicht vollständig vorgelegten beziehungsweise noch nicht geprüften Verwendungsnachweise 38 Millionen Euro, davon in Höhe von 32 Millionen Euro keine oder unvollständige Verwendungsnachweise. Ich kann weitermachen, das ist der Zuwendungsbericht. Man kann das Geld nämlich auch, wenn diese Zuwendungsnachweise innerhalb von sechs Monaten nicht vorliegen, die dann innerhalb eines Jahres geprüft werden müssen, zurückfordern oder mit Zinszahlung belegen oder Ähnliches.

(Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/ Die Grünen])

Ich will das nur einmal sagen, das ist eine Möglichkeit, bei der noch Geld vorhanden ist und Bremen es einnehmen könnte, wenn es dort Probleme gibt.

Dann die nächste Sache, neun Millionen Euro Unterhaltsvorschuss – Herr Dr. Kuhn, ich habe es Ihnen

auch schon gesagt, als wir eine Diskussion bei "Center TV" hatten –, dazu gibt es ein Schreiben, die sind nicht geltend gemacht worden. Auch da wäre noch Geld, was von säumigen Vätern zurückgeholt werden könnte,

(C)

(D)

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: So einfach einmal eben, man muss es nur wollen?)

ja, wenn man das Forderungsmanagement verbessern würde, wir haben heute oder gestern darüber auch gesprochen, auch das wäre eine Möglichkeit. Wenn ich dann weiter schaue, die Rückstände bei der Steuerverwaltung sind im Jahr 2009 um 4,5 Prozent gestiegen. All das sind Möglichkeiten, wo man das Geld, was Bremen zusteht, einfach nur geltend machen muss. Dort bestehen unseres Erachtens noch erhebliche Lücken, da kann man etwas machen. Gleichzeitig haben wir dann auch eine Möglichkeit der Finanzierung von wirklich wichtigen Maßnahmen.

Für uns ist immer noch klar, Opferschutz geht vor Täterschutz, und dafür muss auch ausreichend Geld zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Justizressort teilt das Interesse der Antragsteller an einer effektiven Verfolgung von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung; entsprechendes gilt für die im Antrag ebenfalls angesprochenen Beziehungsgewaltdelikte. Die bremische Strafjustiz ist in diesem Feld allerdings schon weitgehend gut aufgestellt. Wir nehmen den Antrag aber gern zum Anlass, der Bürgerschaft erneut darüber zu berichten. Gestatten Sie mir, zu vier Punkten noch Bemerkungen zu machen!

Erstens, Verfahrensdauer, worauf schon hingewiesen worden ist: Der zeitliche Verlauf eines Strafverfahrens kann von unterschiedlichen Einflüssen bestimmt werden. Beispielsweise kann die sachverständige Begutachtung einer Zeugin oder eines Angeklagten erforderlich sein. Dies kann sich unter Umständen erst in der Hauptverhandlung ergeben. Es ist auch möglich, dass eine Hauptverhandlung wegen einer während des Verfahrens eingetretenen Erkrankung einer Richterin oder eines Richters neu durchgeführt werden muss. Wir werden die unterschiedlichen Umstände, die sich auf die Verfahrensdauer auswirken, so weit wie möglich untersuchen und hierüber dann auch entsprechend berichten.

Zweitens, personelle Ausstattung: Die seinerzeit bundesweit erste Einrichtung von entsprechenden Sonderdezernaten bei der Staatsanwaltschaft Bremen

(D)

(A) hat sich als äußerst erfolgreich erwiesen. Auch darauf ist in der Debatte – herzlichen Dank dafür! – schon hingewiesen worden. Die Sonderdezernate sind personell gut ausgestattet. Wir werden Ihnen dies aber auch noch im Einzelnen noch einmal darstellen.

Drittens, die staatsanwaltschaftliche Vertretung in der Hauptverhandlung: Die im Antrag enthaltene Anregung, dass die Staatsanwältin oder der Staatsanwalt, die oder der die Anklage erhoben hat, auch in der Hauptverhandlung auftritt, ist gut und wird nach Möglichkeit in der Praxis auch jetzt schon angewandt.

Viertens, Konzept zur strafrechtlichen Verfolgung: Die Durchführung von Ermittlungs- und Strafverfahren unterliegt den Regeln der Strafprozessordnung. Die Staatsanwaltschaft ist die Herrin des Vorverfahrens. Die Gerichte sind in ihrer Rechtsprechung unabhängig. Insofern auch an dieser Stelle der Hinweis, dass unsere Steuerungsmöglichkeiten nicht unbeschränkt sind! Wir können aber beispielsweise über die Durchführung einer frühen richterlichen Vernehmung im Einzelfall und unter Beachtung der rechtlichen Anforderungen der Strafprozessordnung befinden. Auch über verfahrensrechtliche Schutzmaßnahmen für Opferzeugen wird von Fall zu Fall entschieden.

Diese und weitere Punkte werden wir gern in dem geforderten Konzept noch einmal zusammenfassen. Ich werde gern für den Senat über den Bereich der Strafverfolgung der genannten Delikte berichten, darunter auch zur Verfahrensdauer, zur personellen Ausstattung und zu den übrigen in Ihrem Antrag von den Damen und Herren der Koalition erwähnten Punkten

Darüber hinaus werden wir den Antrag zum Anlass nehmen, unsere bisherigen Bemühungen in diesem wichtigen Feld genauestens zu überprüfen, erforderlichenfalls zu intensivieren und erforderlichenfalls – ich glaube, das ist gerade bei diesem Feld auch notwendig – zu verbessern und über die Ergebnisse entsprechend hier zu berichten und in die weitere Diskussion einzutreten.

Auf eines ist bereits hingewiesen worden, wenn wir mehr machen wollen, auch auf diesem Feld, müssen wir immer darauf hinweisen und sagen, woher denn die entsprechende personelle Ausstattung dafür kommen soll. Nach der Haushaltsdebatte heute Morgen gestatten Sie mir den Hinweis, dass man diese Frage zwangsläufig mit beantworten muss!

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Habe ich doch!)

Ansonsten setzt man sich dem Verdacht aus, dass man hier unredliche Politik macht. Insofern, wenn das Feld stärker bearbeitet werden soll, wenn dort intensiver vorgegangen werden soll, wenn sich die Koalitionäre hier darauf verständigen, dass man dort mehr machen muss, dann müssen wir uns auch gemeinsam

darüber ins Benehmen setzen, wie wir das denn personell bei den bekannten Rahmenbedingungen des Haushalts, bei den bekannten Rahmenbedingungen im Justizbereich bewegen wollen. Da sind wir allerdings gern auch zu Gesprächen bereit. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/266 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Hier ist um getrennte Abstimmung gebeten worden. Deswegen lasse ich zuerst über die Ziffer 3 des CDU-Antrags abstimmen.

Wer der Ziffer 3 des Antrags der Fraktion der CDU seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und Abg. Timke [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Jetzt lasse ich über die Ziffern 1, 2, 4 und 5 des CDU-Antrags abstimmen.

Wer diesen Ziffern seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DIE LINKE und Abg. Timke [BIW])

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Damit wären wir an das Ende der Tagesordnung des Landtages gekommen. Vereinbarungsgemäß wollen wir uns gleich noch einmal in der Stadtbürgerschaft zusammensetzen. Das impliziert, dass wir die Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven aus (C) unserer Runde verabschieden müssen.

Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven eine gute Heimfahrt, ein friedlich fröhliches Osterfest, dass wir uns gesund und munter zu frischen Taten nach der Osterpause hier gemeinsam zur politischen Arbeit wiederfinden.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluss der Sitzung 17.46 Uhr)